



China-Programm

Nora Sausmikat (Hg.)

Chinas Rohstoffhunger

Perspektiven der Zivilgesellschaft

Impressum

Titel: Chinas Rohstoffhunger. Perspektiven der Zivilgesellschaft

Herausgegeben von:

Nora Sausmikat

China-Programm der Stiftung Asienhaus

Hohenzollernring 52

50672 Köln, Germany

Konzeption, Koordination und Redaktion: Nora Sausmikat

AutorInnen: Nora Sausmikat, Wen Bo, Irene Knoke, Jost Wübbeke, Bai Yunwen, Mark Grimsditch, Thierry Dodin, Michael Reckordt, Staphany Wong, Eva Sternfeld.

Redaktionelle Mitarbeit: Uwe Hoering, Inga Gebauer

Mit freundlicher Unterstützung durch
die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen.



Die AutorenInnen sind verantwortlich für den Inhalt.

Alle Rechte vorbehalten. © Köln 2015

Titelabbildung: © Lu Guang/Greenpeace

Konzept und Gestaltung: Chanika Ronczka

Satz, Lithografie und Druck: Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen (www.k-mw.de)

Abbildungen: S. 11, 46 Wu Haitao; S. 14, 24, 47 Lu Guang; S. 26, 39 Eva Sternfeld;

S. 15 Terrie Schweitzer/Flickr.com; S. 22 Grafiken mit freundlicher Genehmigung durch Südwind e.V.;

S. 17 Bundeszentrale für politische Bildung

Preis: 5,00 Euro

Bezug: Stiftung Asienhaus, Vertrieb, Hohenzollernring 52, 50672 Köln

E-Mail: vertrieb@asienhaus.de | Tel.: 0221-7116121-13 | Fax: 0221-716121-10

© Stiftung Asienhaus, Köln 2015

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck und sonstige Nutzung sind erwünscht,

sie sind jedoch nur unter Angabe der VerfasserIn und der Quelle gestattet.

ISBN 978-3-933341-64-7

Nora Sausmikat (Hg.)

Chinas Rohstoffhunger

Perspektiven der Zivilgesellschaft



Vorwort

Chinas Bedeutung für eine Politik der globalen Nachhaltigkeit wächst stetig. Die europäische Zivilgesellschaft nimmt davon allerdings kaum Notiz. Die Broschüre will mit Informationen und Argumenten MultiplikatorInnen der entwicklungs- und umweltpolitischen sowie der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in die Lage versetzen, sich differenziert mit der Rolle Chinas für globale Nachhaltigkeit auseinandersetzen zu können.

Jeder der im Bereich Rohstoffpolitik engagiert ist, muss sich zwangsläufig mit den Aktivitäten chinesischer Unternehmen im Rohstoffsektor befassen. Denn Chinas Rohstoffpolitik sowie die Investitionen im Rohstoffsektor haben nicht nur Auswirkungen in China und in Südostasien, sondern auch in Afrika, Lateinamerika und nicht zuletzt in Europa. Im Mittelpunkt unserer Publikationen stehen die Menschen vor Ort und ihre Rechte. Ein besonderer Fokus dieser Broschüre liegt auf der Sichtweise von Nichtregierungsorganisationen (NGO), die sich mit den Auswirkungen von Rohstoffhandel und -ausbeutung auseinandersetzen.

Es ist uns wichtig darauf hinzuweisen, dass die Proteste gegen Enteignung, gewaltsame Vertreibung, Umweltzerstörung und den Verlust der Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung Alternativen benötigen, die über

den Teildiskurs zur Rohstoffausbeutung hinausgehen. Es geht darum, den Entwicklungsweg neu zu denken und zu politisieren. Es geht darum, Politik nach Maßgabe von Menschenrechten und Gerechtigkeit demokratisch gestaltbar zu machen. Dazu kann und soll diese Broschüre und das China-Programm der Stiftung Asienhaus beitragen.

An dieser Stelle sei den beiden Rohstoffexperten Michael Reckordt (PowerShift e.V.) und Jost Wübbeke (MERICS) für Tipps und Anregungen gedankt. Danken möchte ich auch Uwe Hoering und Inga Gebauer für deren Unterstützung bei der Übersetzung und dem Redigieren der Texte. Schließlich gilt ein besonderer Dank der Heinrich-Böll-Stiftung bzw. dem SERI-Institut (Beisteuerung der Daten) und dem Büro h neun Berlin (Umsetzung in Grafik) für die Überlassung der Grafik in der Einleitung und der Bundeszentrale für politische Bildung (MR Kartographie) für die Überlassung der Rohstoffkarte aus dem neuen Länderbericht China. Greenpeace China, Lu Guang und Wen Bo danke ich für die Überlassung vieler Fotos.

Dr. Nora Sausmikat
China-Programm
der Stiftung Asienhaus

Köln, den 10. Januar 2015

Inhalt

Vorwort	
<i>Nora Sausmikat</i>	4
Chinas Rohstoffhunger	
Eine Einführung	
<i>Nora Sausmikat</i>	6
Chinas Rohstoffpolitik	
Ein Überblick	
<i>Wen Bo</i>	11
Rohstoffausbeutung in Afrika	
Das „eine China“ gibt es nicht	
<i>Irene Knoke</i>	21
Chinas Rohstoffindustrie sorgt zunehmend für Proteste	
<i>Jost Wübbecke</i>	24
Der Einfluss von Chinas Bergbauindustrie in Südostasien und Lateinamerika	
Herausforderungen und Fortschritte	
<i>Bai Yunwen, Mark Grimsditch</i>	30
Die Tibeter werden nicht gefragt	
<i>Interview mit Thierry Dodin, Geschäftsführer des TibetInfoNet e. V.</i>	35
China als Vorwand für nicht nachhaltige Rohstoffpolitik	
<i>Michael Reckordt</i>	37
Chinesische Bergbauunternehmen in Europa	
Reaktionen der europäischen Zivilgesellschaft	
<i>Staphany Wong</i>	43
Kohle um jeden Preis	
<i>Eva Sternfeld</i>	50
Autorinnen und Autoren	55
Literaturtipps	56
Abkürzungsverzeichnis	59

Chinas Rohstoffhunger

Eine Einführung

Nora Sausmikat

Während diese Broschüre entstand, kündigte China an, sich dem WTO-Urteil zu beugen und die Ausfuhrbeschränkung für Seltene Erden aufzuheben. Dennoch, als China 2010 den Export von Seltenen Erden nach Japan, Europa und in die USA drosselte, wurde den Industriestaaten ihre Verletzlichkeit bewusst. Rohstoffsicherung und Rohstoffausbeutung sind seither zu einem Dauerbrenner der Medien und der NGOs geworden.

China ist ein rohstoffreiches Land. In den 1960er und 1970er Jahren herrschte noch der Glaube vor, Rohstoffreichtum begünstige die Entwicklung eines Landes. Heute wissen wir, dass ein Land, das große Teile der Staats- und Deviseneinnahmen aus Rohstoffexporten bestreitet, von der Wertschöpfungskette, die Rohstoffe generieren, abgeschnitten wird.

China fördert 97 Prozent der Seltenen Erden, obwohl es nur über 36,5 Prozent der weltweiten Vorkommen verfügt.¹ „Chinas Öl“, wie sie Deng Xiaoping 1992 genannt haben soll, ist nur deshalb so wertvoll, weil kaum jemand den umweltschädlichen Abbau übernehmen möchte. Der Abbau erfolgt über Säuren und aufwendige Trennverfahren, die giftigen Schlamm und radioaktives Material hinterlassen.

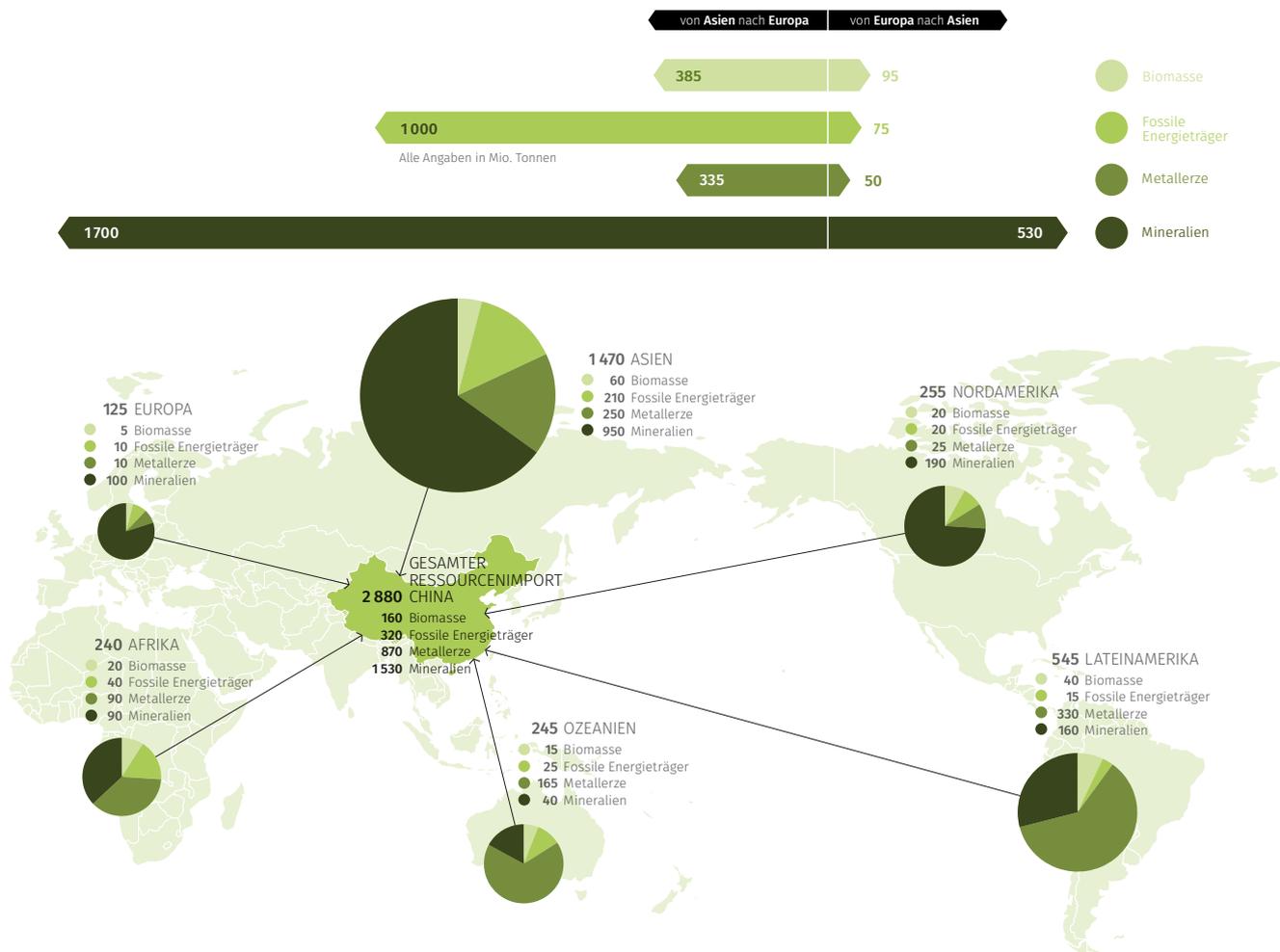
Inzwischen haben sich einige Industrieländer auf die Suche nach alternativen Bezugsquellen zu China gemacht. Japan kooperiert mit 13 Ländern bei der Forschung zu Rohstoffgewinnung, japanische Unternehmen bekommen Subventionen wenn sie sich an entsprechenden Minen von Seltenen Erden beteiligen, Brasilien, die USA und Australien bauen im eigenen Land Förderstätten für Seltene Erden auf.

Im Zeitalter des modernen Imperialismus musste China schmerzhaft erfahren, was Rohstoffausbeutung durch ausländische Kräfte bedeutete: 1936 befanden sich 97 Prozent der Eisenindustrie und 66 Prozent der Kohleindustrie in ausländischer, sprich sowjetischer und japanischer Hand. Heute dagegen expandiert China als Rohstoffausbeuter weltweit und kann gleichzeitig die Hauptrolle für den europäisch-asiatischen Ressourcenhandel spielen. Seit Einführung der Investitionsoffensive („Go-out strategy“) im Jahr 2000 sind die jährlichen Investitionen aus China bis 2011 um das 70-fache gewachsen.²

Chinas Energiehunger ist nicht zu bremsen

China ist ein rohstoffreiches Land. Es nimmt eine Spitzenposition in der Produktion wichtiger Agrarprodukte wie Getreide, Baumwolle, Raps, Gemüse als auch bei den Schlüsselrohstoffen ein. China ist das Land mit den größten Vorkommen an Schlüsselmineralien wie Kohle, Zinn, Zink, Titanium, Lithium (vor allem in Tibet). Im Energiebereich verfügt China über Öl, Gas, Kohle, Uran und Wasserkraft, und auch in der Produktion anderer Bodenschätze wie Eisenerz, Kupfer, Gold und Seltene Erden besetzt China Spitzenplätze der Weltrangliste. Laut der aktuellen Studie „Vorkommen und Produktion mineralischer Rohstoffe – ein Ländervergleich“ (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2014) steht China auf Platz eins der weltweiten Rohstoffproduktion, verbraucht aber auch die meisten Rohstoffe – und ist deshalb zusätzlich auf Importe angewiesen.

So liegt Chinas Ölverbrauch über der eigenen Produktion von 6,3 Millionen Barrel pro Tag. Seit 2013 hat China die USA als größter Ölimporteur abgelöst, was



Quelle: Stephan Lutter, Stefan Giljum für das Sustainable Europe Research Institute (SERI)

allerdings auf eine stärkere Selbstversorgung in den USA durch die umstrittene Fracking-Methode zurückzuführen ist.³ Diese neue Abhängigkeit bedingt eine neue Außen- und Sicherheitspolitik und hat Auswirkungen auf die Nachbarstaaten Myanmar, Vietnam, die Philippinen, Thailand und Japan. Was dies bedeutet, veranschaulicht der Artikel von Wen Bo.

Die Rohstoffimporte kommen jedoch – anders als viele glauben – zum großen Teil aus Asien. Die Grafik oben⁴ verdeutlicht die Herkunft der Ressourcen, die direkt und indirekt (über Vorprodukte beispielsweise) in den Importen Chinas enthalten sind. Nur die Metallerze kommen vorrangig aus Lateinamerika. Nordamerika und Ozeanien stehen an dritter und vierter Stelle, Afrika rangiert nur auf dem Platz fünf der Ressourcenlieferanten Chinas. China hat schon frühzeitig die Sicherung der Rohstoffmärkte im Ausland betrieben. Seit Beginn der 1990er Jahre wurden Verträge mit Laufzeiten von

bis zu 50 Jahren zunächst vorrangig mit afrikanischen Staaten – allen voran Angola – abgeschlossen, dann aber verstärkt auch mit Südostasien sowie Südamerika. Angola hat in den 2000er Jahren mehrere Milliarden Entwicklungshilfe sowie Bankkredite aus China bezogen, im Gegenzug wird China mit Öl versorgt.

Zivilgesellschaftliche Stimmen: China in Afrika, Lateinamerika und Südostasien

Eine Sicht der Zivilgesellschaft auf Chinas Rolle und Rohstoffausbeutung in Afrika schildert Irene Knoke von Südwind e.V. Irene Knoke hat zusammen mit den Autoren Friedel Hütz-Adams und David Hummel Chinas Rolle in Afrika vor dem Hintergrund der Rohstoffausbeutung untersucht. Wir wissen, dass es hierzulande

eine große Diskussion über die sogenannten „neuen Kolonialherren“ in Afrika gibt. Die Südwind-Studie verweist darauf, dass Chinas Zugriff auf afrikanische Rohstoffe keinesfalls konfliktfrei verläuft. Mehrfach gab es in Kupferminen chinesischer Unternehmen in Sambia Aufstände der Minenarbeiter, ähnlich wie in Myanmar. Sie protestierten gegen miserable Arbeitsbedingungen, unzureichende Schutzkleidung und extrem niedrige Löhne. Dabei kam es bei den Protesten teilweise zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Dennoch betonen die AutorInnen zusätzlich positive Aspekte des chinesischen Engagements.

Diese beiden Perspektiven auf chinesische Investitionen im Rohstoffsektor kommen in den Artikeln von Jost Wübbeke sowie von Bai Yunwen und Mark Grimsditch zum Ausdruck:

Die Ausbeutung von Rohstoffen – fossiler Energieträger ebenso wie Biomasse, Mineralien und Metallerze – zerstört lokale Ökosysteme, führt zu nachhaltigen Schäden der Biodiversität und raubt der lokalen Bevölkerung die Lebensgrundlage. So die eine Sicht, die in dem Artikel von Jost Wübbeke zum Ausdruck kommt.

Andererseits werden – ähnlich wie es Irene Knoke von Südwind e.V. für Afrika schildert – Straßen und Häfen gebaut und neue Einkommensmöglichkeiten geschaffen, wie die Autoren Bai und Grimsditch von der in China ansässigen NGO Greenovation Hub betonen. Ihr Artikel ist eine Zusammenfassung der Studie „China’s Mining Industry Report – Observation on China’s Overseas Investment“. Sowohl Wübbeke als auch Bai und Grimsditch weisen jedoch auf die absolute Dringlichkeit hin, wirksame politische Leitlinien wie die „Green Credit Policy“ der chinesischen Regierung einzuführen, indem Beschwerdemechanismen geschaffen und die Umsetzung der Gesetze überwacht werden.

Im Laufe der Recherchen zu dieser Broschüre ist deutlich geworden, dass Chinas Engagement in Südostasien sowie allgemein die Situation im Bergbausektor innerhalb Chinas ein äußerst sensibles Thema ist. Dies liegt nicht nur an dem neuen Politikstil des chinesischen Präsidenten Xi Jinping, der unter der Devise „Chinas Traum“ ein neues modernes China propagiert, welches rigoros nach innen gegen Korruption und nach außen für Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz eintritt. Das gleichzeitig erzeugte Klima der Angst ist sicher nicht hilfreich, Probleme bei Investitionen chinesischer

Unternehmen im In- und Ausland offen anzusprechen. AutorInnen, die wie Bai und Grimsditch in China für eine NGO arbeiten, können nach eigenen Angaben nur in einem bestimmten Rahmen Missstände ansprechen.

Erstaunlich ist, dass während diese Broschüre geschrieben wurde, die Chinesische Handelskammer für den Export und Import von Metallen, Mineralien und Chemikalien (CCMC) im Oktober 2014 Leitlinien für die soziale Verantwortung von chinesischen Bergbauunternehmen erlassen hat (siehe Artikel Wen Bo). Ein kleiner Rückblick: In den 2000er Jahre entwickelte der damals zuständige Direktor der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission NDRC, Ma Kai (der seit 2013 einer der vier stellvertretenden Premierminister ist) eine neue Rohstoffpolitik, die das Land auf den Weg der Nachhaltigkeit und Ökologie führen sollte. Schon Ende 2004 forderte er, dass das Wachstumsmodell revidiert und durch das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung abgelöst werden müsse. 2007 verkündete er, dass der Verbrauch von Rohstoffen mit einer stetig ansteigenden Rohstoffsteuer belegt werden sollte, damit kriminellen Praktiken wie illegalen Bergwerken und der Verschwendung von Rohstoffen wie Wasser, Gas oder Öl Einhalt geboten werde. Die neuen Leitlinien sind sicher eine gute Entwicklung, dennoch braucht es eine aufmerksame Zivilgesellschaft, um die Umsetzung zu überwachen und Beschwerdemechanismen zu implementieren.

Die zweifelhafte Rolle der Industrieländer

Chinas Rohstoffhunger ist jedoch nicht allein auf die interne chinesische Entwicklung zurückzuführen. China ist nicht alleiniger Konsument der importierten Ressourcen, denn die europäischen Unternehmen, die in China produzieren lassen, beteiligen sich an dem Rohstoffkonsum – und insofern auch die VerbraucherInnen in Europa.

Zudem sind europäische Unternehmen Seite an Seite mit den chinesischen Unternehmen direkt an der Rohstoffausbeutung in Südostasien und Lateinamerika beteiligt. Laut der oben genannten „Vorkommen und Produktion mineralischer Rohstoffe – ein Ländervergleich“ (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2014) spielt Chile in Punkto Rohstoffe für

Deutschland die wichtigste Rolle (S. 20), China liegt auf Platz drei für Deutschland (vor allem für die Rohstoffe Molybdän, Zink, Blei, Mangan, Zinn sowie besonders Wolfram, von dem China weltweit über 90 Prozent fördert, S. 21).

Wie der Artikel von Michael Reckordt zeigt, kommt uns die Rohstoffpolitik Chinas sehr entgegen, denn sie liefert uns Argumente, um eigene rohstoffpolitische Interessen durchzusetzen. Sein Artikel untermauert, was die Nachforschungen von Both ENDS und Green Watershed zu sozialen und ökologischen Richtlinien für Kredite für Auslandsinvestitionen („Green Credit Policies“) gezeigt haben.⁵ Das Verhalten chinesischer Unternehmen scheint für die Weltbank ein willkommener Vorwand für eine Politik, die eigenen Interessen dient. So wird das Absenken der eigenen Standards damit begründet, Kunden nicht in die Arme chinesischer Kreditgeber zu treiben. Green Watershed hat beim Jahrestreffen der Weltbank 2013 deutlich gemacht, dass chinesische NGO von der Weltbank erwarten, strengere Sicherheitsmechanismen zu implementieren, damit chinesische Unternehmen Umweltschutzaufgaben und Menschenrechtsbelange einhalten. Anlässlich der im November 2014 durchgeführten Konsultationen von Weltbank und BMZ über die Reform der Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank rief der Sprecher für Entwicklungspolitik Uwe Kekeritz am 13.11.2014 erneut dazu auf, dass das Argument „wenn wir es nicht machen, macht es China“

nicht zu einer Abwärtsspirale bei den Standards für die Kreditvergabe führen dürfe.

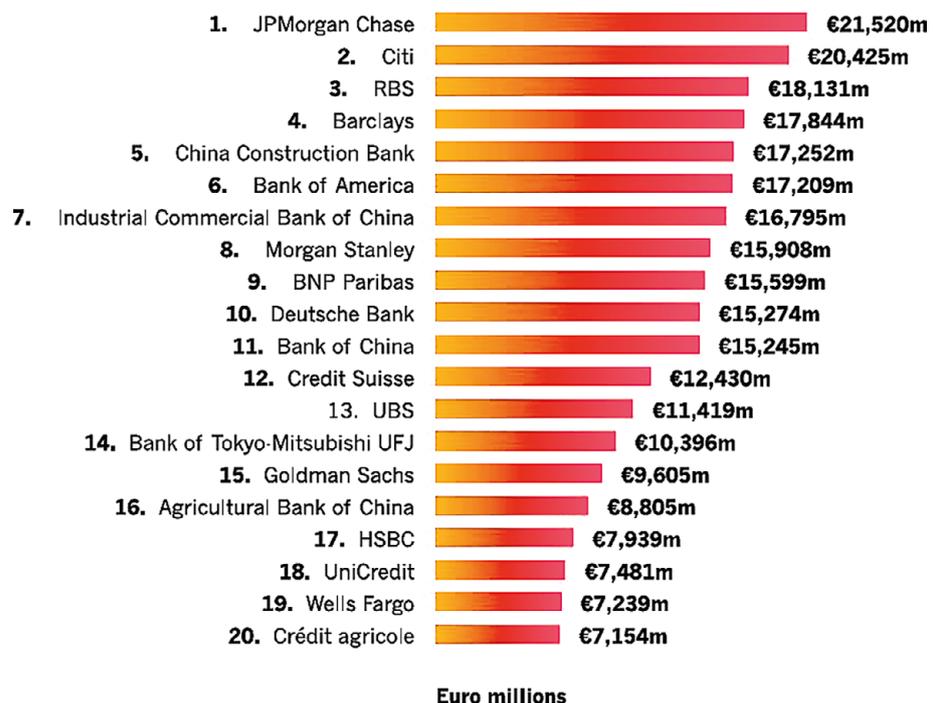
Im Juli gründeten die Schwellenländer eine eigene Entwicklungsbank, die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), die bereits jetzt eine Kredit- und Investitionspolitik mit viel geringeren Auflagen als die der Weltbank hat. Der Kampf gegen ein Absenken der Standards wird dadurch weiter erschwert.

Staphany Wong verdeutlicht in ihrem Beitrag, inwieweit dieser Trend zum Absenken von Standards längst Einzug in Europa gehalten hat. Am Beispiel der geplanten Grönland-Investitionen durch chinesische Bergbauunternehmen schildert sie die Komplexität und dadurch Unübersichtlichkeit bei den Investitionsverträgen, in die chinesische Unternehmen eingebunden sind. Dies hat wiederum Auswirkungen auf die Regulierung von Arbeitsrechten.

Voneinander lernen und neue Perspektiven einüben

Genauso wie wir den Blick von China auf die eigenen Interessen lenken sollten, dürfen wir die neuen Kohleriesen der Welt nicht aus dem Blick verlieren. Kohle ist die schmutzigste Art und Weise, Energie zu erzeugen

TOP 20 COAL BANKS 2005-APRIL 2014



Banking on Coal,
2014, S. 17,
[www.banktrack.org/
download/banking_on_
coal/banking_on_coal_
4_67_6.pdf](http://www.banktrack.org/download/banking_on_coal/banking_on_coal_4_67_6.pdf)

gen, doch das World Resource Institute (WIR) hat 1.200 neue Kohlekraftwerke weltweit gezählt, die verteilt über 59 Länder, gebaut werden sollen.⁶ Die zusätzliche CO₂-Belastung dieser Anlagen würde einem weiteren „China“, zur Zeit größter Emittent weltweit, entsprechen.

Die meisten dieser Kohlekraftwerke werden zwar in China (363) und Indien (455) gebaut, Deutschland, Frankreich und Großbritannien befinden sich jedoch unter den zehn größten Importeuren von Kohle. Finanziert werden die Kraftwerke unter anderem durch kommerzielle Banken aus westlichen Industrieländern wie JP Morgan Chase, Citi oder Barclays. Von den Entwicklungsbanken waren die Weltbank und die Japan Bank for International Co-operation die größten Kohlefinanzierer.

Die neue Studie der NGO BankTrack hebt hervor, dass chinesische Banken zu den größten Kreditgebern für Investitionen in Kohlekraft gehören.⁷ „Banking on Coal 2014“ zeigt auf, dass von 92 Finanzinstitutionen, die im Jahr 2013 weltweit die Kohleindustrie mit mindestens 66 Milliarden Euro versorgt haben, 28 Prozent in China beheimatet sind, 23 Prozent in den USA und 11 Prozent in Großbritannien. BankTrack veröffentlichte den Bericht als Auftakt zur Kampagne „Banks: Quit Coal“ Kampagne, die Banken sowohl aus Asien als auch aus Europa und den USA unter Druck setzen will, sich von der Finanzierung der Kohleindustrie zu verabschieden.

Die Abkehr von der Kohle muss also eine konzertierte Aktion von britischen, amerikanischen und chinesischen Banken werden. Nach der Klimakonferenz in Lima hat der Staatsrat erneut das Vorhaben betont bis 2020 den Kohleverbrauch auf 4,2 Mrd. Tonnen zu senken (ein Rückschritt gegenüber dem aktuellen 5-Jahres-Plan). Eva Sternfeld schildert in ihrem Artikel die sozialen und ökologischen Auswirkungen des Kohleabbaus in Chinas. Seit vielen Jahren kämpfen chinesische und internationale NGOs für einen nachhaltigeren Umgang mit der Umwelt – mit mäßigem Erfolg. Andere NGOs kümmern sich um Untersuchungen der Gesundheit von Bergarbeitern oder machen auf deren soziales Elend aufmerksam. Gleichzeitig hebt Sternfeld hervor, dass die chinesische Regierung willens ist, diese Probleme anzugehen.

Insgesamt ergibt sich also ein gemischtes Bild. Deutlich ist vor allem eins: die zivilgesellschaftlichen Stimmen produzieren Druck, um die Implementierung von guten

Gesetzen zu unterstützen und Missstände aufzudecken. Deutlich geworden ist, dass eine nachhaltige Rohstoffpolitik nur gemeinsam erreicht werden kann. Ähnlich wie in der Klimapolitik müssen sowohl Europa, als auch die USA gemeinsam mit China eine nachhaltige Politik verfolgen. Im Augenblick wartet der eine darauf, dass der andere den ersten Schritt macht.

Eine Möglichkeit wäre, dass die europäische Zivilgesellschaft und NGO gemeinsam mit chinesischen Initiativen den Druck auf die chinesische Regierung erhöhen und ähnlich wie in Europa, den USA oder Kanada verbindliche Offenlegungspflichten der Zahlungsströme von Bergbauunternehmen fordern. Zudem könnten gemeinsam weitere notwendige Verbesserungen in der Regulierung im Bergbau- und Rohstoffsektor erreicht werden.

Anmerkungen

1. Vorkommen Seltener Erden http://www.google.de/imgres?imgurl=http://www.investment-alternativen.de/wp-content/uploads/2012/05/Seltene-Erden-die-kritischen-17-Projekte.png&imgrefurl=http://www.investment-alternativen.de/wo-man-seltene-erden-findet/&h=745&w=1032&tbnid=AlUwDWyiMPxt1M:&zoom=1&tbnh=90&tbnw=125&usg=__MjfrWpNdXn3oVSRpA5KUmuOtEiY=&docid=H17PR4ZSeDgvcM&client=firefox-a&sa=X&ei=owVqVOO4M4SqOqHtgPgH&ved=0CD0Q9QEwBQ&dur=356
2. Cora Jungblut, Aufbruch nach Westen – Chinesische Direktinvestitionen in Deutschland, Bertelsmann Stiftung 2013, S. 8. Die Angaben stammen von der Konferenz der Vereinten Nationen zu Handel und Entwicklung.
3. China dialogue, China overtakes US as the biggest importer of oil, 10 October 2013, http://www.bbc.com/news/business-24475934?utm_source=The+Sinocism+China+Newsletter&utm_campaign
4. Die Nutzungsrechte für diese Grafik wurden uns mit freundlicher von Heinrich-Böll-Stiftung zur Verfügung gestellt. Urheber der Grafik ist das Büro h neun Berlin, welches sie auf der Basis der Datenzusammenstellung durch Stephan Lutter und Stefan Giljum vom Sustainable Europe Research Institute (SERI) erstellte.
5. Beide Organisationen waren Teilnehmer an dem NGO-Austausch EU-China NGO Twinning Programm der Stiftung Asienhaus.
6. More than 1,000 new coal plants planned worldwide, figures show, Damian Carrington, The Guardian, Tuesday 20 November 2012, <http://www.theguardian.com/environment/2012/nov/20/coal-plants-world-resources-institute>.
7. <http://www.eu-china.net/materialien/chinesische-banken-gehoren-nun-zu-den-top-kohleinvestoren-neue-banktrack-recherche-zur-finanzierung-von-kohlebergbau/>

Chinas Rohstoffpolitik

Ein Überblick

Wen Bo

Chinas Bedarf an Rohstoffen ist gewaltig und entscheidend, um das wirtschaftliche Wachstum in Gang zu halten. Dieses Wachstumsmodell folgt einer einfachen Logik: Auf der so genannten „Werkbank der Welt“ werden die Rohstoffe durch die Arbeit von massenhaft billigen Arbeitskräften in Wirtschaftsgüter umgewandelt. Noch immer ist Chinas Wirtschaftsmodell extrem ressourcenintensiv und konsumfokussiert. „Made in China“ steht als Symbol für Chinas immensen industriellen Output und seine Exportstärke. Gleichzeitig führt dieses Wirtschaftsmodell aber auch zur Erschöpfung der begrenzten natürlichen Rohstoffvorkommen des Landes.

Die gewaltigen Umsätze Chinas weltweit haben aber noch eine weitere Konsequenz: Mittlerweile hortet das Land die größten US Dollar-Reserven der Welt. Mit diesen beträchtlichen Devisensummen versucht China seiner eigenen Ressourcenknappheit beizukommen und Rohstoffe im Ausland zu kaufen. In den Augen der chinesischen Regierung betrifft die Rohstofffrage sowohl die ökonomische als auch die nationale Sicherheit.

Für Rohstoffimporte ist ein einfacher Faktor ausschlaggebend: Sichere Transportwege. Allerdings wird die Straße von Malakka, die wichtigste Route für den Handel mit dem mittleren Osten und Afrika, von den USA und deren Verbündeten kontrolliert, so dass China sich um sichere Hafenschlüsse in Südasien bemüht, sei



Qinghai Coking
Coal Group, Wu
Haitao/Greenpeace

es in Myanmar oder Sri Lanka. Auch für den Rohstofftransport aus Australien und Indonesien (der größte Exporteur von Kohle nach China) ist die Kontrolle über Seewege im Südchinesischen Meer aus der Sicht Chinas notwendig. Die Transportwege über den Pazifik werden aber sowohl von Taiwan als auch von Japan kontrolliert. Dies könnte durchaus eine Erklärung für die jüngsten Auseinandersetzungen und Territorialstreitigkeiten im Südchinesischen Meer und Pazifik sein – neben der Frage der nationalen Souveränität geht es für China auch um Angelegenheit der Sicherheit von Seewegen und maritimer Ressourcen.

Dies verdeutlicht Chinas extreme Verletzbarkeit: Wenn der Zugang zu Rohstoffen aus Übersee blockiert ist, könnte sich der „China-Motor“ deutlich verlangsamen, oder sogar ganz zum Stillstand kommen.

Die einzigen vergleichsweise sicheren Rohstoffversorgungswege verlaufen über Chinas nördliche Binnengrenzen, und damit über Russland, die Mongolei und andere zentralasiatische Länder. Politisch kann es sich China aber nicht leisten, sich von Russland und den ehemaligen kommunistischen Staaten zu distanzieren – zu viel stünde auf dem Spiel, falls diese Länder ihre Rohstoffexporte nach China stoppen oder mindern würden.

Wer bestimmt Chinas Rohstoffpolitik?

Die Ausgestaltung der Ressourcenpolitik liegt in China im Grunde ausschließlich in Händen der Regierung mit nur geringer Beteiligung der Öffentlichkeit.

Doch obwohl der chinesische Normalbürger mit dem Begriff Rohstoffpolitik wenig anzufangen weiß, haben Ressourcenverteilung und -gewinnung direkte Auswirkungen auf alle Bürger des Landes, vor allem die Verteilung von Land und Wasser.

Die Richtlinien über die Bewirtschaftung von Wasservorkommen wie Flüsse, Seen, Feuchtgebiete, Grundwasserreservoirs, Wasserkraft, etc. werden in China in der Regel vom Ministerium für Wasserressourcen entworfen. Die Wasserpreise werden dagegen auf Kommunalebene von der jeweiligen Stadtadministration festgelegt, wobei häufig eine öffentliche Anhörung

besonders bei der Erhöhung der Preise stattfindet, um Stellungnahmen und Beiträge der Bevölkerung einzuholen.

In Chinas Staatsapparat gestaltet das jeweilige Ministerium die nationale Politik für solche Ressourcen, die in seinen jeweiligen Zuständigkeitsbereich fallen. So bestimmt das Landwirtschaftsministerium die Fischereipolitik, das Ministerium für Land und Ressourcen die nationale Politik zu Land und Erzen, die staatliche Forstverwaltung die Forstwirtschaftspolitik.

Die von den zuständigen Ministerien entwickelten nationalen Richtlinien zur Ressourcenverwaltung und -bewirtschaftung müssen anschließend dem Staatsrat zur Prüfung und Verabschiedung vorgelegt werden.

Für die nationale Gesetzgebung zu Bodenschätzen ist dagegen der Nationale Volkskongress zuständig. Die Ministerien, wie auch staatliche Forschungsinstitute, Universitäten und andere wissenschaftliche Einrichtungen sind zwar am Entwurfs- und Beratungsverfahren beteiligt, ein nationales Gesetz muss aber vom Gesetzgebungsorgan verabschiedet werden.

Chinas Rohstoffgesetzgebung

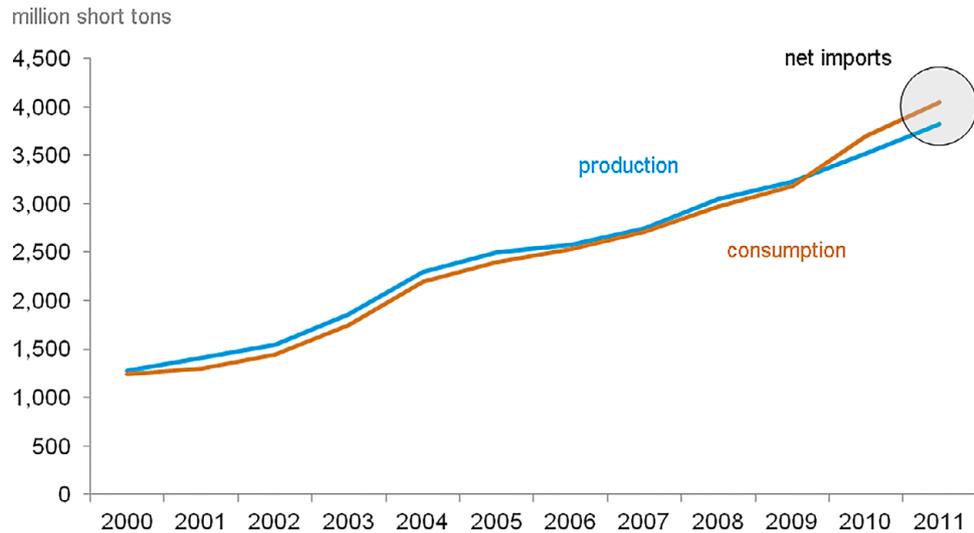
Das aktuelle chinesische Gesetz zu Bodenschätzen definiert alle Bodenschätze als Staatseigentum. Das Eigentumsrecht des Staates an ober- und unterirdischen Bodenschätzen ändert sich auch nicht, wenn Dritte Besitz- oder Nutzungsrechte an bodenschatzhaltigen Grundstücken haben. Wer mineralische Rohstoffe erkunden will, muss sich nach dem Gesetz registrieren lassen, jeder, der Rohstoffe abbauen will, muss das Schürfrecht dazu erwerben.

Qua gesetzlicher Richtlinie sollen staatlich betriebene Bergbauunternehmen das Monopol bei der Ausbeutung von Bodenschätzen bilden. Laut Gesetz soll der Staat die Konsolidierung und Ausweitung der Staatsbetriebe im Bergbau gewährleisten und gleichzeitig die Entwicklung kollektiver Bergbauunternehmen auf der Gemeinde- und Kreisebene sowie privatwirtschaftliche betriebene Unternehmen unterstützen und fördern.

Innerhalb der vergangenen 10 Jahre gab es wiederholt Bemühungen von Seiten der Gesetzgeber, das Gesetz für die Förderung von Bodenschätzen zu reformieren,

Quelle EAI, International Energy Statistics

China's coal production and consumption, 2000-2011



da sich das bestehende Regelwerk weder als praktisch umsetzbar noch auf die gegenwärtige Situation in der Rohstoffnutzung und -verteilung anwendbar erwies.

Chinas grundlegende Rohstoffstrategie für die kommenden 20 Jahre wird sich auf die diversifizierte Entwicklung heimischer Ressourcen konzentrieren, wobei gleichzeitig eine „wechselseitige internationale Zusammenarbeit“ verstärkt werden soll. Laut des aktuellen 12. Fünfjahresplans will China seine Kohlezechen sicherer und effizienter machen und die Zusammenlegung von Bergbauunternehmen zu großen Unternehmensgruppen vorantreiben. Zukünftige Forschungsschwerpunkte sind kohlebasiertes Erdgas, flüssige Energieträger und Kohlenebenprodukte. In der Produktion will man die Fördermengen bei Erdöl stabil halten und bei Erdgas erheblich ausweiten. Außerdem setzt China verstärkt auf die Nutzung unkonventioneller Öl- und Gasressourcen, wie Schiefergas und Kohleflözmethan.

Beim Rohstofftransport steht in Zukunft der (Aus-)Bau von vier großen Öl- und Gastransportwegen an: der chinesisch-kasachischen Ölpipeline, der chinesisch-burmesischen Öl- und Gaspipeline (vorrangig der chinesische Abschnitt), der zentralasiatischen Erdgaspipeline und des West-Ost-Erdgasverteilers. Insgesamt erreichen die Öl- und Gaspipelines eine Länge von etwa 150.000 Kilometern. Daneben soll auch der Ausbau von Gasspeichern beschleunigt werden.

Chinas Rohstoffpolitik in Südostasien

Die ASEAN-Staaten haben sich mit ihrer kollektiven Wirtschaftsleistung mittlerweile zu einer ernstzunehmenden Regionalmacht in Asien entwickelt.

Chinas investiert massiv in Laos, Kambodscha und Myanmar. Ähnlich wie China verfügen sie über eine Masse billiger und disziplinierter Arbeitskräfte und haben gleichzeitig einen großen Bedarf an infrastruktureller Entwicklung. Auch die unmittelbare Nachbarschaft zu Myanmar und Laos erklären, warum China eher Interesse an Schürfrechten auf dem südostasiatischen Festland hat. Gegenüber Vietnam und den Philippinen sieht sich China aus politischen und historischen Gründen dagegen eher in einer Konkurrenten-Rolle.

In Indonesien, Malaysia und den Philippinen dominieren alteingesessene Unternehmen, die von Einwanderern chinesischer Abstammung geführt werden den Rohstoffmarkt. Chinesische Firmen können über diese chinesisch-stämmigen lokalen Geschäftspartner Rohstoffe ankaufen und importieren. Direkten Rohstoffabbau (hauptsächlich in Nickelminen) durch volksrepublikanische Unternehmen gibt es nur in Indonesien.

Neben China weitet auch Indien seinen Einfluss in Südostasien aus. Die beiden Länder haben mittlerweile erkannt, dass ein kooperativer Ansatz von gegenseitigem Nutzen ist und so dominiert wirtschaftliche Zusammenarbeit in dieser Region.



Lu Guang/Greenpeace

2013 vereinbarten China, Indien, Bangladesch und Myanmar den Aufbau des Wirtschaftskorridors Bangladesh-China-Indien-Myanmar Economic Corridor (BCIM EC). Ein Ziel dieses Projektes ist die Optimierung der Infrastruktur zwischen Nordost-Indien, Bangladesch, Myanmar und Südwest-China, die viele Jahrzehnte blockiert war. Außerdem soll die Ausbeutung der rohstoffreichen Region (Wasserkraft, Holz, Kohle, Erdgas, Kupfer, Nickel, Bauxit) beschleunigt werden. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, industrielle Wachstumszonen zu schaffen. „Mit der Zustimmung zum EC BCIM hat Indien – zumindest offiziell – seine jahrelange Blockadepolitik in Bezug auf die Öffnung der nordostindischen Grenzen beendet.“ (Anmerk. d. Red.¹)

Chinas Rohstoffpolitik in Afrika

Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass Chinas Hauptinteressen in Afrika zum einen die Erschließung der Rohstoffe und zweitens die riesigen Absatzmärkte für chinesische Produkte sind. Die staatliche Ex-Im Bank vergibt Infrastruktur-Darlehen an afrikanische Länder, die die Kredite dann mit Rohstofflieferungen an die Volksrepublik tilgen. Die chinesische Ex-Im Bank wurde

1994 gegründet und ist das führende Finanzinstitut bei der Bereitstellung konzessionärer Kredite² für Afrika. Im Jahr 2006 wurde mit einer Einlage von 5 Mrd. US Dollar der China-Afrika-Entwicklungsfonds auf dem China-Afrika Forum (FOCAC) in Peking ins Leben gerufen.

Darüber hinaus fördern mittlerweile auch chinesische Lokalregierungen die Unternehmen in ihrer Region, damit sie in Afrika investieren. Mit ihrer steigenden Finanzkraft spielen diese Lokalregierungen eine immer wichtigere Rolle als Händler und Investoren auf dem afrikanischen Kontinent. Staatsunternehmen auf Provinzebene gehören außerdem zu den Top-Empfängern der von Peking finanziell unterstützten Geschäftsverträge, was ihnen eine führende Rolle in den Geschäftsaktivitäten mit bestimmten afrikanischen Ländern verschafft. Diese Unternehmen gehören nicht der Zentralregierung, sondern der Provinzregierung, so wie das Unternehmen *Hunan Valin Eisen- und Stahlgruppe*, welches in das australische Unternehmen *Fortescue Metals Group and Golden West Resources Ltd.* investiert hat.

Chinas wichtigstes Importprodukt aus Afrika ist Rohöl, das etwa 80 Prozent des Gesamtexportwerts im chinesisches-afrikanischen Handel ausmacht, gefolgt von



Der Eingang zum Bui Staudamm in Ghana

Eisenerz (5 Prozent), Hölzern (5 Prozent), Mangan, Kobalt, Kupfer und Chrom (jeweils 0,5 – ein Prozent) (Stand 2006).³ Mittlerweile ist China außerdem abhängig von Mineralimporten aus Afrika. Etwa 40 Prozent des Importbedarfs an Mangan bezieht China aus Gabun, Südafrika, Ghana und Sambia.

Im mineralischen Rohstoffsektor investiert China vor allem in Joint Ventures, seit kurzem zielen die chinesischen Investitionen aber auch auf fusionierte Unternehmen und von kapitalkräftigen chinesischen Firmen übernommene Unternehmen. Zwischen 1995 und 2007 schloss China in Afrika im Bergbausektor zwei große Übernahmen und Anschaffungsgeschäfte mit einem Gesamtwert von drei Milliarden US Dollar ab.

Chinas Rohstoffpolitik gegenüber Europa

Europa gilt als wichtiger Exportmarkt für chinesische Waren. Da außerdem viele europäische Unternehmen global agieren und langjährige Beziehungen zur Rohstoffindustrie in vielen außereuropäischen Regionen

haben, betrachtet China diese Global Player gleichzeitig sowohl als Konkurrenten als auch als mögliche Partner.

Da Europa auch Rohstoffe aus China importiert, hat die chinesische Rohstoffpolitik durchaus Einfluss auf die europäische Wirtschaft. So sorgte Chinas Senkung der Exportquoten für Seltene Erden im Westen für Proteste, sogar die WTO wurde eingeschaltet. China rechtfertigte diese Maßnahme mit Umweltschutzgründen. Tatsächlich war die Senkung der Exportquoten eine Folge der angespannten japanisch-chinesischen Beziehungen. China nutzte die Angebotsreduzierung quasi als Wirtschaftssanktion gegen Japan, um damit japanischen Elektronikherstellern zu schaden, die stark vom Export chinesischer Seltener Erden abhängig sind. Parallel veröffentlichten Staatsmedien gehäuft Berichte über die heftige Umweltverschmutzung, die der Abbau Seltener Erden verursacht. Letztlich wirkten sich die Wirtschaftssanktionen gegenüber Japan aber auch auf Europa aus.

Der Großteil der europäischen Rohstoffimporte, vor allem die so genannten „kritischen Rohstoffe“ (eine Reihe von EU-gelisteter Rohstoffe, die von entscheidender Bedeutung für die industrielle Produktion

sind⁴⁾ kommt nach wie vor aus China. Obwohl China die Rohstoffe eigentlich selbst benötigt, um die eigene Wirtschaft im Gang zu halten, exportiert es weiterhin große Mengen nach Europa. Der größte Anreiz dabei sind Eurodevisen, die mit den Exporten ins Land kommen. China betrachtet den Euro zum einen als Alternative zu US Dollar-Devisen, außerdem kauft die Volksrepublik davon aber auch Technologien und Ausrüstung von europäischen Anbietern.

Weitere Einflüsse auf Chinas Rohstoffpolitik

Neben Regierungsbehörden haben in China auch große staatliche Ölkonzerne wie Sinopec oder China National Petroleum Corporate (CNPC) einen erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Rohstoffpolitik. Tatsächlich waren diese Unternehmen früher Teil der Ministerien. Die Vorstände der staatlichen Ölkonzerne gehören nach wie vor zur politischen Elite, und können zwischen hochrangigen Stellen in der Wirtschaft und Regierungsämtern wechseln. Außerdem holt sich die öffentliche Hand in China gern Expertise aus den Staatsbetrieben, wodurch die Rohstoffpolitik erneut eine Einflussnahme aus der Industrie erfährt.

Auch die Wissenschaft ist in China in der Politikberatung tätig. Universitäten und Forschungseinrichtungen werden als verlängerter Arm des Staates betrachtet, nicht zuletzt, weil Professoren und Forscher auf der Gehaltsliste der Regierung stehen. Experten aus der Wissenschaft werden tatsächlich häufig beim Entwurf von Richtlinien zur Ressourcenpolitik einbezogen, oder um Kommentierung gebeten. Der Einbezug der Wissenschaft in den Gesetzgebungsprozess wird übrigens häufig als öffentliche Partizipation am Gesetzgebungsprozess deklariert, bei der die Forscher als Bürgervertreter gelten.

Schließlich spielt auch die öffentliche Meinung in China eine Rolle bei der Ausgestaltung der Politik. Über Kampagnen von NGO und die öffentlichen Medien, vor allem aber über die sozialen Medien, kann sie sich Verhör verschaffen. Regierungsbehörden können auf diesen öffentlichen Druck reagieren und beispielsweise die Weiterentwicklung bereits geplanter politischer Leitlinien beschleunigen. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn innerhalb der chinesischen Regierung

Interessenkonflikte aufbrechen. So kann beispielsweise die Steuerverwaltung für erhöhte Steuern auf den Abbau und die Weiterverarbeitung von Rohstoffen eintreten. Die betroffenen Wirtschaftssektoren werden über ihre Verbindungspersonen auf politischer Ebene Widerstand leisten. Bei solchen Konflikten versuchen die jeweiligen Behörden dann zeitweilig, die öffentliche Meinung für ihre Belange zu instrumentalisieren.

Chinas nationale Rohstoffpolitik

Laut der chinesischen Verfassung sind alle natürlichen Ressourcen (im Gegensatz zu den Bodenschätzen) des Landes Volkseigentum. Diese Formulierung gibt der Regierung freie Hand bei der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen. Zum Teil führt die Bewirtschaftung durch die öffentliche Hand aber auch zu einer wenig effizienten Nutzung der Ressourcen.

Das Weißbuch „Chinas Bodenschatzpolitik“, welches der Staatsrat im Jahr 2003 herausgab, nennt für China 171 bekannte Vorkommen von verschiedenen Bodenschätzen. Bei 10 der Rohstoffen handelt es sich um Energieträger wie Öl, Erdgas, Kohle, Uran und geothermische Stoffe, bei 54 um Erze, einschließlich Eisen, Mangan, Kupfer, Aluminium, Blei und Zink, 91 sind nicht-metallische Mineralien, darunter Graphit, Phosphor, Schwefel und Sylvan, und drei flüssige Mineralien wie Grundwasser und Mineralwasser (die restlichen Rohstoffe kommen in nicht relevanten Größen vor).⁵

1949 gab es in China nur knapp über 300 ordentlich funktionierende Zechen, die jährlich lediglich 120.000 Tonnen Rohöl, 32 Millionen Tonnen Kohle und 160.000 Tonnen Stahl produzierten. Mittlerweile ist China in der Förderung und beim Verbrauch mineralischer Produkte bis an die Weltspitze aufgestiegen. China verfügt gegenwärtig über mehr als 500 große sowie weit über 141.000 kleine und mittlere Minen. Fast 10 Millionen Menschen sind in China im Bergbau beschäftigt, größter Arbeitgeber und das Rückgrat der Bergbauindustrie sind die staatlich betriebenen Zechen.

Chinas durchschnittliche Pro-Kopf-Fördermenge natürlicher Rohstoffe ist aber auch heute noch vergleichsweise gering. Bislang zielte die Regierungspolitik darauf ab, neue Rohstoffvorkommen zur erschließen. Da sich diese neuen Abbaugelände aber meist in entlegenen, unzugänglichen Regionen mit fragilen Ökosystemen

befinden, steigen die Investitions- und Umweltkosten des Bergbaus erheblich.

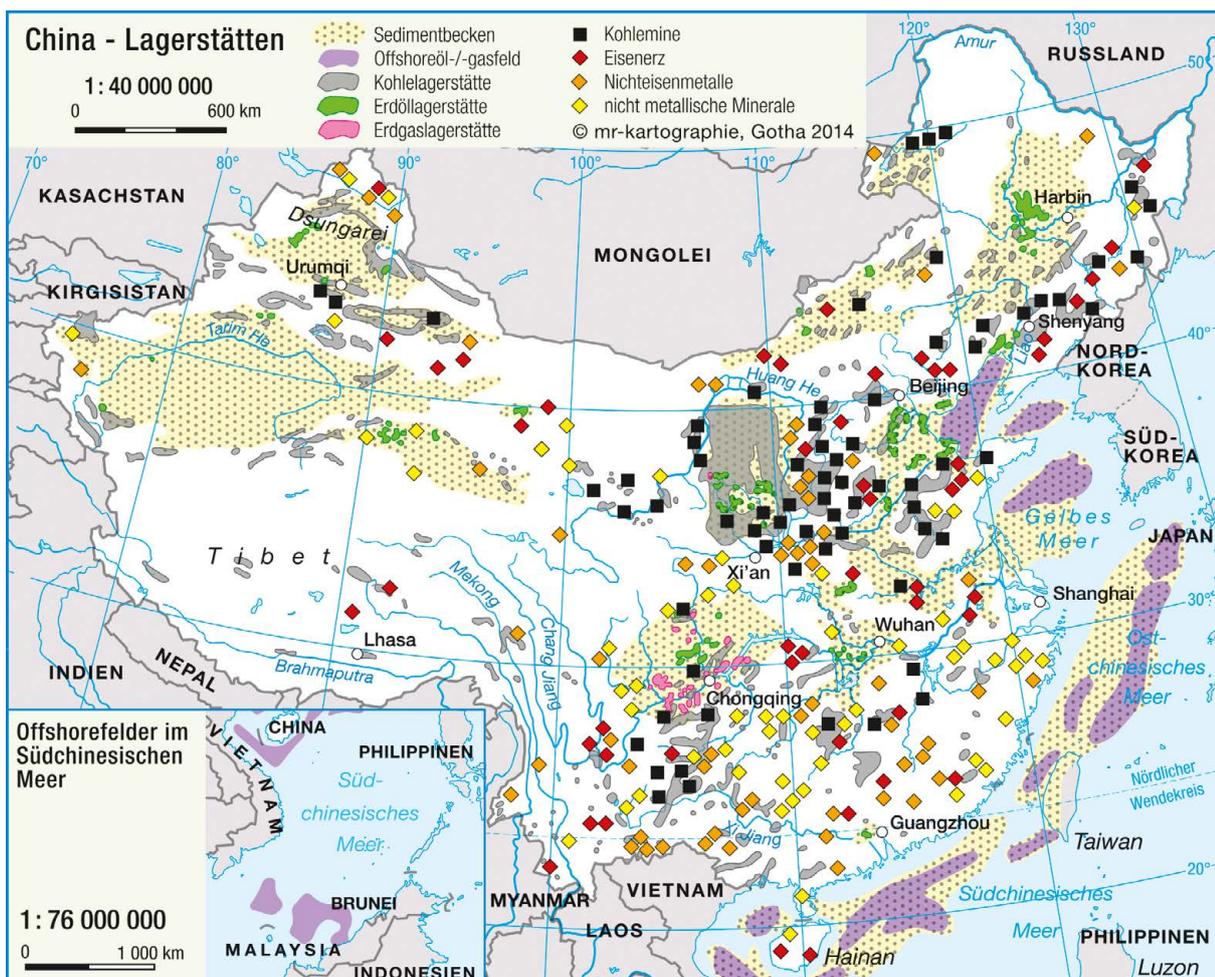
Seitdem China auch seine großräumigen unberührten Naturgebiete wie die tibetische Hochebene, Xinjiang und die Inneren Mongolei für die Suche nach neuen Ressourcen öffnet, häufen sich Berichte über Umweltschäden. Um die negativen Auswirkungen auf die Umwelt und die sozialen Folgen des Bergbaus zu entschärfen, hat die Regierung ein „Umwelt-Ausgleichspaket“ verabschiedet. Allerdings ignorieren vor allem große Staatsunternehmen die Auflagen. Dieses Maßnahmenpaket beinhaltet aber auch die Möglichkeit, soziale und ökologische Rechte einzuklagen, allerdings müssen diese in Wirklichkeit von der Bevölkerung in einem zähen, langwierigen Kampf erkämpft werden.

Seit 1994 müssen Inhaber von Schürfrechten Gebühren auf mineralische Rohstoffe zahlen. Damit wurde erstmals die Bergbauindustrie für die Folgeschäden des

Rohstoffabbaus finanziell zur Verantwortung gezogen. Die Steuererhebung sollte Recht und Interessen des Staates als Eigentümer aller landesweiten Rohstoffe verkörpern und diene dem Aufbau von ökonomischen Anreizen für eine effiziente Nutzung und den Schutz von Bodenschätzen.

Die Gebühren werden übrigens erlassen oder reduziert, wenn Unternehmer ordnungs- und standardgemäß Minen betreiben oder neue Abbaugelände erschließen. Eine Vorzugsbehandlung gibt es auch für solche Unternehmen, die die Bergbauindustrie in Westchina, Minderheitsgebieten, armen und entlegenen Regionen sowie Offshore-Ölgewinnung fördern.

In Realität können lokale Gemeinden jedoch selten erfolgreich Kompensationen erstreiten. Besonders in der Inneren Mongolei und der Provinz Shanxi hat diese Ohnmacht der Bevölkerung schon häufig zu Protestaktionen und Beschwerdebekundungen über das Missmanagement von Bergbauunterneh-



Länderbericht China, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2014

men und Fehlverhalten lokaler Regierungsbeamter geführt.

Auch in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Sicherheit steht die chinesische Bergbauindustrie denkbar schlecht dar. Unfälle in Zechen sind häufig, das Gesundheitsrisiko der Bergleute ist hoch und anhaltend. Laut der staatlichen Verwaltung für Arbeitssicherheit (zitiert durch China Daily) kamen 2012 umgerechnet pro 100 Mio. Tonnen Kohleförderung 37 Arbeiter bei Minenunfällen ums Leben, 2011 waren es sogar mehr als 56 Arbeiter. 2013 verunglückten insgesamt 1384 Bergleute tödlich. Viele der tödlichen Minenunfälle ereignen sich in illegal betriebenen Zechen, in denen Kohle, Gold oder Seltene Erden gewonnen werden. Besonders beim Abbau von Seltenen Erden dominieren in China aber eben diese illegalen Minen.

Mangelhafte Effizienz

In zwei Bereichen hat China gegenüber Industrieländern noch viel aufzuholen: in der Effizienz der Ressourcennutzung sowie bei der staatlichen Verwaltung und den Dienstleistungen im Bereich Ressourcennutzung und -ausbeutung.

Viele der Rohstoffgewinnungsindustrien befinden sich nach wie vor in Staatsbesitz. In den Staatsbetrieben ist das Bewusstsein für Kosteneffizienz meist wenig ausgeprägt, in der Produktion wird nicht auf Ressourceneinsparung geachtet. Gleichzeitig gestalten sich die Wirtschaftsziele der Lokalregierungen in der Rohstoffpolitik eher kurzfristig und dementsprechend kurzsichtig. Ressourcen- und Umweltschutz bleiben unbeliebte Themen.

In der chinesischen Öffentlichkeit gelten Behörden, die mit der Rohstoffverwaltung beauftragt sind, als bürokratisch und korrupt. Tatsächlich wurzeln die meisten Skandale in der Rohstoffindustrie im Fehlverhalten von Regierungsbeamten.

Chinas Bergbaumagnat Liu Han wurde zum Beispiel 2014 zum Tode verurteilt, auch 35 seiner Mitarbeiter befand das Gericht für schuldig. Liu Han ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende der *Sichuan Hanlong Group*. Das größte Privatunternehmen in der südwestchinesischen Provinz Sichuan verfügt über Anteile in vielen Industrien, darunter Bergbau, Immobilien, Elektrizität,

Energie und Finanzen. Der 48-Jährige war auch wichtiger Aktionär bei einer Reihe von australischen Unternehmen. Staatsmedien vermuteten einen Zusammenhang zwischen Lius steiler Karriere und der Amtszeit des späteren Politbüromitglieds Zhou Yongkang als Chef der Kommunistischen Partei in der Provinz Sichuan. Liu habe früher Geschäftsbeziehungen zu Zhou Yongkangs ältestem Sohn Zhou Bin gepflegt.

Fazit: International Rohstoffpolitik und Umweltschutz- und Arbeitsrechtsstandards

Chinas Wirtschaftswachstum und die schnelle Urbanisierung haben den Rohstoffbedarf dramatisch ansteigen lassen. Die Investitionsoffensive wird auch dadurch angeheizt, dass die Gefahr besteht, dass Chinas große Devisenreserven schnell an Wert verlieren. Die chinesische Regierung möchte die Devisen in hochwertige Vermögenswerte konvertieren.

China rechnet auch damit, dass der Wert vieler dieser mineralischen Ressourcen im Laufe der Zeit ansteigt. Chinesische Unternehmen, staatliche als auch private, werden von der Regierung aufgefordert, sich Eigentum oder Schürfrechte, Waldressourcen und Ölfelder usw. zu sichern. Die politischen Banken, wie die China Ex-Im Bank oder die China Development Bank, sorgen für die benötigten Kredite für diese Expansion.

China ist der weltweit größte Kohleimporteur. Es importiert große Mengen an Kohle aus Nordamerika, Australien, der Mongolei und anderen Ländern. Auch auf dem Ölsektor werden chinesische Unternehmen im Rahmen der investitionsoffensive des chinesischen Staates aufgefordert, Ölfelder und internationalen Ölgesellschaften zu erwerben. Chinesische Firmen schlossen sich auch mit internationalen Ölmultis zusammen, um Angebote in politisch instabilen Regionen zu sichern. Viele dieser Mineralien sind durch internationale Umweltgruppen als Konfliktmineralien eingestuft.

Neben dem allgemeinen „going-out“ Slogan der Investitionsoffensive hat China auch eine koordinierte Außenpolitik für natürliche Ressourcen. Die Hauptakteure dieser Außenpolitik, namentlich das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, das Handelsministerium (MOFCOM) und die chinesischen Finanzinstitute,

stehen miteinander im Wettbewerb um die Führungsrolle. Besonders konfliktreich wirkt sich dieser Wettbewerb im Feld der chinesischen Entwicklungshilfe aus.

Viele machen sich Sorgen über die niedrigen Umweltschutz- und Arbeitsrechtsstandards chinesischer Unternehmen. Aber solange Staaten ohne effiziente juristische Mittel Investitionen chinesischer Unternehmen mit eben diesen niedrigen Standards zulassen, wird es auch in Zukunft keine strengeren Auflagen geben.

Chinesische Unternehmen, staatliche als auch private, werden von der Regierung aufgefordert, sich Eigentum oder Schürfrechte, Waldressourcen und Ölfelder usw. zu sichern.

Dies ist der Grund, warum viele NGO wie Oxfam, Friends of the Earth US und International River Zusammenkünfte zu den sozialen Folgen und Umweltschäden der extraktiven Industrien und Überseeinvestitionen organisieren.

Auch auf Regierungs- und Unternehmerebene hat man das Problem erkannt. Am 24. Oktober 2014 hat die Chinesische Handelskammer für den Export und Import von Metallen, Mineralien und Chemikalien (CCCMC) zusammen mit der OECD, Global Witness und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zwei Konferenzen zur Nachhaltigkeit von globalen Bergbauinvestitionen von chinesischen Unternehmen organisiert.

Eine beschäftigte sich ausgiebig mit Chinas Rolle in Bezug auf Ansätze, die Sozialverträglichkeit und Umweltschutz verantwortlich einbinden bei internationalen Investitionen des Bergbaus und Handel mit Mineralien. Die andere bezog sich auf nachhaltige Zulieferketten im Mineralhandel (Responsible Mineral Supply Chains).

Auf dieser Konferenz wurden die „Richtlinien für soziale Verantwortung der chinesischen Bergbauunternehmen bei internationalen Investitionen“ (*Guidelines for Social Responsibility in Chinese Outbound Mining Investment*) verabschiedet. Erstmals wurden Standards zu Arbeitsrechten, Umweltschutz und Schutz der lokalen

Gemeinschaften (Schutz vor gewaltsamer Vertreibung) bei Auslandsinvestitionen durch chinesische Unternehmen eingeführt.⁶ Diese Richtlinien wurden gemeinsam mit der GIZ (Gesellschaft für International Zusammenarbeit, Deutschland) und Global Witness entwickelt. Sie wollen eine Orientierung vorgeben und Maßstäbe für chinesische Bergbau-Investitionen setzen. Außerdem stellte Global Witness auf diesem Treffen ihr neues Informationspapier „Konfliktminerale – Eine neue chinesische Initiative könnte die Risiken chinesischer Unternehmen angehen (*Tackling conflict minerals – How a new Chinese initiative can address Chinese companies’ risks*) vor.

Wen Bo

Die Konferenz endete mit der Unterzeichnung einer Absichtserklärung (Memorandum of understanding) mit der O. E. C. D. detaillierte Direktiven zur Umsetzung der Richtlinien zu erarbeiten. Die Kammer wird die Richtlinien auf ihrer Webseite zur Verfügung stellen.

Anmerkungen

1. Anja Senz, Dieter Reinhard (eds.), Task Force: Connecting India, China and Southeast Asia – New Socio-Economic Developments, Duisburg Working Papers No. 97 2014, University Duisburg-Essen, p. 9, <http://www.uni-due.de/in-east/fileadmin/publications/gruen/paper97-2014.pdf> (opened 19.11.2014)
2. Konzessionäre Kredite sind seit Jahrzehnten ein wichtiges Element der internationalen Hilfe an die Entwicklungsländer, wobei die ärmsten Länder oft einen Zinssatz von 1 Prozent oder weniger und Laufzeiten von über 30 Jahren erhielten.
3. Chris Alden, Ana Cristina Alves, China and Africa’s Natural Resources: The Challenges and Implications for Development and Governance, South African Institute of International Affairs 2009, S. 12.
4. Tobias Lambert, The impact of the European Union’s Raw Material Policies, Prague Global Policy Institute – Glopolis, 2011, S. 9. Anm. D. Red.: die EU hat 2010 beschlossen, alle 5 Jahre eine Liste der „kritischen Rohstoffe“ zu erstellen.
5. State Council 2003 White paper on China’s Policy on mineral resources, Xinhua News Agency, 23.12. 2003.
6. A Chinese mining industry group announced on Friday a set of guidelines intended to promote socially responsible behavior among its companies operating overseas., http://www.nytimes.com/2014/10/25/business/international/chinese-mining-group-sets-guidelines-for-overseas-interaction.html?_r=1

Empfehlungen für die Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaft muss sich einmischen: Wege, chinesische Ressourcenpolitik zu ändern

Solange China das alte Wirtschaftswachstumsmodell weiter verfolgt, wird sich die Abhängigkeit von und der große Appetit auf die natürlichen Ressourcen nicht verringern. Daraus folgt, dass sich Chinas Ressourcen(außen) politik erst ändern wird, wenn eine Änderung des Wachstumsmodells vorgenommen wird. Mittlerweile gibt innerhalb der chinesischen Zivilgesellschaft eine zunehmende Diskussion zur globalen Rolle Chinas [Anmerk. d. Redakt.: Diese Diskussion wird auf eu-china.net dargestellt werden¹].

Konstruktiver Dialog mit der chinesischen Regierung

Der Dialog der Zivilgesellschaft mit der Regierung sowie die praktische Umsetzung von Nachhaltigkeitspolitik findet in Deutschland ein gutes Vorbild. Ein Dialog sollte auf mehreren Ebenen aufgebaut und bestehende Kommunikationen ausgebaut werden. China ist bestrebt, vom Erfolg und Misserfolg anderer Länder zu lernen. Obwohl Chinas Entwicklung eine gewisse Gefahr für die globale Umwelt darstellt, wird es bisher nicht als De-Stabilisator der Weltordnung gesehen.

Durchführung von Schulungen für junge chinesische Regierungsbeamte

Die neue Generation chinesischer Regierungsbeamter ist

relativ offen für neue Ideen. Sie sind aufgewachsen in einer sich rasant ändernden Umwelt und gleichzeitig Ideen und Gedanken ihrer Vorgänger ausgesetzt. Viele dieser jungen Regierungsmitarbeiter brauchen Weiterbildung und internationale Schulungen könnten hier eine zentrale Rolle spielen für die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik.

Unterstützung chinesischer Umwelt-NGOs und Bürgerinitiativen

Wenn es darum geht, die chinesische Regierung und die Rohstoffindustrie verantwortlich für ihre Ressourcenpolitik und -praxis zu machen, stehen chinesische Umweltgruppen an vorderster Front. Oft ignoriert und in Frage gestellt, arbeiten die chinesischen Gruppen in einer ziemlich feindlichen politischen und sozialen Umgebung. Eine Unterstützung der chinesischen Umweltgruppen in Form zum Beispiel eines Kurzzeitpraktikums, oder Fortbildungen, kann diese Kräfte stärken. [Anmerk. d. Redakt.: Das EU-China NGO-Austauschprogramm ist solch ein Instrument eu-china-twinning.org]

Unterstützung für die Implementierung chinesischer Ressourcenpolitik

Chinesische Ressourcenpolitik ist sehr umfangreich und ziemlich vorbildlich, allerdings nur auf dem Papier. Auch das Ziel der nachhaltigen Entwicklung ist klar definiert. Aber die Umset-

zung dieser Ressourcenpolitik ist eher unzureichend. Die Implementierungsschwäche wird von Unternehmen ausgenutzt, um größere wirtschaftliche Gewinne zu erzielen. Deshalb müssen die Anstrengungen verstärkt werden, die Regierung zu befähigen, die Implementierung ihrer eigenen Politik zu gewährleisten.

Integration Chinas in das globale System

Es muss deutlich herausgestellt werden, welche Rolle China in der Welt spielt und welche Verantwortlichkeiten damit verbunden sind. Es ist notwendig, negative Auswirkungen chinesischer Wirtschaftspolitik auf andere Länder deutlich herauszustellen, zu reflektieren und zu reagieren. Chinas Entscheidungsträger müssen sich vertraut machen mit internationale Normen und Standards. Ignoranz ist kein Segen für ein Land, welches solch einen tiefgreifenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der Welt hat. Es braucht allerdings Zeit, in einem so lange isolierten Land Verständnis für globale Werte zu erreichen. Beispiele für die Wertschätzung internationaler Standards und der Rechtsstaatlichkeit könnte durch deutsche zivilgesellschaftliche Gruppen vermittelt werden.

Anmerkungen

1. Ein Beitrag zu dieser Debatte findet sich bei Qin Hui, China braucht eine eigene Diskussion zu grüner Entwicklung, in: *perspectives Asien*, Heinrich Böll Stiftung, 2014, S. 24–26.

Rohstoffausbeutung in Afrika

Das „eine China“ gibt es nicht

Irene Knoke¹

Chinas Engagement auf dem afrikanischen Kontinent ist nicht neu. Bereits in der Kolonialzeit hat China die Befreiungsbewegungen der afrikanischen Länder und die Anti-Apartheidbewegung unterstützt. Nach der Unabhängigkeit flossen chinesische Entwicklungsgelder in die jungen Staaten, hauptsächlich aus politisch-ideologischen Gründen. Zudem sollten afrikanische Staaten mit ihrem Stimmgewicht Chinas Aufstieg in die internationale politische Gemeinschaft unterstützen.

Danach ebte das Engagement Chinas zunächst ab. Seit China um die Jahrtausendwende seine „Going global“-Strategie ausgerufen hat, sind auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu Afrika deutlich ausgebaut worden. Heute ist China einer der wichtigsten Handelspartner Afrikas mit einem Handelsvolumen von rund 200 Mrd. US-Dollar im Jahr 2012. Bis zum Jahr 2020 soll es sich sogar noch weiter auf 400 Mrd. US-Dollar verdoppeln. Aus chinesischer Perspektive kommt jedoch dem Handel mit Afrika nur eine kleine Rolle zu und macht derzeit lediglich 5 Prozent des gesamtchinesischen Handels aus (vgl. Kim 2014).

Nach Daten des Global Trade Atlas (GTIS 2013) weist Afrika insgesamt eine positive Handelsbilanz gegenüber China auf, was vor allem an den hohen Rohstoffexporten liegt. Die größten Handelsüberschüsse haben entsprechend klassische Rohstoffexporteure wie Angola, Südafrika, die Republik Kongo und die Demokratische Republik Kongo. Das deutet bereits auf das große Ungleichgewicht im Warenaustausch hin (das allerdings bei anderen Handelspartnern nicht anders strukturiert ist): China importiert ein relativ kleines Spektrum an unverarbeiteten Rohstoffen und bringt im Gegenzug eine riesige Bandbreite an fertig verarbeiteten Produkten auf die afrikanischen Märkte.

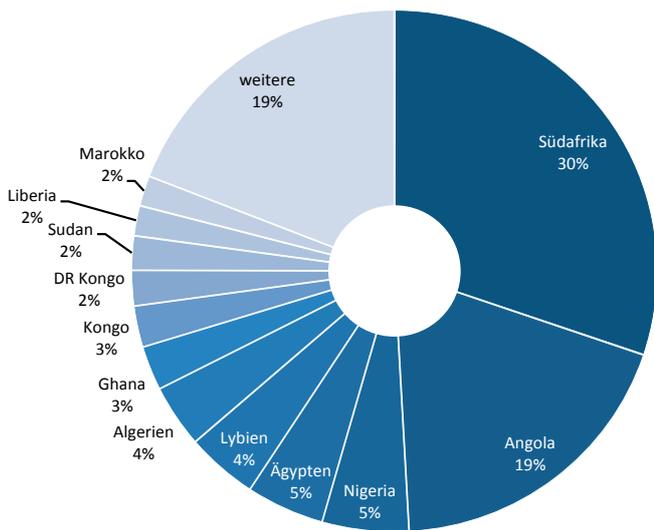
Einige afrikanische Länder haben entsprechend auch ein hohes Handelsdefizit gegenüber China.

Auch die chinesischen Investitionen in Afrika sind deutlich gestiegen. Aus chinesischer Perspektive ist aber auch hier der Anteil der Investitionen in Afrika an den gesamten chinesischen Auslandsinvestitionen mit 4,1 Prozent relativ gering.

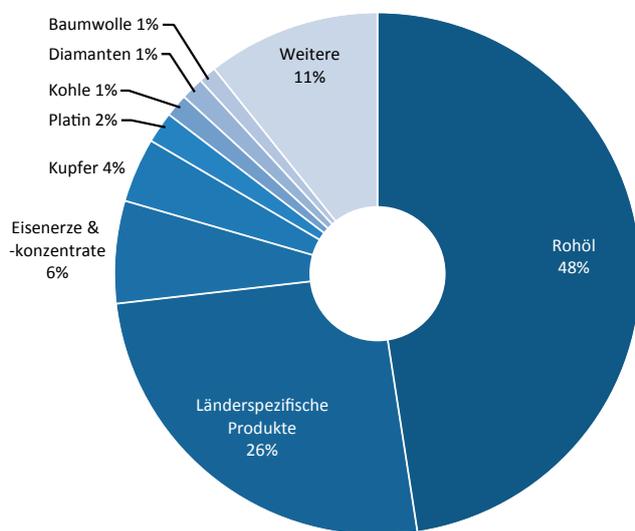
Chinas Rohstoffbedarf fördert Infrastrukturausbau in Afrika

Chinas Triebkraft bei den Direktinvestitionen ist der steigende Rohstoffbedarf für das rasante Wachstum im eigenen Land. Trotz der hohen Investitionskosten ist China massiv in den Rohstoffsektor eingestiegen. Da chinesische Unternehmen bis zur Jahrtausendwende nur wenig Kontrolle über den Rohstoffmarkt besaßen, bedeutete die Entwicklung stetig steigender Weltmarktpreise ein Risiko. Mit massiver staatlicher Unterstützung gelang es chinesischen Unternehmen, auch auf dem afrikanischen Kontinent im Rohstoffsektor Fuß zu fassen. Chinas Zugriff auf afrikanische Rohstoffe läuft indes keinesfalls konfliktfrei. Der Vorwurf, China beute die Rohstoffe Afrikas aus und verletze dabei grundlegende Arbeitsrechte, trifft zunehmend auf Gehör. Mehrfach gab es beispielsweise in chinesisch geführten Kupferminen in Sambia Aufstände der Minenarbeiter. Sie protestierten gegen miserable Arbeitsbedingungen, unzureichende Schutzkleidung und extrem niedrige Löhne.

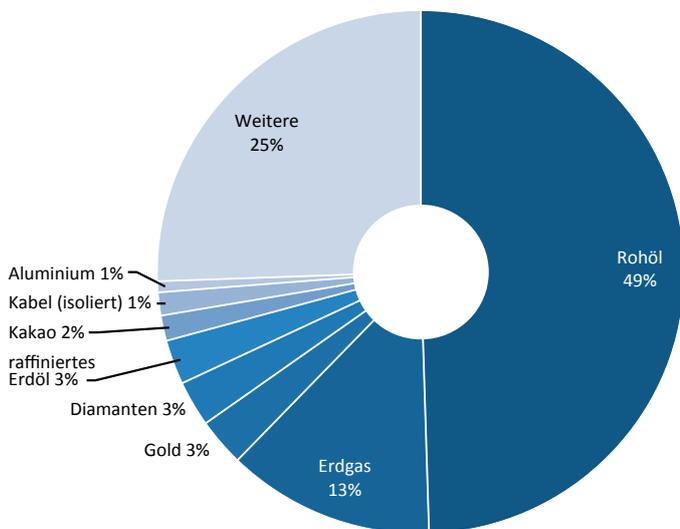
Investitionen in den Ressourcenabbau sind häufig verknüpft mit Infrastrukturprojekten. Das Modell sieht oft so aus, dass die China Exim-Bank Kredite für Infrastrukturprojekte vergibt, die größtenteils von chinesischen Unternehmen durchgeführt werden sollen. Im Gegenzug erhalten chinesische Unternehmen Förderrechte



Chinas größte Handelspartner in Afrika



Importprodukte Chinas aus Afrika



Importprodukte Europas aus Afrika

und investieren in den Neuaufbau bzw. Ausbau von Minen. Entsprechend profitieren ressourcenreiche Länder wie die DR Kongo, Nigeria oder der Sudan besonders stark von Chinas Investitionen in die Infrastrukturentwicklung. Mit der DR Kongo wurde beispielsweise Mitte 2007 eines der größten Investitionsprojekte Chinas auf dem afrikanischen Kontinent vereinbart: Chinesische Unternehmen sollen in großem Umfang Infrastrukturprojekte bauen, angefangen von Eisenbahntrassen und Autobahnen, über kleinere Straßen bis hin zu sozialer Infrastruktur im Gesundheits- und Bildungsbereich und im Wohnungsbau.

Trotz berechtigter Kritik an der Intransparenz bei Kreditbedingungen, an verbreiteter Korruption, an Umweltproblemen und Arbeitsbedingungen in den Minen kann die Bedeutung der Infrastrukturprojekte kaum überschätzt werden. Derzeit gibt es z. B. in der DR Kongo keine Straßen oder Eisenbahnlinien, die das Land von Ost nach West oder von Nord nach Süd durchqueren. Der Ausbau der Infrastruktur wird große Auswirkungen auf weite Teile der Wirtschaft haben. In vielen afrikanischen Staaten leiden Unternehmen und Bevölkerung unter einer schlechten Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie, Wasserver- und entsorgung und Telekommunikation. Dabei gilt: Je ärmer das Land, desto entscheidender ist der Faktor Infrastruktur für die weitere Entwicklung (vgl. Estache 2010).

Über viele Jahre haben westliche Staaten den Fokus ihrer Entwicklungszusammenarbeit auf andere Schwerpunkte wie Bildung und Gesundheit oder Dezentralisierung und Regierungsführung gelegt. Die Finanzierungslücke für wichtige Infrastrukturvorhaben im produktiven Sektor wurde immer größer. China investiert aber nicht nur in die Verkehrsinfrastruktur in rohstoffreichen Ländern. Zwischen 2010 und Mai 2012 hat China für insgesamt 92 Projekte in Afrika zinsgünstige Kredite in Höhe von 11,3 Mrd. US-Dollar bereitgestellt. Hierunter sind auch zahlreiche kleinere Projekte in den Bereichen Telekommunikation, Energie, Bildung und Gesundheit sowie Wasserver- und Abwasserentsorgung (vgl. Strange et al. 2013).

Diversifizierung der Investitionsstruktur

Während sich die chinesischen Staatsunternehmen der strategischen Aufgabe widmen, Ressourcen zu sichern,

hat sich Chinas Investitionsstruktur in Afrika diversifiziert. Eine immer größer werdende Anzahl kleiner und mittlerer privatwirtschaftlicher Unternehmen wird auf dem Kontinent aktiv. Sie werden zwar auch vom Staat unterstützt, arbeiten aber stärker dezentral mit Investitionen in kleinerem Rahmen und oft auch mit mehr Materialien und Arbeitskräften aus der Region. Ihre Investitionen, die sehr viel stärker in den Dienstleistungssektor und in die verarbeitende Industrie fließen, sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Weil in China im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs die Lohnkosten in den stark industrialisierten Küstenregionen steigen, werden arbeitsintensive Industrien wie die Textil- oder Lederindustrie zunehmend auch nach Afrika ausgesiedelt. China versucht so, einen Strukturwandel in der eigenen Industrie anzustoßen, weg von der arbeitsintensiven und wenig konkurrenzfähigen Produktionsindustrie hin zu einer innovationsgeleiteten High-Tech-Industrie (vgl. Brautigam/Xiaoyang 2011).

Private Unternehmen leisten mittlerweile 55 Prozent der gesamtchinesischen Investitionen in Afrika (vgl. Shen 2013). In einem mehrstufigen Investitionsschema ist das (auch von offizieller Seite unterstützte) Ziel zuweilen die Gründung eines Industrieclusters in Form von Sonderwirtschaftszonen (SWZ).

Chinas eigene Erfahrungen mit SWZ sind sehr zwiespältig. Sie sind oft Orte grassierender Arbeitsrechtsverletzungen, können aber auch als Motor des Wirtschaftsbooms gelten. Vermutlich werden die mit den SWZ in Verbindung stehenden negativen Aspekte wie Umweltzerstörung, schlechte Arbeitsbedingungen und Lohndumping in Afrika nicht ausbleiben. Aber gerade die Auslagerung arbeitsintensiver Industrien birgt durchaus auch Chancen, viele Arbeitsplätze zu schaffen und die Industrialisierung in Afrika voranzutreiben (vgl. Brautigam/Farole/Xiaoyang 2010).

Insgesamt fällt auf, dass in mehrfacher Hinsicht das Entwicklungsmodell Chinas nach Afrika exportiert wird: Ein starker Staat mit einer hohen Investitionsquote in Infrastruktur, der Aufbau einer arbeitsintensiven Industrie bei niedrigen Lohnkosten und mangelnden Umwelt- und Sozialstandards – all das sind Faktoren, die auch den Aufstieg Chinas geprägt haben. Wie sehr sich etwaige Fehlentwicklungen in Afrika wiederholen, wird auch von der Fähigkeit der jeweiligen afrikanischen Regierungen abhängen, entsprechende Arbeits- und Umweltstandards durchzusetzen. Ebenso

wie Chinas Aktivitäten auf dem afrikanischen Kontinent nicht homogen sind und verschiedene Akteure unterschiedliche Interessen verfolgen, muss sich auch eine Bewertung des chinesischen Engagements in Afrika einer länderspezifischen Untersuchung unterziehen. Insgesamt aber gilt: Chinesische Investitionen in Afrika sind besser als ihr Ruf. Vor allem im Bereich Infrastruktur werden zentrale Finanzierungslücken geschlossen und Investitionen in den Dienstleistungs- und Industriesektor unter Nutzung afrikanischer Materialien und Arbeitskräfte nehmen zu.

Literaturnachweis

Brautigam, Deborah/Xiaoyang, Tang (2011): African Shenzhen: China's special economic zones in Africa. In: *Journal of Modern African Studies* 01/11. S. 27–54.

Brautigam, Deborah/Farole, Thomas/Xiaoyang, Tang (2010): China's Investment in African Special Economic Zones: Prospects, Challenges, and Opportunities. (Economic Premise 05/10) Poverty Reduction and Economic Management (PREM) Network – World Bank.

Estache, Antonio (2010): Infrastructure finance in developing countries: An overview. In: *EIB Papers*. 02/10. S. 62–88.

GTIS (Global Trade Information Services) (2013): *Global Trade Atlas 2013*.

Hütz-Adams, Friedel/Hummel, David/Knoke, Irene (2014): Partnerschaft auf Augenhöhe? – Die Rolle Chinas in Afrika; SÜDWIND.

Kim, Yejoo (2014): China's promises to Africa. (CCS Commentary) Centre for Chinese Studies. University of Stellenbosch. Stellenbosch/Johannesburg.

Shen, Xiaofang (2013): Private Chinese Investment in Africa. Myths and Realities. (Policy Research Working Paper 6311). World Bank.

Strange, Austin, Bradley Parks, Michael J. Tierney, Andreas Fuchs, Axel Dreher, Vijaya Ramachandran (2013): China's Development Finance to Africa: A Media-Based Approach to Data Collection. (Working Paper 323). Center for Global Development.

Anmerkungen

1. Dieser Text basiert auf der bei Südwind e.V. im November 2014 erschienenen Studie „Partnerschaft auf Augenhöhe? – Die Rolle Chinas in Afrika“ (Hütz-Adams/Hummel/Knoke, 2014), abzurufen unter www.eu-china.net/materialien/partnerschaft-auf-augenhoehe-die-rolle-chinas-in-afrika/.

Chinas Rohstoffindustrie sorgt zunehmend für Proteste

Jost Wübbeke

Der Bergbau hinterlässt in Chinas Landschaften unübersehbare Spuren: abgetragene Berge, zerstörte Pflanzenvielfalt, verschmutzte Seen und Flüsse. Das Land zahlt einen hohen Preis für den wirtschaftlichen Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte. Glitzernde Einkaufszentren, kilometerlange Prachtstraßen und riesige Kraftwerke verschlingen Unmengen von Rohstoffen wie Kohle und Stahl. China ist zum weltweit größten

Konsumenten zahlreicher Metalle aufgestiegen. Den Großteil seines Rohstoffbedarfs kann das Land selbst decken. Doch die Folgen des Rohstoffhungers für Umwelt, Menschen und sozialen Frieden sind enorm. Landesweit protestieren Bürger gegen die Verschmutzung von Trinkwasser, das Einsinken der Böden, verseuchte Äcker und Vertreibungen in Folge des Bergbaus.



Queuing coal trucks wait to be loaded at an open-pit coal mine, © Lu Guang/Greenpeace

Ländliche Proteste haben selten Erfolg

Die Unzufriedenheit der chinesischen Bevölkerung über Umweltverschmutzung wächst. Jedes Jahr steigt die Zahl der Umweltproteste. Viele kleine Proteste gegen den Bergbau finden in abgelegenen Berggebieten statt, in denen sich ganze Dörfer zu Wehr setzen. Mitunter schlagen diese Demonstrationen in gewalttätige Auseinandersetzungen um: Im Dorf Xiatang (in der Provinz Guangdong) zerstörten beispielsweise wütende Dorfbewohner 2011 Bagger und andere Maschinen einer illegal betriebenen Mine.

Diese kleinen Protestaktionen haben normalerweise nur geringe Aussicht auf Erfolg. Die Kreis- und Gemeindevorsitzenden sind oftmals selbst in die umweltschädlichen, teils sogar illegalen Aktivitäten involviert, sodass sie nicht tätig werden. Der Vize-Sekretär einer Kreisstadt im Autonomen Gebiet Guangxi sagte über ein illegales Seltenerd-Bergwerk:

„Wenn wir keine Unternehmen anlocken, haben wir keine Steuereinnahmen. Wir haben darüber diskutiert, wie viele Einnahmen wir durch [...] dieses Projekt machen [...]. Das könnte natürlich zu einigen Unpässlichkeiten führen, weil wir die Interessen der Unternehmen etwas mehr berücksichtigen [...] als die der ansässigen Bevölkerung.“¹

Häufig wissen die Protestierenden nicht, wie sie ihre Rechte schützen und wie sie über die Medien Druck auf Bergbauunternehmen und lokale Regierungen ausüben können. Darüber hinaus müssen sie mit sehr hartem Vorgehen seitens der Behörden rechnen, die Militärpolizei oder andere Kräfte einsetzen, um die Protestierenden einzuschüchtern. Über die Folgen solcher Einsätze berichtete beispielsweise ein Dorfbewohner, der im Kreis Changting (in der Provinz Fujian) gegen die Ausweitung einer Seltenerd-Fabrik protestiert hatte:

„Der Kreisvorsitzende Lan entsandte mehrere Hundertschaften, die Straßen blockierten und den Strom abstellten. Ein Dutzend Polizisten schlug meine Ehefrau [...] Als meine Tochter ihr zu Hilfe eilen wollte, wurde sie auf den Boden gedrückt und von der Polizei fünf Tage lang in Haft genommen. Meine Frau ist noch immer im Krankenhaus von Changting. Bis jetzt ist kein Offizieller erschienen, der die Sache geklärt hätte.“²

Einige Proteste weiten sich auf ganze Regionen aus³

In den meisten Fällen bleiben Proteste auf einzelne Dörfer beschränkt. Sie können jedoch auch größere Dimensionen erreichen, und mitunter ganze Regionen erfassen. In der Inneren Mongolei protestierten 2011 tausende ethnische Mongolen gegen den Kohlebergbau. Die Massenproteste waren entfacht worden, nachdem ein mit Kohle beladener Lastwagen den Mongolen Mergen überfahren hatte. Mergen hatte mit etwa zwanzig anderen Mongolen gegen Staub, Lärm und die Zerstörung des Weidelandes durch die Laster protestiert und versucht, diese aufzuhalten. Die Laster fuhren nach Angaben der Hirten regelmäßig über deren Land, um eine Abkürzung zu nehmen. Dabei kam auch häufiger Vieh zu Tode. Nach dem Streit mit einem Lastwagenfahrer überfuhr dieser Mergen absichtlich.

Dieses Ereignis löste große Proteste unter der mongolischen Bevölkerung aus. Zwei Wochen nach Mergens Tod brachen große Unruhen im Ujimqin-Banner aus, in dem sich der Vorfall ereignet hatte. Etwa eintausend Studenten, zumeist die Kinder mongolischer Hirten, strömten vor das Hauptgebäude der Verwaltung im nächstgrößeren Ort Xilinhot. Die Provinzregierung entsandte hunderte von Bereitschaftspolizisten und nahm Dutzende Protestierende fest. In Teilen von Ujimqin verhängte die Provinzregierung sogar zeitweise das Kriegsrecht und bewachte öffentliche Gebäude wie Schulen. Um die Situation zu beruhigen, verurteilte ein Gericht den Lastwagenfahrer nur einen Monat später zum Tode und seinen Beifahrer zu einer lebenslangen Haftstrafe. Die Familie des Getöteten erhielt Kompensationen. Die Provinzregierung legte die betroffene Mine vorübergehend still und sicherte zu, verstärkt die Umweltverschmutzung durch den Minenbetrieb zu beobachten und einzugrenzen.

Städtische Massenproteste gewinnen an Wirkung

Auch die städtische Bevölkerung setzt sich zunehmend gegen die Rohstoffindustrie zur Wehr. Städter haben inzwischen ein feines Gespür für mögliche Umweltgefahren entwickelt. In mehreren Städten, darunter Maoming, Xiamen und Kunming, demonstrierte die Bevöl-



Kohlemine in der Inneren Mongolei

kerung gegen geplante Ölchemie-Raffinerie.⁴ Auch die Angst vor Dioxin aus Müllverbrennungsanlagen bringt viele Menschen auf die Straßen. In Shishang (Provinz Sichuan) verhinderte die Bevölkerung den Bau einer Kupfer-Molybdän-Raffinerie.

Auch in diesen Fällen reagierten die Provinz- und Stadtregierungen mit Einschüchterungsversuchen durch Sicherheitskräfte und Gewalt gegen die Bevölkerung. Dennoch mobilisierten diese Protestbewegungen schnell mehrere tausend Menschen und bewirkten – auch auf nationaler Ebene – ein viel größeres Medienecho als die meisten ländlichen Konflikte.

Soziale Medien spielen eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung und Verbreitung von Informationen. Deswegen haben Proteste in Chinas Städten eine wesentlich größere Chance auf Erfolg als auf dem Land. Politische Entscheidungsträger auf Provinz- und Stadtebene fürchten Massenproteste. Durch die Proteste könnten sie in der Gunst der Zentralregierung sinken und ihre Karrierechancen verspielen: Nachdem 2008 im Kreis Xiangfen (Shanxi) die Schlammlawine einer kollabierten Absetzanlage⁵ fast 300 Menschen in den Tod gerissen hatte, mussten der Provinzgouverneur und sein Vize abtreten.

Offizielle Mechanismen für öffentliche Beteiligung sind unwirksam

Prinzipiell verfügt China über die notwendigen Instrumente, um Bürger an der Planung von Industrieprojekten teilhaben zu lassen. Seit 2003 sind per Gesetz für jedes neue Projekt Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgesehen. In der Praxis wird jedoch gerade in Bergbauprojekten der Wille der Betroffenen nur unzureichend berücksichtigt:

- So stehen nur wenige Informationen über die Projekte zur Verfügung;
- Termine für Rückmeldungen aus der Bevölkerung werden zu kurzfristig angesetzt;
- als öffentlich angekündigte Diskussionsveranstaltungen entpuppen sich als geschlossene Zusammenkünfte lokaler Politiker und Funktionäre.

Häufig genehmigen Umweltbehörden Bergbauprojekte trotz erheblicher Risiken und Vorbehalte in der Bevölkerung. Einige Unternehmen führen ihre Projekte sogar

ohne jegliche Umweltverträglichkeitsprüfungen durch. Abschätzungen hinsichtlich der Sozialverträglichkeit werden erst gar nicht vorgenommen.⁶

Protest und Umsiedlungen am Beispiel Baotou⁷

Der Bevölkerung steht bei Umweltproblemen grundsätzlich der Weg offen, beim Staat Petitionen einzureichen. Im Idealfall würde dann der Staat auf die Einreichung eingehen und die verschmutzenden Unternehmen dazu auffordern, die Probleme zu beseitigen.

Wie das folgende Beispiel der zehn Quadratkilometer großen Absetzanlage in Baotou zeigt, reagieren die Behörden selten auf Petitionen. In der innermongolischen Stadt Baotou bereitet das Staatsunternehmen Baogang Seltene Erden auf, die im 150 Kilometer entfernten Bayan Obo abgebaut werden. Die Produktionsabfälle werden als Schlamm in eine nahegelegene Absetzanlage geleitet. Nach über fünfzig Jahren des Betriebs und mehreren Aufschichtungen des Damms hat die Absetzanlage eine Fläche von etwa 10 km² erreicht, etwa zweimal so groß wie das Berliner Tempelhofer Feld. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich dort 160 Millionen Tonnen Abfall und 17,5 Millionen Kubikmeter Abwasser angesammelt. Darunter sind hochradioaktives Thorium sowie Chemikalien wie Schwefelsäure oder Fluorwasserstoffsäure, die bei der Aufbereitung eingesetzt werden.

Die Anlage stellt eine große Verschmutzungs- und Gefahrenquelle für die Umgebung dar. Verschmutztes Wasser sickert durch den Boden der Anlage in das Grundwasser, derzeit in Richtung des etwa zehn Kilometer südlich entfernt gelegenen Gelben Flusses. Gelegentlich leiten die Betreiber Wasser aus der Anlage in den Gelben Fluss, um einer drohenden Überfüllung vorzubeugen.

Die Bewohner in den umliegenden Dörfern Xinguang und Dalahai sind durch die Anlage gefährdet. Auf den umliegenden Feldern wächst gar nichts mehr. Nutztiere wie Schweine und Schafe sind krank. Die Menschen leiden unter Krankheiten wie Osteoporose und Zahnausfall. Der ehemalige Ortsvorsteher von Dalahai meint: „Viele Bewohner sind an Krebs erkrankt, das Immunsystem der Dorfbewohner ist geschwächt. Neben der

starken Luftverschmutzung ist auch das Wasser verunreinigt. Nicht einmal das Nutzvieh trinkt es.“

Die Dorfbewohner sind nicht untätig geblieben. Ein lokaler Kader der Kommunistischen Partei ist nach eigenen Angaben seit fast zwanzig Jahren bei den Regierungsbehörden ein- und ausgegangen, um den Protest der Dorfbewohner kundzutun. Zunächst hatten die Behörden mit Messungen reagiert.

Das Baotouer Umweltbüro führte mehrmals umfassende Untersuchungen durch und stellte 2002 fest, dass dieser Ort für menschliches Leben nicht mehr geeignet sei. Unter anderem ermittelte es erhöhte Werte von Sulfat, Chlorid und Fluorid in den Dorfbrunnen sowie erhöhte Strahlungswerte in der Umgebung. Die Behörden und der Betreiber Baogang ergriffen trotz der Proteste und Messergebnisse keine Maßnahmen. Daher wählten viele Dorfbewohner den passiven Protest und zogen fort. Im Dorf Xinguang No. 3 ist die Bewohnerzahl innerhalb der letzten zehn Jahre von 3.000 auf 200 gesunken.

Das Staatsunternehmen Baogang ist dabei, die Bewohner umzusiedeln. Für die Umsiedlung haben Baogang 300 Millionen RMB und die Stadtregierung Baotou 200 Millionen RMB zur Verfügung gestellt. Bis zu 70 Prozent der Bewohner wollte Baogang bis Ende 2012 umsiedeln. Doch das Vorhaben stockt. Der Kaufpreis für die neuen Wohnungen ist viel zu hoch für die Dorfbewohner. Die Entschädigung für ihre Ländereien nahe der Absetzanlage erachten sie hingegen als zu gering.

Bislang wenig zivilgesellschaftliches Engagement gegen den Bergbau

Bislang beschäftigen sich erst wenige NGOs mit den Folgen des Bergbaus, ganz zu schweigen mit den Folgen des Kohlebergbaus. Hier seien einige der wenigen NGOs genannt, die sich allgemein mit Bergbau beschäftigen: Das China-Büro von Greenpeace hat beispielsweise mehrere Studien zum Wasserverbrauch der Kohleindustrie in der Inneren Mongolei und zu den Auswirkungen von Kohlestaub vorgelegt.⁸ Greenovation Hub untersuchte systematisch die Auswirkungen und Regulierung der chinesischen Bergbauindustrie (siehe in diesem Heft Bai Yunwen, Mark Grimsditch, Anm.

d. Red.).⁹ Andere namhafte NGOs wie Global Village Beijing und Friends of Nature befassen sich sporadisch mit Umweltvorfällen im Bergbau. Das Institute of Public and Environmental Affairs (IPE) stellte eine Datenbank über die landesweiten Quellen und Ausmaße von Wasserverschmutzung zur Verfügung. Laut einer von Xinhua zitierten Untersuchung des Umweltministeriums sind 60 Prozent der Grundwasservorkommen in China verseucht, ebenso wie die Hälfte der Süßwasser-Binnenseen.¹⁰ Diese Daten zeigen, dass Bergbauunternehmen signifikant für den schlechten Zustand der Gewässer in China mitverantwortlich sind.

Für diese Organisationen ist der Bergbau jedoch nur eines von vielen Themen. Es gibt kaum NGOs, die sich allein auf den Bergbau konzentrieren. Generell engagieren sich außerhalb der großen Wirtschaftszentren weniger zivilgesellschaftliche Gruppierungen. Ein Beispiel für eine NGO, die sich auf den Bergbau spezialisiert, ist „Kupferblume“ in der Bergbaustadt Daye (Provinz Hubei). Dort gelangen viele Schadstoffe durch den Abbau und die Verarbeitung von Eisen und Kupfer in den nahegelegenen Daye-See. „Kupferblume“ bemüht sich darum, auf die Verschmutzung der lokalen Gewässer aufmerksam zu machen und in der Bevölkerung ein Bewusstsein für die Folgen des Bergbaus zu schaffen.

Viele der kleinen NGOs sind jedoch unterfinanziert und stützen sich nur auf ehrenamtliche Helfer. Sie verfügen häufig nicht über die wissenschaftlichen Kenntnisse und die technische Ausrüstung, um Verschmutzung durch den Bergbau in ausreichendem Maße zu bewerten. Der Großteil des gesellschaftlichen Protests ist nur geringfügig organisiert. Viele Protestbewegungen entstehen spontan, um gegen ein konkretes Problem vorzugehen. Eine überregionale Vernetzung findet dabei selten statt.

Neues Umweltgesetz als Chance

Einerseits ist die chinesische Zentralregierung auf gesellschaftliches Engagement angewiesen, etwa um auf lokale Missstände aufmerksam zu werden. Auf der anderen Seite behindert der Staat NGOs, beispielsweise durch hohe Registrierungshürden und Finanzierungsbestimmungen. Neue Räume für die Zivilgesellschaft könnte allerdings das revidierte Umweltgesetz eröffnen.¹¹

Nach dreijähriger Beratung verabschiedete der Nationale Volkskongress im Mai 2014 das neue Umweltschutzgesetz (welches am 1.1.2015 in Kraft trat, Anmerk. d. Red.). Erstmals ist es einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen möglich, gegen Umweltverschmutzung vor Gericht zu ziehen. Zwar hatten NGOs zuvor schon vereinzelt bei den neuen Umweltgerichtshöfen geklagt, dies jedoch ohne gesetzliche Grundlage und mit geringer Aussicht auf Erfolg. Das neue Gesetz ermöglicht es NGOs zumindest theoretisch, auch gegen Umwelteinwirkungen des Bergbaus vorzugehen. Wenn das Gesetz 2015 in Kraft tritt, wird sich allerdings zeigen müssen, ob das Klagerecht auch in der Praxis wirkt. Denn Chinas Gerichte sind von den Regierungen und Parteiorganen auf der jeweiligen Verwaltungsebene politisch abhängig. Individuen haben nach wie vor kein Recht, gegen Umweltverschmutzung zu klagen.

Außerdem statet das revidierte Umweltgesetz die Umweltbehörden mit einem starken Instrument aus: Sie können gegen die Verursacher von Umweltverschmutzung unbegrenzt und auf täglicher Basis finanzielle Strafgebühren erheben. Bislang waren die Höchstbeträge für diese Strafen vergleichsweise gering, das wird sich allerdings mit dem neuen Gesetz ändern. Diese Neuregelung könnte Bergbauunternehmen, die nicht den nationalen Standards entsprechen, empfindlich treffen.

Die Zivilgesellschaft muss stärker werden

Proteste gegen die Auswirkungen des Bergbaus sind in China durchaus weit verbreitet. Sie sind jedoch häufig lokal begrenzt und nur von kurzer Dauer. Der politischen Repression können sie selten etwas entgegenzusetzen. Der chinesischen Zivilgesellschaft ist es bislang nicht gelungen, zu einer umwelt- und sozialverträglichen Rohstoffindustrie beizutragen. Die erfolgreichen städtischen Proteste zeigen jedoch, dass sich dies in Zukunft ändern könnte.

Anmerkungen

1. CCTV (China Central Television) [中国中央电视台] (2013): „Dangerous Rare Earth Ponds“ [危险的稀土池], broadcasted in: *Jiaodian Fangtan*, April 7, <http://tv.cntv.cn/video/C10326/7b37fc6409414496a2a608a21ca79243>, accessed 2013/11/06.
2. Pan Chaowei [潘超伟] and Liu Jianchao [刘建超] (2013): Fujian Changting: ein Unternehmen besetzt illegal Land. Die Bewohner, denen das Land entzogen wurde, erleiden Verlust [福建长汀: 企业涉嫌违法占地 被征地村民财产受损], in: *Qiye Dangjian Cankaobao*, June 14, <http://www.djckb.com/html/01/0109/2013/0614/92467.html>, accessed 2013/12/08.
3. Teile dieses Abschnitts stammen aus dem Artikel Jost Wübbecke (2012): Bergbau in der Inneren Mongolei: Umweltverschmutzung und Konflikte, in: *Entwicklungshemmnis Rohstoffreichtum?*, Dezember, philippinenbüro e.V. im Asienhaus Essen und der Südostasien Informationsstelle
4. *Anmerk. d. Red.:* zum Weiterlesen im Fall Maoming: Tang Hao (2014), Public mistrust on PX justified by history of corporate secrecy, in: chinadialogue, <https://www.chinadialogue.net/article/show/single/en/6920-Public-mistrust-on-PX-is-justified-by-history-of-corporate-secrecy>
5. Ein Absetzbecken (auch Absetzanlage genannt) ist ein nahezu strömungsfreies Becken, in dem durch die Schwerkraft Wasserinhaltsstoffe sedimentiert werden und damit eine Abtrennung absetzbarer Stoffe von einer Flüssigkeit erzielt werden kann. Es wird überwiegend in Kläranlagen zur Reinigung von Abwässern verwendet.
6. Jost Wübbecke (2013): Grün oder schwarz? Wie der Kohlebergbau die Innere Mongolei und das Grasland Hulunbeier verändert, in: *perspectives* (Heinrich Böll Stiftung), No. 1, Juni, S. 35–41
7. Teile dieses Abschnitts stammen aus dem Artikel Jost Wübbecke (2012): Bergbau in der Inneren Mongolei: Umweltverschmutzung und Konflikte, in: *Entwicklungshemmnis Rohstoffreichtum?*, Dezember, philippinenbüro e.V. im Asienhaus Essen und der Südostasien Informationsstelle
8. Greenpeace (2013): Thirsty Coal 2: Shenhua's Water Grab, 23.7.2013, <http://www.greenpeace.org/eastasia/publications/reports/climate-energy/2013/thirsty-coal-two-china>
9. Greenovation Hub (2014): China's Mining Industry at Home and Overseas: Development, Impacts and Regulation, 13.11.2014, http://www.ghub.org/cfc_en/wp-content/uploads/sites/2/2014/11/China-Mining-at-Home-and-Overseas_Main-report2_EN.pdf
10. Water pollution recognized as huge problem for China. *Want China Times* vom 24.11.2014 <http://www.wantchinatimes.com/news-subclass-cnt.aspx?id=20141124000028&cid=1105>
11. Jost Wübbecke (2014): The three-year battle for China's new environmental law, in: chinadialogue, 25.04.2014, <https://www.chinadialogue.net/article/show/single/en/6938-The-three-year-battle-for-China-s-new-environmental-law>

Der Einfluss von Chinas Bergbauindustrie in Südostasien und Lateinamerika

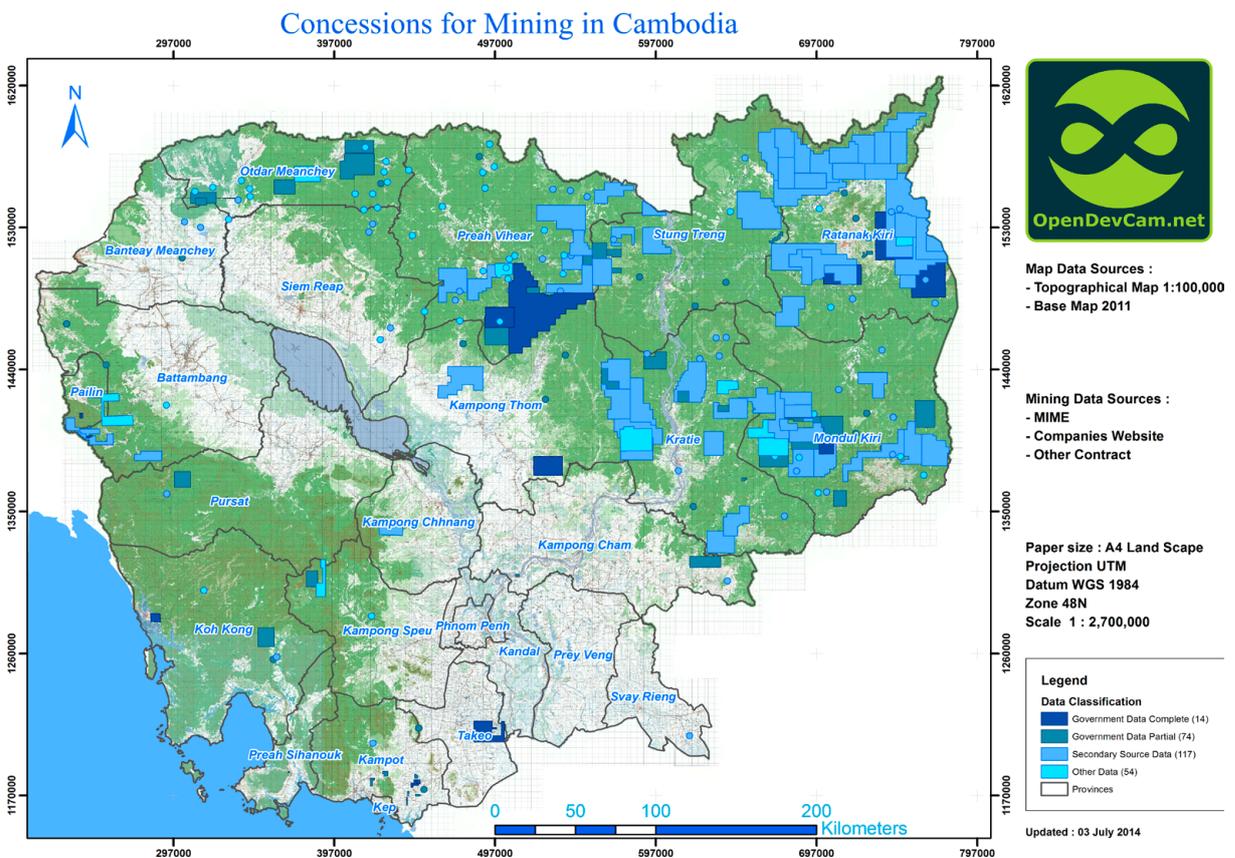
Herausforderungen und Fortschritte

Bai Yunwen, Mark Grimsditch

Zwischen Juni 2012 und Dezember 2013 führte die chinesische Umwelt-NGO Greenovation Hub eine Studie über die chinesische Bergbauindustrie durch. Ausgehend von Beispielen aus China, Peru, Laos und Kambodscha untersucht der Bericht die Entwicklung der chinesischen nationalen und internationalen Bergbauindustrie, die Auswirkungen dieser Entwicklung und die Wirksamkeit der Umweltschutzauflagen. Diese Untersuchung wurde im Jahr 2014 veröffentlicht und der folgende Artikel fasst einige wichtige Erkenntnisse des Berichts zusammen.

Chinas Bergbauunternehmen schwärmen aus

Chinas Bodenschätze sind umfangreich und vielfältig und das Land ist mittlerweile der weltweit führende Hersteller einer Reihe von wichtigen Metallen und Mineralien. Chinesische Bergbauunternehmen werden in ihren Auslandsprojekten durch die „Going out“-Strategie der chinesischen Regierung unterstützt, durch die die Unternehmen ermutigt werden, ihre Operationen im Ausland zu erweitern. Dadurch spielt China nun eine zunehmend wichtige Rolle in der globalen Bergbauindustrie.



Map of known mining license areas in Cambodia, 2013 (map by Open Development Cambodia, www.open-developmentcambodia.net/maps/)

Die Investition verfolgen in erster Linie das Ziel, strategische Bodenschätze, die wichtig für das weitere Wachstum Chinas sind, zu fördern. Im Jahr 2011 haben zum Beispiel Chinas inländische Kupferbergwerke weniger als 30 Prozent der Nachfrage des Landes decken können, der Rest wurde aus Ländern wie Chile und Peru importiert.¹ China ist zudem bestrebt, den Zugang zu globalen Märkten und Lieferketten von Mineralien zu gewinnen und die Überproduktion von bestimmten mineralischen Rohstoffen zu Hause zu reduzieren.

Chinesische Auslandsinvestitionen wachsen exponentiell

Auslandsinvestitionen sind in allen Bereichen seit 2004 gestiegen. Laut Chinas Handelsministerium (MOFCOM) beliefen sich ausgehende Direktinvestitionen (ODI) im Jahr 2013 auf mehr als 107 Mrd. US Dollar, die kumulierten ODI-Gelder erreichten fast 660 Mrd. US Dollar. Im Zeitraum von 11 Jahren zwischen 2002 und 2012 sind die jährlichen nicht-finanziellen ausländischen Direktinvestitionen (wie z. B. Dienstleistungen, *Anm. d. Red.*) um mehr als 3,4 Prozent gewachsen.²

Bergbau ist einer der wichtigsten Bereiche für chinesische Auslandsinvestitionen und gehört seit 2004 zu den vier führenden Bereichen der Überseeindustrie³. Zu beachten ist allerdings, dass darunter auch die Investitionen in die Öl- und Gasindustrie fallen. Das MOFCOM Bulletin für Auslandsinvestitionen 2012 enthält eine Liste der 100 chinesischen Unternehmen mit den größten Auslandsvermögen. Unter diesen Unternehmen tätigen mindestens 27 Auslandsinvestitionen in den Bereichen Bergbau und Metall, darunter *Chinalco*, *Minmetals* und *Baosteel*.⁴

Chinas Ansätze zu Auslandsinvestitionen im Bergbausektor werden immer vielfältiger

Chinesische Bergbauunternehmen verfolgen verschiedene Anlagestrategien im Ausland und entwickeln diese derzeit weiter. Historisch gesehen dominierten staatliche Unternehmen die Bergbauinvestitionen im Ausland, Privatunternehmen spielen heute aber eine immer wichtigere Rolle. Investoren nutzen verschiedene Anlagefor-

men, einschließlich Joint-Ventures und 100-prozentige Tochterunternehmen (diese können sowohl staatlich, als auch privat sein). Joint Ventures können andere chinesische Unternehmen, Unternehmen aus dem Gastland sowie internationale Unternehmen umfassen. In einer Partnerschaft, die sich vor einigen Jahren nur wenige vorstellen konnten, unterzeichnete zum Beispiel die staatliche Firma *Chinalco* 2014 ein 20 Mrd. USD umfassendes Investitionsabkommen mit dem britisch-australischen Bergbauriesen *Rio Tinto*, um das Simandou Eisenerzprojekt im mineralreichen Guinea zu entwickeln. Das Projekt beinhaltet auch Investitionen der *International Finance Corporation* (IFC), die Investitionen der Weltbank in der Privatwirtschaft tätigt und die eine 4,6-prozentige Beteiligung an dem Projekt hält.⁵

Während es sich bei einigen Projekten um Greenfield-Investitionen (Form des ADI/neues Tochterunternehmen im Gastland) handelt, beinhalten andere den Erwerb von Eigenkapital in bestehenden oder sich in der Entwicklungsphase befindenden Projekten. Während zahlreiche etablierte internationale Unternehmen in der Finanzkrise harte Zeiten durchmachten, konnten eine Reihe von chinesischen Unternehmen die Situation nutzen und bedeutende Bergbau-Anteile in etablierten Unternehmen erwerben. Zusammenschlüsse und Übernahmen (M & A) sind ein zunehmend verbreitetes Werkzeug für die chinesischen Unternehmen geworden, um in Übersee-Bergbauprojekte zu investieren. Im Jahr 2013 haben sie einen Anteil von fast 50 Prozent der gesamten ODI-Ströme ausgemacht, eingeschlossen die Übernahme der kanadischen *Nexen* durch die *China National Offshore Oil Corporation* für 14,8 Mrd. US Dollar.⁶ Durch M&A können Unternehmen Zugang zu fortschrittlicher Technologie, Vertriebsnetzen und bestehenden Märkten gewinnen, etablierte Markennamen erwerben und Zugriff auch auf andere strategische Ressourcen erlangen. Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur *Xinhua* entfielen im Jahr 2012 die meisten ausländischen Übernahmen auf den Energie- und Bergbausektor.⁷

Die weltweiten Auswirkungen der Investitionen Chinas im Bergbau

Chinas inländische Bergbauindustrie war ein wichtiger Wachstumsmotor des Landes und hat zu der beispiellosen Entwicklung Chinas in den vergangenen drei Jahrzehnten beigetragen. Es gibt auch zahlreiche positive

Ergebnisse der chinesischen Bergbauinvestitionen: Die großen Kapitalspritzen, die mit dem Bergbau verbunden sind, können lokale Industrien fördern und einen Beitrag zur Entwicklung von dringend benötigter Infrastruktur in Entwicklungsländern leisten. Bergbau kann lokale Beschäftigung fördern und zum Anstieg der Einkommen um Minengebiete herum beitragen sowie einen Beitrag zur Entwicklung von nachgelagerten Industrien leisten. Auf nationaler Ebene kann die Bergbauindustrie zu einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und der Exporte beitragen.

Allerdings sind chinesische Unternehmen in einer Reihe von Fällen wegen niedriger Standards und nachlässiger Praktiken in die Kritik geraten. Zum Beispiel hat das chinesische Unternehmen *Shougang* in Peru einen schlechten Ruf. Es wurde unter anderem für mehrere Verstöße gegen Umweltvorschriften verantwortlich gemacht.⁸ Im Jahr 2013 hat die sambische Regierung die *Collum Coal Mine* und ihre chinesischen Besitzer wegen angeblicher Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltverstöße verklagt.⁹ Es gab auch einige Fälle von Konflikten zwischen chinesischen Bergbauunternehmen und der lokalen Bevölkerung. Ein solcher Fall ereignete sich in der *Wanbao*-Kupfermine Letpadaung in Myanmar. Diese Mine hatte schon vor der Übernahme durch das chinesische Unternehmen Probleme¹⁰, der Konflikt brach aber erst im Jahr 2012 aus, nachdem sich Anwohner beschwerten, dass mit der Expansion der Mine ihr Ackerland zerstört, Trinkwasser verunreinigt und die Menschen nicht angemessen kompensiert würden. Die Proteste wurden gewaltsam vom Militär unterdrückt und das Projekt wurde für eine Zeit lang ausgesetzt.¹¹ Intransparenz und schlechte Kommunikation waren auch ein Schwachpunkt von einigen chinesischen Investoren, wie unten im Fall der *China Railway Group* dargestellt.

Angesichts des Verhaltens chinesischer Unternehmen in Übersee haben chinesische Behörden Unternehmen dazu aufgefordert, bei Investitionen im Ausland höhere Standards anzuwenden und sicherzustellen, dass Vorteile und Profite auch der lokalen Bevölkerung zu Gute kommen. Im Jahr 2012 wurde zum Beispiel ein Beamter der MOFCOM-Abteilung für Auslandsinvestitionen und wirtschaftliche Zusammenarbeit in den staatlichen Medien mit den Worten zitiert: „Chinesische Unternehmen besitzen Kapital, Kapazität und Technologie, aber was ihnen fehlt, ist ihre kulturelle und soziale Verantwortung. (...) Chinas Wachstum im ODI kann nicht fortgeführt werden, wenn dieses Problem nicht gelöst wird.“¹²

Es gibt kein einheitliches Modell für Chinas Investitionen in Übersee

Obwohl eine Reihe von chinesischen Bergbauunternehmen in die Kritik geraten sind, ist es wichtig, daran zu erinnern, dass genau wie in jedem anderen Land chinesische Unternehmen aus unterschiedlichsten Unternehmenstraditionen kommen und sehr unterschiedliche Praktiken mitbringen. Auch der lokale Kontext in den Zielländern der Investitionen unterscheidet sich beträchtlich.

Daher ist es nicht möglich zu sagen, dass es ein einheitliches Modell für chinesische Bergbauinvestitionen im Ausland gibt. Es gibt ein breites Spektrum von Unternehmen mit unterschiedlichen Standards, sehr unterschiedlichen Erfahrungen und Reputationen. Darüber hinaus neigt man dazu, sich auf die negativen Fälle zu konzentrieren, um die Aufmerksamkeit der Medien zu erlangen, da im Allgemeinen unproblematische Projekte sich nicht dafür eignen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erlangen.

Um dies weiter zu untersuchen, hat Greenovation Hub drei verschiedene Bergbauunternehmen mit Investitionen in China und auf der ganzen Welt im Detail untersucht, und ist dabei auf sehr unterschiedliche Ansätze und Auswirkungen der Investitionen gestoßen.

Zijin Mining Group: Herausforderungen in China und Peru

Die *Zijin Mining Group* ist ein börsennotiertes Unternehmen und der größte Goldproduzent in China. Obwohl das Unternehmen sehr groß ist, gut mit Kapital ausgestattet ist und über maßgebenden Einfluss in China verfügt, wurden in den letzten Jahren eine ganze Reihe von schweren Verstößen bemängelt, vor allem Verschmutzungen im Umfeld der Zijinshan Mine. Darüber hinaus weist das Unternehmen einen unangemessenen Umgang mit der Freigabe von Daten zu diesen Vorfällen auf. Auf internationaler Ebene hat *Zijin* Eigenkapital in der *Rio Blanco*-Mine in Peru von einem britischen Bergbauunternehmen im Jahr 2007 erworbenen, aber wegen des lang anhaltenden Widerstandes der lokalen Bevölkerung ist das Projekt ins Stocken geraten.



Zijinshan Gold and Copper Mine Shanghang County, Fujian (photograph from Zijin website)

Obwohl Zijin den lokalen Widerstand, der bereits ein Problem für die vorherigen Betreiber gewesen war, „geerbt“ hat, unterstreicht dieser Fall die Notwendigkeit einer durchsetzungsstarken Umwelt- und Sozialpolitik, aber auch die Bedeutung von extremer Sorgfaltspflicht bei der Akquise neuer Projekte in Übersee.

MMG Limited in Laos: Ein neuer Ansatz für Investitionen in Übersee

Der staatliche Bergbaugigant *China Minmetals* begann Investitionen im Bergbausektor von Laos im Jahr 2009, als er das australische Bergbauunternehmen *OZ Minerals* und dessen Sepon-Kupfermine erwarb. Geführt von der Tochtergesellschaft *MMG*, trägt Sepon zu einem erheblichen Teil zum gesamten Bruttoinlandsprodukt von Laos und seinen Ausfuhren bei und hat zu einem dramatischen Anstieg der Einkommen in und um das Projektgebiet geführt. Die Umwelt- und Sozialstandards der Mine gelten als hoch, was eine Errungenschaft des Vorgängerunternehmens *OZ Minerals* ist.

Nach der Übernahme war *MMG* gehalten, diese Richtlinien und Systeme weiter zu führen und zu entwickeln. *MMG* ist Mitglied des International Council on Mining and Metals (ICMM) und unterstützt die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI). Diese Übernahme könnte möglicherweise einen neuen Trend für Übersee-Investitionen im Bergbau repräsentieren, indem bereits vorhandene Unternehmensstandards durch chinesische Investoren übernommen werden, anstatt sie zu ersetzen oder aufzugeben. Der Fall ist auch deswegen besonders bedeutsam, weil die *MMG* zur

Zeit zusätzliche Projekte einwirbt, wie zum Beispiel das 6 Mrd. USD-schwere Investitionsprojekt der Las Bambas Kupfermine in Peru, und erklärt hat, dass die bestehenden Nachhaltigkeitsstandards in dem Neuerwerb angewandt werden.¹³ (Es bleibt anzuzweifeln, ob die bestehenden Nachhaltigkeitsstandards in Peru ein großer Fortschritt sind, Anm. d. Red.)

China Railway Group in Kambodscha: Ein Großprojekt mit eingeschränkter Transparenz

Anfang 2013 berichteten die Medien über die Unterzeichnung eines 11,2 Mrd. US Dollar Vertrages über ein Eisenerzbergwerk, eine Stahlverarbeitungsanlage sowie die Entwicklung einer Hafenstadt in Kambodscha. Das Projekt ist ein Joint Venture zwischen der staatseigenen *China Railway Group* und dem Privatunternehmen *Kambodscha Iron and Steel Mining Industry Group*. Wenn das Projekt wie geplant umgesetzt wird, wird es das erste große Bergwerk, mit dem die Bergbauindustrie in Kambodscha aufgebaut wird und außerdem die größte Einzelinvestition in der Geschichte des Landes.

Trotz der Größe des Projekts ist die Transparenz extrem gering. Die Entwickler hatten den Projektstart zunächst für Mitte Juli 2013 angekündigt, obwohl keine Umweltverträglichkeitsprüfung oder öffentliche Konsultationen durchgeführt worden waren. Obwohl das Projekt seitdem ins Stocken geraten ist, ist die mangelnde Transparenz weiterhin ein ernstes Problem, vor allem angesichts der Tatsache, dass Kambodscha unter endemischer Korruption und schwacher Rechtsstaatlichkeit leidet, beides schwere Hindernisse für ein nachhaltiges und verantwortliches Management von Landressourcen und Rohstoffinvestitionen.

Handlungsempfehlung: Fortschritt durch die Anhebung der Standards bei Übersee-Investitionen

Es ist entscheidend, dass chinesische Bergbauunternehmen, die aktiv in Übersee investieren, nicht nur Kapital investieren, sondern auch zur lokalen Entwicklung, zu gegenseitigem Nutzen und zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft beitragen.

Eine Möglichkeit, dies zu realisieren, ist die Entwicklung von starken und verbindlichen Regelungen für Auslandsinvestitionen und die Übernahme bewährter Praktiken. Wie in den Fallstudien in diesem Artikel und in dem G:Hub Bericht *China's Mining Industry at Home and Overseas*, auf dem dieser Artikel basiert, gezeigt, ist der Auftritt der chinesischen Unternehmen international uneinheitlich.

Fortschritte wurden in den letzten Jahren bei der Entwicklung von strengeren Umweltauflagen für Auslandsinvestitionen gemacht. Die detailliertesten Leitlinien finden sich derzeit in den gemeinsamen Leitlinien von MOFCOM und dem Ministerium für Umweltschutz, den *Leitlinien für Umweltschutz bei Auslandsinvestitionen und Zusammenarbeit*, sowie den *Green Credit-Leitlinien der China Banking Regulatory Commission*.

Beide Richtlinien wurden allerdings erst vor kurzem erlassen, so dass es schwierig ist, ihre Auswirkungen zu bewerten. Eine neue Richtlinie über die soziale Verantwortung bei Übersee-Investitionen im Bergbau wurde kürzlich auch von der chinesischen Handelskammer für Mineralien, Metalle und Chemikalien für den Import- und Exportbereich erlassen. Die Qualität solcher Maßnahmen wird weiter entwickelt, aber alle Maßnahmen kranken daran, dass ein Beschwerdemechanismus für die betroffenen Menschen bei Nichteinhaltung der Maßnahmen fehlt. Die wesentlichen Herausforderungen bestehen darin, dass die Umsetzung der Maßnahmen durch die Investoren sichergestellt wird.

China ist heute ein globaler Akteur mit einer zunehmend wichtigen Rolle in der globalen Regierungsführung (*Global Governance*). In den kommenden Jahren wird diese Aufgabe wahrscheinlich weiter zunehmen. Als ein Hauptakteur im Bereich des internationalen Handels und der Finanzen ist China in der einzigartigen Position, ein Modell für andere Schwellenländer bereit zu stellen, die Investitionsmöglichkeiten im Ausland entwickeln wollen. Wenn dieses Potential realisiert werden soll, China in eine neue Entwicklungsphase eintritt und das Umweltbewusstsein zunimmt, dann ist es wichtig, dass schwierige Themen wie die hier aufgeworfenen angegangen werden.

Der Bericht „*China's Mining Industry at Home and Overseas: Trends, Impacts and Regulation*“ kann hier herunter geladen werden:

<http://www.ghub.org/cfc> (Chinese)

http://www.ghub.org/cfc_en/mining2014 (English).

Anmerkungen

1. US Geological Survey, 2011 *Minerals Yearbook: China*, January 2013 (p. 9.6).
2. MOFCOM, State Administration of Foreign Exchange & National Bureau of Statistics, 2013 *Statistical Bulletin of China's Outward Foreign Direct Investment*, 2014 (p. 81 & 84)
3. MOFCOM, State Administration of Foreign Exchange & National Bureau of Statistics, 2012 *Statistical Bulletin of China's Outward Foreign Direct Investment*, 2013 (p. 122 & 123).
4. Ministry of Commerce, National Bureau of Statistics & State Administration of Foreign Exchange, 2012 *Statistical Bulletin of China's Outward Foreign Direct Investment*, 2013 (p. 132-134).
5. BBC News Online, *Rio Tinto and Chinalco Sign \$20bn Guinea Iron Ore Deal*, 27 May 2014. <http://www.bbc.co.uk/news/business-27586508> (accessed April 2014).
6. MOFCOM, National Bureau of Statistics & State Administration of Foreign Exchange, 2013 *Statistical Bulletin of China's Outward Foreign Direct Investment*, 2014 (p. 86).
7. Xinhua, *China Sees Cross-Border Mergers, Acquisitions Climb: Report*, 30 October 2012. <http://english.peopledaily.com.cn/90882/7996039.html> (accessed April 2014).
8. Lucien O. Chauvin, *Hierro Peru: China's Footprint in the Andes*, China Dialogue, 1 December 2006. <http://www.chinadialogue.net/article/show/single/en/595-Hierro-Peru-China-s-footprint-in-the-Andes> (accessed April 2014).
9. BBC News Online, *Zambia Seizes Control of Chinese-Owned Mine Amid Safety Fears*, 20 February 2013. <http://www.bbc.co.uk/news/business-21520478> (accessed April 2014).
10. Tin Maung Htoo, *Behind the Letpadaung Crisis, a Canadian Firm With a Dire Record*, The Irrawaddy, 22 March 2013. <http://www.irrawaddy.org/contributor/behind-the-letpadaung-crisis-a-canadian-firm-with-a-dire-record.html> (accessed July 2014).
11. Lucy Ash, *Burma Learns How to Protest – Against Chinese Investors*, BBC News Online, 24 January 2013. <http://www.bbc.co.uk/news/magazine-21028931> (accessed April 2014); R. C. Marshall, *Special Report: Myanmar's Deep Mine of Old Troubles*, Reuters, 27 December 2012. <http://www.reuters.com/article/2012/12/28/us-myanmar-reforms-idUSBRE8BR02P20121228> (accessed April 2014).
12. Ding Qingfen, *Chinese firms' growing ODI offers world opportunities*, China Daily, 10 July 2012. http://www.chinadaily.com.cn/cndy/2012-07/10/content_15563185.htm (accessed April 2014).
13. MMG Limited, *Acquisition of Las Bambas Presentation*, April 2014. <http://www.mmg.com/en/Investors-and-Media/Acquisition-of-Las-Bambas.aspx> (accessed April 2014).

Die Tibeter werden nicht gefragt

Interview mit Thierry Dodin, Geschäftsführer des TibetInfoNet e.V.

Die Organisation arbeitet mit einem Expertenteam zum zeitgenössischen Tibet. In den Jahren 2005 bis 2010 hat TibetInfoNet in Zusammenarbeit mit internationalen Tibetgruppen ein kanadisches Bergbauprojekt in der Nähe von Shigatze, Tibet, kritisch begleitet. Das Interview führte Nora Sausmikat im Januar 2015.

Herr Dodin, Sie sind Spezialist für die Region Tibet, Afghanistan, Nepal. Inwieweit beeinflusst der enorme Rohstoffhunger des Nachbarstaates China die Entwicklung in dieser Region?

Das gesamte Himalayagebiet wie übrigens auch weite Teile Zentralasiens von Sibirien nach Kirgistan sind heute sehr wichtige Zuliefererregionen für China. Dies gilt auch für Nepal, obwohl dieses kleine Land nicht viele mineralische Rohstoffe vorzuweisen hat. Aber selbst hier führen chinesische Firmen Erkundungen nach nutzbaren Bodenschätzen durch. Neben mineralischen Rohstoffen sind auch Wasserressourcen ein Thema. Nehmen wir zum Beispiel wieder Nepal: Hier werden derzeit Verhandlung über Hydropower-Projekte durchgeführt. Es gibt auch Kredite vom chinesischen Staat. Es gibt auch einen regen Handel mit Wildtier-Produkten, die meisten davon sind illegal.

Kommen wir zurück zu den Bodenschätzen. Die gesamte Region steht heute im Sog Chinas. Dies hat einen enormen Einfluss auf die lokale Wirtschaft. Zum einen spült dies natürlich viel Geld in die Regionen, was im Prinzip der lokalen Bevölkerung zugutekommen könnte. Dies nennt die Rohstoffindustrie gerne den „Segen der Ressourcen“. Die Frage dabei ist aber natürlich – hier wie anderswo – ob letztlich die lokale Bevölkerung tatsächlich davon profitiert oder nur die Industriegiganten. Natürlich ist meistens letzteres der Fall. Ein weiteres Problem ist die Nachhaltigkeit. Selbst

dort, wo der Ressourcenabbau einen gewissen Wohlstand gebracht hat, kann sich diese Art von Wohlstand jederzeit wieder verflüchtigen. Denn die Länder, die Zulieferer für China sind, sind absolut abhängig von der Konjunktur in China. Wenn sich dort die Konjunktur abschwächt oder die internationalen Rohstoffpreise sinken, sinkt auch der Wohlstand. Darüber hinaus geraten diese Länder, die ihren Wohlstand nicht auf der verarbeitenden Industrie aufbauen, sondern nur Rohstofflieferanten sind, in große Gefahr, wenn die Nachfrage in China zum Beispiel aufgrund einer wirtschaftlichen oder auch politischen Krise nachlässt. Die Mongolei ist zum Beispiel hundertprozentig auf diese Rohstoffexporte angewiesen. Gerade in der Mongolei wird übrigens deutlich, dass der wirtschaftliche Einfluss China über den Bergbau Abhängigkeiten schafft, die der demokratischen Ordnung nicht gut tun.

Welche Rohstoffe beutet China in dieser Region vorrangig aus?

Es werden natürlich alle Rohstoffe ausgebeutet, die vor Ort vorhanden sind und für die wirtschaftliche Entwicklung in China gebraucht werden. Kupfer ist allerdings besonders begehrt aufgrund seiner Verwendung in allen elektrischen und elektronischen Geräten. Man sucht danach heute sogar in Böden die nur einen relativ geringen Anteil von Kupfer vorweisen.

Gibt es Konflikte mit der lokalen Bevölkerung, vor allem in Tibet?

Ja, auch innerhalb der Grenzen Chinas werden alle vorhandenen Bodenschätze ausgebeutet. Vor allem in Tibet regt sich großer Widerstand dagegen. Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens, in den allermeisten Fällen hat die lokale Bevölkerung überhaupt nichts von der Ausbeutung der Rohstoffe, denn die Arbeiter werden ja aus der Tiefebene mitgebracht. Zweitens wird die

lokale Bevölkerung nicht nach ihrer Meinung gefragt, und über die Nutzung des Landes, welches sie seit Jahrhunderten besiedeln und als ihr eigenes betrachten, wird ohne sie entschieden. Drittens, das Ganze geschieht mit sehr wenig Gespür für lokale kulturelle Sensibilitäten. Tibeter glauben zum Beispiel, dass die Berge und anscheinend unbewohnte Gegenden sakral sind. Das bringt sie in Konflikt mit Bergbaugesellschaften und der Regierung. Es muss hier klar gesagt werden: die Regierungsbeamten ignorieren nicht nur die Befindlichkeiten der lokalen Bevölkerung, sondern ziehen sogar persönlich Gewinne aus ihrer Zusammenarbeit mit den Bergbaugesellschaften.

Wie werden diese Konflikte gelöst?

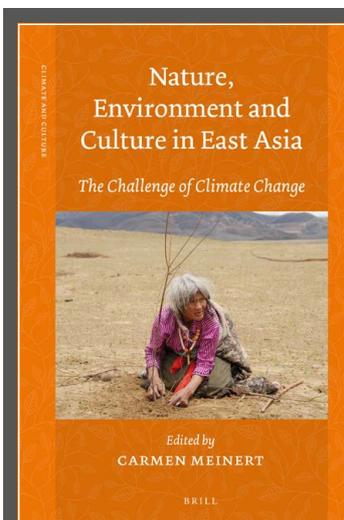
Es ist immer das Gleiche. Erst wird gedroht und wenn es dann immer noch Widerstand gibt, kommt die Polizei. Oft ist es sogar so, dass die Bevölkerung erst über

das Projekt etwas erfährt, wenn die ersten Maschinen schon anfangen haben, den Boden umzugraben.

Kann sich Deutschland oder auch die deutsche Zivilgesellschaft hier stärker einbringen und wenn ja, wie?

Direkt Einfluss zu nehmen ist natürlich nicht leicht. Um realistisch zu bleiben, ich glaube, das einzige, was man tun kann, ist Einfluss über die Firmen zu nehmen, die im dortigen Rohstoffgeschäft tätig sind. Allerdings gab es in den letzten fünf bis zehn Jahren eine Entwicklung, die dies immer schwerer macht. Innerhalb Chinas gibt es kaum noch internationale Bergbaufirmen, auf die die internationale Zivilgesellschaft Druck ausüben könnte. Diese wurden durch chinesische ersetzt, auf die wir von außen viel schlechter Druck ausüben können.

Vielen Dank, Herr Dodin, für dieses Gespräch!



Anzeige

Ein Rückblick auf die letzten 20 Jahre Umweltaktivismus in China

Chinese Environmental Movements: Civil society Discourse on Climate Change and Environmental Protection, Nora Sausmikat

erschienen in: Carmen Meinert (Ed.), *Nature, Environment and Culture in East Asia*, Brill 2013, S. 197–230.

China als Vorwand für nicht nachhaltige Rohstoffpolitik

Michael Reckordt

Wer im Oktober 2010 die Wirtschaftsseiten deutscher Zeitungen betrachtete, hätte zu dem Schluss kommen können, Deutschland befände sich in einem (Handels-) Krieg mit China. „Konflikt mit China: Merkel eröffnet Kampf um Rohstoffe“ (Handelsblatt), „Rohstoffe: Die neuen Herren der Welt“ (Wirtschaftswoche/Zeit), „Seltene Erden: Brüderle fordert Rohstoff-Kartell gegen China“ (Spiegel), „Merkel will Rohstoffe für Deutschland sichern“ (Welt) und „Deutsche Wirtschaft schlägt Alarm! Chinesen kaufen uns die Rohstoffe weg“ (Bild-Zeitung).

Dieses mediale Dauerfeuer begleitete die Veröffentlichung der „Deutschen Rohstoffstrategie der Bundesregierung – Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen“¹, die am 26. Oktober 2010 auf dem 3. Rohstoffkongress des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) präsentiert wurde. Der Industrie war es gelungen, durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit eine Existenzangst vor allem gegenüber China zu schüren, der politisch mit der Rohstoffstrategie begegnet werden sollte.

„China ist schuld an den hohen Preisen“

Dabei profitierte die deutsche Wirtschaft jahrelang von niedrigen Weltmarktpreisen für Rohstoffe. Aus der direkten Gewinnung von metallischen Rohstoffen – Eisen, Zink, Wolfram, Seltene Erden – hatte sich die deutsche Industrie weitestgehend zurückgezogen. Mit der Preussag wurde Ende der 1990er der letzte große deutsche Montankonzern zum Touristikonzern TUI umgewandelt. Als ab dem Jahr 2003 die Rohstoffpreise

nicht mehr auf niedrigem Niveau stagnierten, reagierte die Wirtschaft prompt. Schon im Jahr 2003 bildete der BDI einen „Ausschuss Rohstoffpolitik“. Zwei Jahre später fand der erste BDI-Rohstoffkongress statt, auf dem der damalige Vorsitzende des BDI, Jürgen R. Thumann, betonte: „Angesichts der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen muss die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen wieder auf die politische Agenda.“²

Vor allem das starke Wachstum Chinas, so der BDI-Präsident, hätte die Nachfrage auf dem Weltmarkt verändert und die Preise erhöht. Dass in China zu dem Zeitpunkt schon viele deutsche Unternehmen produzieren ließen und somit den chinesischen Rohstoffkonsum mit anheizten, blieb unerwähnt.

Das eingeforderte Agenda-Setting gelang der Industrie sehr gut. Dabei half, dass die Preise bis zur Weltwirtschaftskrise 2007/2008 weiter anstiegen. Auf dem zweiten BDI-Rohstoffkongress im Jahr 2007 veröffentlichte die Bundesregierung die „Elemente einer Rohstoffstrategie“ als Blaupause für die 2010 – passenderweise auf dem 3. BDI-Rohstoffkongress – präsentierte „Rohstoffstrategie der Bundesregierung“. Im Vorfeld hatte der heutige Vorsitzende des BDI, Ulrich Grillo, der Berliner Zeitung gesagt: „Wir sehen, wie sich die Welt um uns herum – gerade auch China – mit Rohstoffen eindeckt“³. Er fand dabei Gehör der deutschen Bundesregierung und bei der Bundeskanzlerin.

„Angesichts der sehr strategisch ausgerichteten Rohstoffpolitik zum Beispiel eines Landes wie China ist es jedenfalls dringend erforderlich, dass sich auch die Industrienationen im europäischen Bereich Gedanken über ihre langfristige Rohstoffversorgung machen.“⁴

Die Begründung der Notwendigkeit einer deutschen Rohstoffstrategie liefert das „Industriepapier“ selbst:

„Wichtige rohstoffverbrauchende Entwicklungs- und Schwellenländer, insbesondere China und Indien, haben mittlerweile ihre Rohstoffpolitik strategisch ausgerichtet und Maßnahmen ergriffen, um ihre rohstoffwirtschaftlichen Interessen zu befriedigen. Dies kann mittelfristig Auswirkungen für deutsche und europäische Unternehmen beim Zugang zu Rohstoffbezugsquellen haben.“⁵

Engpass bei Seltenen Erden als Vorwand gegen China vorzugehen

Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung liest sich wie der Forderungskatalog des Industrieverbandes. In ihr werden weitere Freihandelsabkommen, eine kohärente Rohstoffdiplomatie und Streitschlichtungsklagen im Rahmen der WTO angekündigt. Ein Beispiel für die Umsetzung dieser Forderungen sind die erfolgreichen Klagen der EU – zusammen mit den USA und Japan – gegen Exportbeschränkungen von einzelnen Rohstoffen.

Während China mit den negativen ökologischen Folgen bei der Produktion von Seltenen Erden für eine Drosselung der Exporte argumentiert,⁶ gab die WTO jeweils in den offiziellen Schlichtungsverfahren den Klägern Recht. „Die Entscheidung der Welthandelsorganisation (WTO) zu China ist ein weltweit wichtiges Signal,

dass der Rohstoffzugang für Unternehmen anderer Länder nicht willkürlich beschränkt werden darf und dass bestehende Regeln respektiert werden müssen“, kommentierte der damalige Vorsitzende des Ausschusses Rohstoffpolitik, Ulrich Grillo, per Pressemitteilung das Urteil gegen China. Er fuhr fort, dass das Votum ein deutlicher Appell an China sei, „die beanstandeten Exportbeschränkungen zügig zurückzunehmen. Für die auf den Zugang zu chinesischen Rohstoffen angewiesenen Unternehmen in Deutschland ist das eine gute Nachricht“.⁷

Kritische Stimmen zu den erfolgreichen Klagen waren kaum zu vernehmen.⁸ Dabei war die Produktion von Seltenen Erden in den 1990ern stetig nach China verlagert worden, da z. B. in den USA aufgrund von Umweltauflagen in Kalifornien die dortige Produktionsstätte des Konzerns Molycorp geschlossen wurde.⁹ Doch auch in China werden die Auswirkungen des Abbaus immer sichtbarer:

„In den Vorkommen der Inneren Mongolei und Sichuans sind außerdem größere Anteile radioaktiven Thoriums enthalten, die bislang nicht rückgewonnen werden. Das Abraumbekken in Baotou nimmt eine Fläche ein, die etwa doppelt so groß ist wie das Tempelhofer Feld in Berlin. Es ist der Witterung schutzlos gegenüber ausgesetzt. Der hochgiftige und radioaktive Abfall des Beckens gelangt durch Wind, Verdunstung und Durchsickerung in die

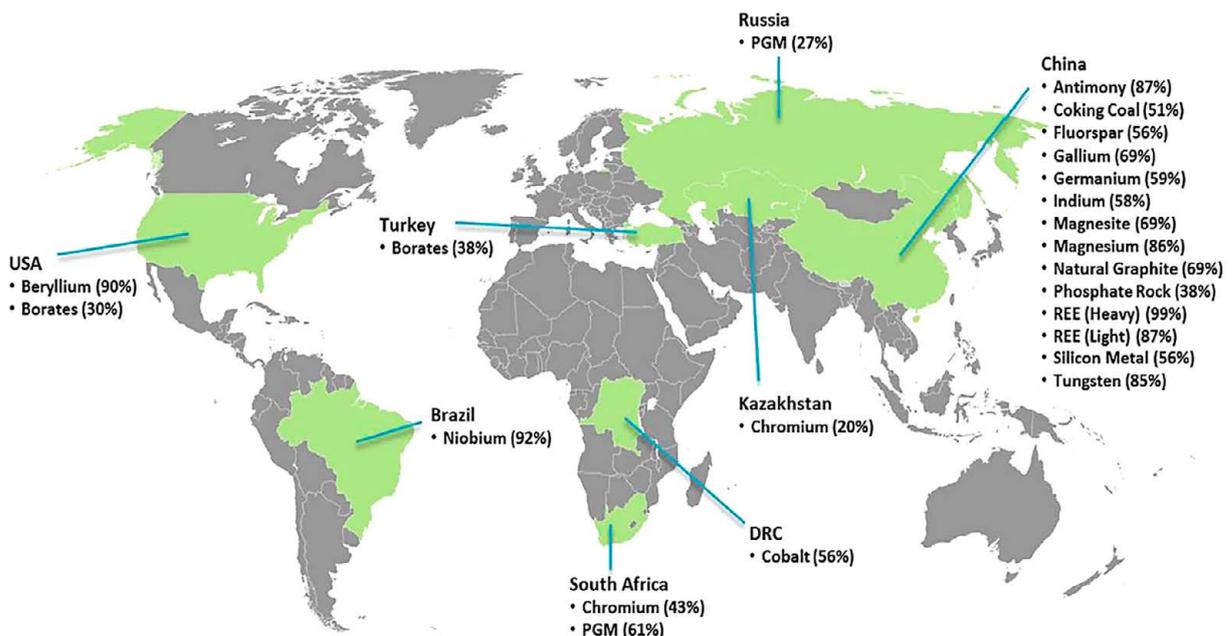


Abbildung 1: EU-Liste der für die Industrie kritischen Rohstoffe und ihre Produktionsorte (Quelle EU 2014)

lokale Umwelt. Berichte über zerstörte Vegetation, verendete Tiere und todkranke Anwohner häufen sich in der Nähe dieser Fabriken.“¹⁰

China Lieferant kritischer Rohstoffe und Absatzmarkt deutscher Anlagen

Die enge Verzahnung der deutschen Wirtschaftsinteressen mit europäischer Politik erfolgte nicht nur bei den WTO-Klagen. Die EU veröffentlichte im Jahr 2008 ihre „Raw Materials Initiative“¹¹, in der sich weitestgehend die rohstoffpolitischen Interessen der deutschen Industrie wiederfinden.¹² Mit der Veröffentlichung der Liste zu „kritischen Rohstoffen“¹³ im Jahr 2008 und – überarbeitet – im Jahr 2014, zeigt sich noch einmal eindeutig, welche Rolle China als Rohstofflieferant für die europäische Industrie einnimmt (vgl. Abbildung 1). Ein Großteil der als kritisch eingestuften Rohstoffe wird in dem ostasiatischen Land gewonnen.

Weitere zentrale Elemente der Rohstoffstrategie sind die Verbesserung des Marktzuganges, sei es durch WTO-Klagen oder Freihandelsabkommen, eine stärkere Unterstützung bei der Diversifizierung der Rohstoffquellen, etwa über staatliche Kredite und Investitionsgarantien, geologische Vorerkundungen und eine verbesserte Datenbereitstellung. Zur Beratung wurde die

Deutsche Rohstoffagentur (DeRa) unter dem Dach der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) gegründet, die als Dienstleister der Industrie fungiert.

Doch es sind nicht nur die Rohstoffe aus China, die Interesse der deutschen Wirtschaft wecken. Viele deutsche Unternehmen sind in der Anlagentechnik (z. B. Pumpen und Belüftungsanlagen), im Maschinenbau oder durch Fahrzeugtechnik am Bergbau in China beteiligt. Hier berät vor allem die German Trade & Invest (GTAI) die deutsche Industrie bezüglich Absatzchancen. Im Jahr 2013 exportierten deutsche Unternehmen Bergbautechnik im Wert von knapp zwei Milliarden Euro nach Asien. Das entsprach einem Marktanteil von 20 Prozent bei Importen.¹⁴ Dabei profitieren sie von Investitionen der VR China, die 2013 um fast elf Prozent auf 184 Milliarden Euro anstiegen. Zum Teil werden alte Anlagen aus Deutschland abgebaut und an China verkauft, wie im Jahr 2011 die komplette Aufbereitungsanlage, die sogenannte Kohlenwäsche, des Bergwerks Ost in Hamm.¹⁵ Ein anderes Beispiel ist die Wirtgen GmbH, die mit dem paradoxen Slogan „umweltfreundlicher Kohleabbau in China“¹⁶ seine Bagger und schweren Geräte bewirbt. Dass gerade die Emission der Kohleverbrennung den Klimawandel antreiben, der Abbau im offenen Tagebau ganze Landschaften zerstört und darüber hinaus einen hohen Wasserverbrauch zur Folge hat, verschweigt das Unternehmen. Die deutsche Industrie ist an den massiven Umweltauswirkungen des Bergbaus in China also



Kohleabbau in der Inneren Mongolei

nicht nur als Abnehmer für die Rohstoffe beteiligt, sondern auch als technische Unterstützer. Letzteres wird in Deutschland kaum thematisiert.

Rohstoffpartnerschaften

Exporte von deutschen Maschinen spielen auch bei einem weiteren politischen Instrument zur Rohstoffsicherung eine Rolle, den Rohstoffpartnerschaften. Diese sind bilaterale Abkommen, in denen außen-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Zielsetzungen miteinander verbunden werden.¹⁷

Pikanterweise wurden die ersten beiden Rohstoffpartnerschaften ausgerechnet mit den beiden chinesischen Nachbarländern Mongolei (Oktober 2011) und Kasachstan (Februar 2012) unterzeichnet. Im Juli 2014 kam ein Abkommen mit Peru hinzu, ein ähnliches Abkommen existiert mit Chile seit Januar 2013. Beide Länder sind die weltweit wichtigsten Kupferproduzenten und decken die Hälfte der Kupferimporte Chinas ab. Auch Deutschland importierte 2012 48 Prozent seines Kupferbedarfs aus diesen beiden Ländern.

Michael Reckordt für AK Rohstoffe

Forderungen der Zivilgesellschaft

1) Pflicht statt Freiwilligkeit

Deutsche NGOs des AK Rohstoffe fordern daher, dass die EU-Regulierung alle in der EU tätigen Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette **verbindlich** zur gebotenen Sorgfalt mit Blick auf Konflikte und Menschenrechtsverletzungen verpflichtet.

Die OECD-Richtlinie und die UN-Leitprinzipien sollten dafür als Grundlage dienen. Im Gegensatz zu dem *Dodd Frank Act* sollte die Sorgfaltspflicht nicht auf eine einzelne Region und bestimmte Rohstoffe beschränkt sein, sondern global und für alle metallischen und mineralischen Rohstoffe gelten. Zudem dürfen diese Regulierungen nicht – wie die deutsche Rohstoffstrategie – einseitig die Interessen der Industrie widerspiegeln. Daher sollten auf nationaler und lokaler Ebene neben den zuständigen Regierungsstellen auch zivilgesellschaftliche Vertreter/innen sowie Vertreter/innen aus dem artisanalen Bergbausektor frühzeitig in die Umsetzung der Regulierung integriert werden.

2) Good Governance-Verpflichtung

Eine zukünftige EU-Regulierung zum Umgang mit Konfliktrohstoffen muss zudem in ein Bündel von Maßnahmen zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, zur Friedenssicherung und zur Verbesserung der wirtschaftlich-sozialen Situation der lokalen Bevölkerungen eingebunden sein.

Durch eine verbindliche Verpflichtung der Industrieunternehmen entlang ihrer Wertschöpfungskette zur gebotenen Sorgfaltspflicht können in Zukunft Menschenrechtsverletzungen frühzeitig erkannt und verhindert werden. Freiwillig wird die Industrie diese nicht umsetzen. Die Politik muss diesen Konzernen daher Rahmenbedingungen setzen und die gesamte Industrie zum Handeln zwingen. Allerdings scheinen Regierungspolitiker/innen und die Ministerien weiterhin auf freiwillige Aktivitäten der Industrie zu setzen und somit eine große Chance für eine global gerechtere Rohstoffpolitik zu verspielen. Dies geschieht häufig mit

dem Verweis auf China, da chinesische Unternehmen sich – so der Tenor – nicht an internationale Standards halte. Dass die Einhaltung von Standards aber auch bei deutschen Unternehmen nicht an erster Stelle kommen, gab der Vorsitzende der Rohstoffallianz, Dierk Paskert, auf dem 4. BDI Rohstoffkongress am 3. Juli freimütig zu. Deutsche Unternehmen, so Paskert, müssten immer erst die Preise und dann die Standards diskutieren. Daher ist es interessant, dass die chinesische Handelskammer für Rohstoff- und exporteure (CCCMC; *China Chamber of Commerce of Metals Minerals and Chemicals Importers and Exporters*) im Jahr 2013 die Organisation Global Witness einlud, ihre Richtlinien für freiwillige Unternehmensverantwortung (*Corporate Social Responsibility*) zu kommentieren. Auch chinesische Unternehmen erkennen, dass zum einen die anhaltende Kritik aus dem Ausland schlecht für die Geschäfte sein kann und zum anderen mit einigen freiwilligen Standards ein Teil dieser Kritik verstummt.

Unternehmensverantwortung?

Im Zuge des Rohstoffabbaus wurden Menschenrechtsverletzungen, Finanzierung von Bürgerkriegsgruppen und Zerstörung der Umwelt in vielen Staaten ausführlich dokumentiert. Dies führte dazu, dass sowohl die *UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte* als auch die *OECD-Leitlinien für Multinationale Unternehmen* eine Verantwortung der Unternehmen für die Auswirkungen ihrer ökonomischen Tätigkeiten betonen. Die sogenannte „gebotene Sorgfaltspflicht“ beinhaltet laut den UN-Leitprinzipien, dass Unternehmen ein Verfahren entwickeln, um mit Blick auf ihre eigenen Aktivitäten und Geschäftsbeziehungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette „die Auswirkungen auf die Menschenrechte zu ermitteln, zu verhüten, und zu mildern sowie Rechenschaft darüber abzulegen, wie sie diesen begegnen“. (UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, Prinzip 15). Für den Bezug von Rohstoffen aus Konfliktgebieten fordert die OECD von Unternehmen die Implementierung eines mehrstufigen Systems, um Risiken in der Lieferkette zu identifizieren und ihnen wirksam zu begegnen.¹⁸

„Wir dürfen die Menschenrechte nicht privatisieren“, sagt der Präsident BDI, Ulrich Grillo, am 3. Juli 2014 im Haus der deutschen Wirtschaft. Die Verantwortung der Unternehmen Menschenrechte zu achten – von Ulrich Grillo fälschlicherweise als Privatisierung wahrgenommen – wird weder in der deutschen Rohstoffstrategie noch in den Rohstoffpartnerschaften thematisiert. Die Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen beim Rohstoffabbau ist laut dem Verständnis der deutschen Industrieverbände einzig und allein Aufgabe der jeweiligen Staaten. Während also multinationale Unternehmen über Investitionsschutzabkommen zunehmend als völkerrechtliche Subjekte die Möglichkeit bekommen Staaten zu verklagen und somit für demokratische Entscheidungen entschädigt werden,¹⁹ sind ihre Pflichten weiterhin freiwilliger Natur, solange sie sich der jeweiligen nationalen Rechtsprechung entziehen können.

Freiwilligkeit ist nicht ausreichend

Beide Konzepte scheitern aber an einem zentralen Punkt: sie sind freiwillig und nicht rechtlich bindend. Im Rohstoffsektor gibt es, trotz vieler negativen Erfahrungen auf allen Kontinenten, immer noch keine ver-

bindliche Verantwortung der Unternehmen gegenüber der Einhaltung von Menschenrechten.

Eine Ausnahme sind die USA. Seit 2014 müssen an der Börse notierte Konzerne erstmals verpflichtend berichten, ob sie sogenannte Konfliktrohstoffe (nach US-Definition: Gold, Tantal, Wolfram und Zinn) verwenden und welche Maßnahmen sie unternehmen, um die gebotene **Sorgfaltspflicht** entlang ihrer auch internationalen Lieferkette umzusetzen. Das Gesetz – *Dodd Frank Act* genannt – ist zwar auf Rohstoffe aus der Demokratischen Republik Kongo (DRK) und seinen neun Nachbarländern begrenzt, doch über die Einbindung der Lieferketten sind auch Unternehmen aus Deutschland, China, etc. betroffen.

Dieses Gesetz sorgt dafür, dass Elektronik-Unternehmen wie Apple, HP, Intel oder Philips versuchen einen Imagewechsel zu vollziehen.

Innerhalb kürzester Zeit hat es Apple geschafft, dass 106 von 190 der Schmelzen in der Zulieferkette als konfliktfrei zertifiziert gelten. Die Zielmarke von 100 Prozent konfliktfrei soll in Kürze erreicht werden. Bei HP sind mittlerweile 60 von 201 Schmelzen zertifiziert und Intel präsentiert den ersten konfliktfreien Prozessor. Auch das niederländische Unternehmen Philips ist in der DRK aktiv und unterstützt konfliktfreie Beschaffung der vier im *Dodd Frank Act* genannten Rohstoffe.

Alle genannten Unternehmen berichten darüber hinaus umfangreich über ihre Bemühungen auf ihren Websites. Eine Liste mit zertifizierten Schmelzen findet sich auf der Seite der *Conflict Free Smelter Initiative* (CFSI). CFSI wurde 2008 von der *Global e-Sustainability Initiative* (GeSI) gegründet, um eine konfliktfreie Rohstoffbeschaffung zu vereinfachen. Die Deutsche Telekom ist das einzige deutsche Mitglied von GeSI, während mit Huawei und ZTE zwei Unternehmen die Initiative unterstützen.

Selbstverständlich handelt es sich bei der Regulierung von Konfliktmineralien nur um erste Schritte, die weiterhin von politischen Maßnahmen flankiert werden müssen.

Und dennoch: von dieser Transparenz und Kontrolle über die Lieferketten sind viele deutsche Unternehmen noch sehr weit entfernt. Keines der großen deutschen Unternehmen aus der Automobil- oder Elektronik-

dustrie hat sich bisher öffentlich in einem ähnlichen Umfang zu verbindlichen Verpflichtungen zur Transparenz und Sorgfaltspflicht bekannt. Im Gegenteil: eine dem *Dodd Frank Act* ähnlich verbindliche Regulierung auf EU-Ebene stand im Fokus der Lobbyarbeit des BDI.²⁰

Im Januar 2013 kündigte EU-Handelskommissar Karel de Gucht eine dem US-Gesetz vergleichbare Richtlinie in Europa an. Nachdem der BDI seine Lobbytätigkeiten intensiviert, wurde am 5. März 2014 ein sehr abgeschwächter Entwurf präsentiert, der eine Selbst-Zertifizierung von knapp 400 Händlern der vier genannten Mineralien empfiehlt. Die selbst-zertifizierten Berichte sollen an eine noch zu benennende nationale Behörde geschickt werden, die wiederum eine „weiße Liste“ erstellt, auf der alle „verantwortungsvollen Importeure, Schmelzen und Händler“ einsehbar wären. Dieses Verfahren ist nicht nur intransparent, sondern bleibt hinter bestehenden, freiwilligen Regelungen weit zurück (z. B. OECD-Leitlinien oder UN-Leitprinzipien). Weder wurde die verarbeitende Industrie noch deren Lieferanten eingebunden.

Anmerkungen

1. BMWi (2010): *Rohstoffstrategie der Bundesregierung*; online unter: <http://www.bmw.de/Dateien/BMWi/PDF/rohstoffstrategie-der-bundesregierung>
2. BDI (2005): *Rohstoffkongress der Industrie: Versorgungssicherheit mit Rohstoffen muss wieder auf die politische Agenda*; online unter: <http://www.presseportal.de/pm/6570/655597/rohstoffkongress-der-industrie-versorgungssicherheit-mit-rohstoffen-muss-wieder-auf-die-politische?search=unternehmen>
3. Hemmerich, Lisa (2009): *Angst vor Chinas Rohstoffhunger*; online unter: <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/industrie--wenn-die-regierung-nicht-einschreitet--ist-deutschlands-versorgung-gefaehrdet-angst-vor-chinas-rohstoffhunger,10810590,10661852.html>
4. Merkel, Angela (2010): *Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf der Jahresmitgliederversammlung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft am 14. Oktober 2010 in Berlin*; online unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010/10/103-2-bk-jahresversammlung.html>
5. BMWi (2010): *Rohstoffstrategie der Bundesregierung*
6. Jost Wübbecke/PowerShift (2012): *Her mit den Seltenen Erden*; online unter: http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2012/07/PowerShift-Kritik-WTO-Klage-China-SelteneErden_1307klein_final.pdf
7. BDI (2011): *WTO-Votum weltweit wichtiges Signal gegen Rohstoffbeschränkungen*, Pressemitteilung vom 6. Juli 2011; online unter: http://www.bdi.eu/163_BDI_zum_WTO_Votum_06_07_2011.htm
8. Eine der wenigen Ausnahmen: Jost Wübbecke/PowerShift (2012): *Her mit den Seltenen Erden*
9. Vgl. Lee, Jade (2013): *Seltene Erden – Fluch oder Segen für Malaysia?*; online unter: http://www.asienhaus.de/public/archiv/bergbau-nr3_malaysia.pdf
10. Jost Wübbecke/PowerShift (2012): *Her mit den Seltenen Erden*
11. EU Commission (2008): *The raw materials initiative – meeting our critical needs for growth and jobs in Europe*; online unter: <http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=ST%2016053%202008%20INIT>
12. Vgl. Curtis, Mark/WEED (2010): *Die neue Jagd nach Ressourcen: Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung bedroht*; online unter: http://www2.weed-online.org/uploads/die_neue_jagd_nach_ressourcen.pdf
13. Kritische Rohstoffe heißt in diesem Fall, dass die Rohstoffe eine hohe Bedeutung in der Wertschöpfung der europäischen Industrie haben und in Staaten konzentriert sind, deren politische und/oder wirtschaftliche Stabilität – im Sinne von frei zugänglichen Märkten und geringen Wettbewerbsverzerrungen – negativ bewertet wird.
14. Vgl. Exportstatistiken für 2013 nach China auf German Trade And Invest: <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=1008846.html>
15. Vgl.: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/steinkohle-gebrauchte-maschinen-als-bruecke-zur-beratung/6813838-3.html>
16. Vgl.: <http://www.wirtgen.de/de/aktuelles-presse/presseberichte/umweltfreundlicher-kohleabbau-china-2200-sm.5141.html>
17. BMWi (2010): *Rohstoffstrategie der Bundesregierung*
18. AK Rohstoffe (2014): *Für eine umfassende EU-Initiative zur Vermeidung von Konflikten beim Rohstoffabbau!*; online unter: http://alternative-rohstoffwoche.de/wp-content/uploads/2014/03/Fuer_eine_umfassende_EU-Initiative.pdf
19. Vgl. Jürgen Maier (2014): *Giftiger Goldrausch – Was kommt auf die Bürger zu, wenn Handelsabkommen wie TTIP globale Konzerne schützen? In Rumänien ist das schon zu sehen.*; In: *Süddeutsche*, 4. September 2014
20. Report-München (2014): *Wie die Wirtschaftslobby gegen Regelungen vorgeht*; <http://www.br.de/fernsehen/das-erste/sendungen/report-muenchen/videos-und-manuskripte/buergerkriege-mineralien-wirtschaftslobby100.html>

Chinesische Bergbauunternehmen in Europa

Reaktionen der europäischen Zivilgesellschaft

Staphany Wong

Das jährliche Wirtschaftswachstum Chinas betrug in den letzten 20 Jahren im Durchschnitt rund neun Prozent. Dafür werden natürliche Ressourcen benötigt: Öl, Gas, Kohle, Eisenerz, und seit neuestem stehen auch Seltene Erden ganz oben auf der Einkaufsliste der Volksrepublik. Afrika und Australien sind schon seit Jahren die wichtigsten Zielregionen chinesischer Auslands-Direktinvestitionen (ADI) im Energie- und Rohstoffsektor. Die Internationale Energieagentur prognostizierte 2011, dass China bis 2020 der weltweit größte Nettoimporteur von Erdöl sein wird, mit einer sogar noch steigenden Nachfrage in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts.¹ Es ist sehr wahrscheinlich, dass ein solcher Aufwärtstrend im Verbrauch auch für andere natürliche Ressourcen zu beobachten sein wird. Um auch künftig die eigenen Tanks, Silos und Reservoirs mit Rohstoffen füllen zu können, hat China deshalb als neue Ziele auch Europa und Amerika im Blick.

Europa ist das nächste Ziel

Der scheinbar ständig wachsende Appetit auf Ressourcen hat China dazu gebracht, am laufenden Band neue Märkte zu erschließen. Chinas Einfluss auf die afrikanische und australische Wirtschaft stellt sich wie folgt dar: Derzeit ist China Afrikas größter Handelspartner und seit 2010 ist Afrika der zweitgrößte Rohöllieferant für China. Exporte von beispielsweise verflüssigtem Erdgas, Eisenerz, Kohle, Gold und Kupfer nach China², haben dazu beigetragen, dass sich Australien den schlimmsten Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise in den frühen 2010er Jahren entziehen konnte.

Andere Märkte und auch neue Stakeholder bieten sich zwangsläufig als die nächsten Ziele chinesischer Direktinvestitionen an. So zog die China Mining Kongress & Expo in den letzten Jahren nicht nur die Unternehmen an, sondern wurde auch von europäischen Ministern für Rohstoffsicherung, Bergbau und Energie³ besucht. Den China Mining Kongress gibt es seit über zehn Jahren und er wird gemeinsam organisiert von dem Ministerium für Land und Ressourcen, der Stadt Tianjin und der chinesischen Bergbauvereinigung. Abgesehen von den üblichen deutschen und grönländischen Delegierten aus Politik und Wirtschaft nehmen auch zunehmend europäische Vertreter aus neuen Ländern wie Schweden, Polen oder Portugal teil. Auch die Prominenz der Besucher spricht für engere Rohstoffbeziehungen zwischen China und Europa: 2012 wurde die schwedische Delegation von Gunnar Oom, dem Staatssekretär für Handel, angeführt. Er eröffnete ein Seminar zu innovativen schwedischen Bergbau-Lösungen. Das schwedische Unternehmen Atlas Copco führte potenziellen chinesischen Käufern seine Bergbau- und Erdbewegungsmaschinen vor und die portugiesische Delegation veranstaltete ein Seminar zu den „Neuesten Entwicklungen in Portugals Goldminen und Wolframerz-Minen“.

Bereit, los zu segeln

Die EU ist der weltweit größte Nettoimporteur von natürlichen Ressourcen obwohl Europa, und vor allem Nordeuropa tatsächlich ein hohes Potenzial für die Rohstoffproduktion hat. Einige rohstoffreiche europäische Länder gehören sogar zu den weltweit größten Zulieferern für bestimmte Industriemineralien. Das chinesische Ministerium für Land und Ressourcen (dem die meist staatlichen chinesischen Rohstoffunternehmen direkt unterstellt sind) hat seit Anfang der 2010er Jahre Wirtschaftsinformationen für die chine-

sischen Unternehmen übersetzten lassen, und zwar besonders in Bezug auf die Ressourcenpolitik Europas. Hierzu gehört auch die Übersetzung von Dokumenten der Rohstoffinitiative der *Europe 2020 Strategy*.

Seit dem 6. Oktober 2014 müssen Auslandsinvestitionen chinesischer Unternehmen, die ein Volumen von 100 Millionen US Dollar übersteigen, nicht mehr wie bislang vom Handelsministerium (MOFCOM) genehmigt werden, ausgenommen sind sensible Branchen und Länder.⁴ Auch die Regeln für Auslandsinvestitionen unter der 100 Millionen US Dollar-Grenze sind geändert worden. Bislang bedurften solche Investitionen der Genehmigung durch die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC), die außerdem Vetomacht für Übersee-Investitionsprojekte besitzt. Seit April 2014 muss nur noch die Entwicklungs- und Reformbehörde auf Provinzebene den Auslandsinvestitionen zustimmen, ausgenommen wieder „sensible Länder und Branchen“.

Sensible Länder und Regionen *Länder und Regionen, die mit China keine diplomatischen Beziehungen pflegen oder von internationalen Sanktionen betroffen sind, oder die in laufende Kriege und Unruhen verwickelt sind.*

Sensible Industrien *Grundlegende Telekommunikationsvorgänge, grenzüberschreitende Nutzung der Wasserressourcen, großflächige Landnutzungsplanung, Übertragungsnetze, Stromnetze, Nachrichtenwesen, Medien usw.⁵*

Die obige Definition liefert keine eindeutige Antwort darauf, welche Investitionen im Bereich der natürlichen Ressourcen und im Energiesektor als Investitionen aus „sensiblen Ländern und Industrien“ einzuordnen sind. Stattdessen geht man wohl davon aus, dass die oben beschriebene Lockerung der ADI-Vorschriften helfen wird, den gesamten Genehmigungsprozess für ausländische Direktinvestitionen zu beschleunigen.

Der Kampf der Staaten um Einfluss in der Arktis verschafft dem *Arktischen Rat*⁶ ungeahnte Popularität. Das Gremium steht im Zentrum diplomatischer Verhandlungen über mehr Ressourcenausbeutung im schmelzenden arktischen Eis (einschließlich riesiger

Offshore-Ölreserven) und der Eröffnung neuer Handelswege. China bemühte sich viele Jahre lang, Beobachterstatus im *Arktischen Rat* zu bekommen. Im Mai 2013 hatte China Erfolg, gemeinsam mit fünf weiteren Ländern.⁷

Länder mit Beobachtungsstatus haben das Recht, an Sitzungen teilzunehmen sowie Politik- und Finanzierungsvorschläge abzugeben. Im Dezember 2014 wurde in Shanghai das Zentrum für Arktisforschung (China-Nordic Arctic Research Centre) eröffnet. Es ist damit beauftragt, in Kooperation mit allen nordeuropäischen Ländern bislang unbekannte Rohstoffvorkommen in der Arktis zu erforschen.⁸

Bis heute gibt keine ausreichenden, systematischen Statistiken zu chinesischen Investitionen im Ressourcen- und Energiesektor in Europa. Die folgende Tabelle dokumentiert einige wichtige Fusionen und Übernahmen sowie gemeinsame Projekte der vergangenen drei Jahre im Ressourcen- und Energiesektor in Europa:

Die oben genannten Fallbeispiele verdeutlichen die Komplexität von Investitionen oder gemeinsamen Projekten im Energie- und Rohstoffsektor. Als „europäische Unternehmen“ gelten offenbar nicht nur europäische Unternehmen mit einem Standort in Europa, sondern auch nicht-europäische Unternehmen mit einem Standort in Europa und europäische Unternehmen mit einem Standort oder Projekten außerhalb Europas. Dieses „Europa“ besteht offensichtlich nicht mehr nur aus EU-Mitgliedsstaaten.

Fallstudie Grönland: Öffnung des Bergbausektors

Am Beispiel Grönland wird diese Komplexität besonders deutlich. Es zeigt auch, welche Herausforderungen auf die Akteure der Zivilgesellschaft in Europa zukommen.

Grönland ist ein autonomer Bestandteil des Königreichs Dänemark, Dänemark ist Mitglied in der EU, Grönland dagegen nicht. 2008 stimmte die Mehrheit der Grönländer für eine erweiterte Selbstverwaltung. Seitdem kann Grönland schrittweise die Verantwortung für innere Angelegenheiten übernehmen, darunter fallen auch die Verwaltung der Mineralressourcen, Umwelt-

Ankündigung	Details	Investitions- summe
September 2014	Polen: China-CEE und Enlight Joint Venture kaufen sich in zwei Windprojekte mit einer Gesamtkapazität von 250 MW ein: Wróblew und Projekt 2 ⁹ (beide wurden von GEO Renewables entwickelt) CEE Equity Partners, die den China-CEE Fund verwalten, haben im Juli 2014 geäußert, dass sie in den kommenden zwei bis drei Jahren 500 Mio. US Dollar (773 Mio. €) in Mittel- und Osteuropa investieren wollen	398 Mio. US Dollar*
Juli 2014	Italien: State Grid Corporation China kauft 35 Prozent der Anteile von CDP Reti in Italien. CDP Reti ist eine staatseigene Energie-Holding-Gesellschaft. Sie hält ihre eigene 30-prozentige Mehrheitsbeteiligung an dem Giganten für Gas Snam und dem Netzbetreiber Terna in Italien, wodurch chinesische Unternehmen einen großen Einfluss auf Italien's Energiemarkt hat. ¹⁰	2,8 Mrd. US Dollar
Januar 2014	Island: Die isländische Energiebehörde Orkustofnun gewährt der China National Offshore Oil Corp die Offshore-Lizenz mit einem Anteil von 60 Prozent, wdie isländischen Partner Eykon Energy und Petoro Iceland AS halten 15 bzw. 25 Prozent des Kapitals. ¹¹	
Juli 2012	England: Talisman Energy Inc. in Kanada wird ihre 49-prozentige Beteiligung an ihrer Geschäften beim U. K. Nordsee an Sinopec verkaufen. ¹²	1.5 Mrd. US Dollar
März 2012	Spanien: Das private Unternehmen Xiangguang Copper Co (XGC) aus der Provinz Shandong kaufte sich mit einem Anteil von 10.9 Prozent beim spanischen Unternehmen EMED Mining (EMED) ein. ¹³	15 Mio. US Dollar
Februar 2012	Portugal: State Grid Corporation of China wird 25 Prozent der Anteile vom portugiesischen nationalen Netzbetreiber Redes Energéticas Nacionais ankaufen. ¹⁴ (Im Febr. 2012 gab es die Ankündigung, die Entscheidung ist bis heute nicht gefallen)	über 1.85 Mrd. US Dollar*
Dezember 2011	Portugal: China Three Gorges Corp. überbietet das deutsche Unternehmen E.ON AG und das brasilianische Unternehmen Centrais Elétricas Brasileiras SA und gewinnt den Zuschlag über 21 Prozent der Anteile an EDP-Energias de Portugal SA. Einem Bericht zufolge gilt das wahre Interesse der Three Gorges Corp. nicht der Stromausbeutung in Portugal, sondern in Brasilien. Diese Übernahme verschafft dem chinesischen Unternehmen den Zugang zum EDP-Markt in Brasilien, wo EDP ein bedeutender Stromerzeuger ist. ¹⁵	3.51 Mrd. US Dollar
Januar 2011	Norwegen: Das staatliche Unternehmen BlueStar, das zur China National Chemical Corp. gehört, kauft das norwegische Unternehmen Orkla's Elkem in Bereichen Silizium-Materialien, Gießereiprodukte, Kohlenstoff- und Solarenergiebereiche. Silizium kommt bei der Solarstromerzeugung zum Einsatz. ¹⁶	2 Mrd. US Dollar

* Die monatlichen Durchschnittswerte: Euro gegenüber US Dollar



© Wu Haitao/Greenpeace, 2014, *Illegal betriebene Kohlebergwerkanlage an der Quelle des Gelben Flusses 14 mal so groß wie London City in einer Höhe von 4.000 Metern*

politik sowie die Regelung von Arbeitsbedingungen. Die dänische Regierung behält allerdings die Kontrolle über die Außenpolitik und Verteidigung.

Mit einer Fläche, die etwa der von Deutschland entspricht, besitzt Grönland Öl in einer Größenordnung von 52 bis 110 Mrd. Barrel.¹⁷ 30 Prozent der weltweiten Erdgasreserven befinden sich in der Nähe des Polarkreises. Dieses riesige Rohstoffpotenzial wird noch vergrößert durch die Einlagerungen von vielen verschiedenen Mineralien, darunter Blei, Zink, Eisen, Gold, Seltene Erden, Uran und andere. Damit wird Grönland zum Rohstoffmekka für viele ressourcengierige Länder. Der „Bericht der Kommission für Grönlands Steuern und Soziales 2011“ zeigt, dass Grönlands Haushaltsdefizit stetig weiter steigen wird wenn nicht neue Einkommensquellen aufgetan werden. Diese könnten in den neuen Bereichen der Förderung und Verarbeitung von Rohstoffen liegen. Bis 2010 betrug der Jahresumsatz im Bergbau (Mineralien) aber lediglich 522 Mio. Dänische Kronen und machte damit einen winzigen Bruchteil der Inlandsumsätze aus.¹⁸

Vor diesem Hintergrund wurden Forderungen nach einer Öffnung des Bergbausektors laut. Im Jahr 2012 hob das grönländische Parlament mit einer knappen Mehrheit das Verbot für Uranabbau auf.¹⁹

Im gleichen Jahr verabschiedete die grönländische Regierung das „Gesetz für Großinvestitionen“, welches den Rahmen für ausländische Bergbau- und Explorationsunternehmen festlegt. Es reguliert den Rohstoffabbau und legt die Arbeitsbedingungen nach internationalen Arbeitsstandards fest.²⁰ Das bedeutet auch, dass es nun möglich ist, für Beschäftigte in Großprojekten mit einem Investitionsvolumen von über fünf Mrd. dänische Kronen (670 Mio. US Dollar) niedrigere als die gesetzlichen Mindestlöhne in Grönland zu bezahlen.

Da in Migrationsfragen für Grönland die dänische Gesetzgebung gilt, musste die dänische Regierung einige Veränderungen im Zuwanderungsgesetz für Grönland vornehmen. Diese Änderungen wurden im dänischen Parlament im Juni 2014 angenommen.



Lu Guang, Greenpeace

Es gibt sehr unterschiedliche Ansichten über Chinas Interesse an Grönland. Während die Medien tendenziell ein wachsendes Interesse von der chinesischen Seite beschreiben, stellten wissenschaftliche Untersuchungen fest, dass sich dieses Interesse nur auf eine kleine Zahl von chinesischen Unternehmen beschränkt. Einer der Gründe für solch unterschiedliche Einschätzungen könnte der Mangel an Transparenz und die fehlende Offenlegung von Informationen, vor allem von der chinesischen Seite aus sein.

Chinesische Unternehmen in Grönland

Bis jetzt sind zwei Projekte mit Beteiligung chinesischer Unternehmen bekannt, ein weiteres befindet sich in der Vorbereitungsphase.

Im Jahr 2009 beteiligte sich das Bergbauunternehmen *Jiangxi Zhongrun* gemeinsam mit dem britischen Unter-

nehmen *Nordic Mining* an der Ausschreibung für die Förderung von Kupfer und Gold im Süden Grönlands. Nachforschungen chinesischer Journalisten zum Hintergrund von *Jiangxi Zhongrun* wurden mit dem Hinweis unterbunden, dies sei „extrem sensibel“. Interview-Anfragen von grönländischen Journalisten wurden direkt abgelehnt. Die *Jiangxi Zhongrun* Beteiligung wurde erst 2011 von offizieller chinesischer Seite bestätigt.²¹ Ein anderes Projekt im Kupferbergbau wird von der *Jiangxi Union Mining* in Zentralgrönland durchgeführt.

Ein drittes Großprojekt zur Förderung von Eisenerz, in dessen Rahmen in Isua jährlich 15 Millionen Tonnen Erz abgebaut werden sollen, befindet sich derzeit in der Vorbereitungsphase. Dieses Projekt ist jedoch eng an die Umsetzung des neuen Gesetzes gebunden. Sobald das Gesetz zu Großinvestitionen in Kraft tritt, könnten 2.000 bis 3.000 chinesische Wanderarbeiter (das wären so viel wie rund fünf Prozent der derzeit 56.000 umfassenden Einwohnerzahl Grönlands) nach Grönland übersiedeln, um in dem Eisenerz-Explorationsprojekt zu arbeiten.

Der offizielle Lizenzhalter dieses Projektes ist *London Mining*. Auf der Suche nach einem Ko-Finanzier hoffte *London Mining* auf eine chinesische Beteiligung an dem Baubudget von über zwei Mrd. US Dollar. *London Mining* diskutiert derzeit weiterhin die Details der Finanzierung mit potentiellen chinesischen Staatsinvestoren, darunter *Sinosteel* und der staatliche Kreditgeber *China Development Bank* sowie mit dem Unternehmen *Sichuan Xinye Mining Investment*. Klar ist bisher nur, dass *Xinye Mining* die Grabungen übernehmen soll – wie viele chinesische Arbeiter involviert werden und wie groß das Exportvolumen an Eisenerz nach China sein wird, wird derzeit noch verhandelt.²²

Kritik der Zivilgesellschaft

Das neue „Gesetz für Großinvestitionen“ steht unter Beschuss der Zivilgesellschaft. Als das Verbot des Uranbergbaus aufgehoben werden sollte, fand dagegen die größte Demonstration in der Geschichte Grönlands statt. Ein Bündnis grönländischer NGOs boykottierte außerdem einen Anhörungsprozess zur Genehmigung einer Mine für die Förderung von Seltenen Erden als Protest gegen die undemokratische Vorgehensweise.²³

Die Mitglieder der Nationalen Arbeitergewerkschaft von Grönland (SIK) halfen dabei, das Gesetz vor allem hinsichtlich der Löhne neu zu formulieren. Laut der Nationalen Gewerkschaft Dänemarks entsprach das neu formulierte Gesetz damit den Standards der ILO-Konventionen. Die Arbeitsrechtsorganisation LO Dänemark zeigt sich aber nach wie vor besorgt, dass der enorme Zustrom von Arbeitsmigranten zu Sozialdumping in Grönland führen könnte.

Die gewerkschaftsnahe Siumut Partei konnte 2013 erhebliche Zugewinne verzeichnen, weil sie den Wählern versprach, das Land vor dem Einfluss chinesischer

und ausländischer multinationaler Unternehmen zu schützen.²⁴ Die neue Regierung legte einen deutlichen Schwerpunkt auf den Umweltschutz.²⁵ Aktuell wird der Siumut Partei der Missbrauch von Geldern vorgeworfen und eine Neuwahl wird Ende November 2014 stattfinden (die Siumut Partei hat trotz des Skandals die Wahlen gewonnen, Anm. d. Red.).

Neben Bürgerbedenken über soziale Auswirkungen ist die Europäische Union in der Tat ein weiterer Akteur im Fall Grönland. Im Juni 2012 unterzeichnete die Europäische Kommission eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit mit der grönländischen Regierung auf dem Gebiet der Rohstoffförderung. In dem Memorandum vereinbarten die Parteien, die bestehende gute Zusammenarbeit zu institutionalisieren und das bestehende EU-Abkommen mit Grönland auszuweiten.²⁶

Fazit: Die Zivilgesellschaft ist gefordert

Europäische Regierungen wie zivilgesellschaftliche Gruppen sollten die Entwicklungen in der Bergbausituation Grönlands genau im Auge behalten – sie könnten zur Blaupause für andere europäische Länder werden. Es gilt, eine Zielsetzung für Einwanderungsgesetze, Arbeitsbedingungen, Umweltfragen sowie für fairen Wettbewerb zu finden.

Es wäre sinnvoll, Netzwerke zwischen europäischen NGOs und Gewerkschaften aufzubauen, über die Informationen zu Investitionen im Rohstoffsektor ausgetauscht, sowie der Investitions- und Extraktionsprozess analytisch begleitet werden kann. Ein Informationsaustausch zwischen den europäischen Akteuren der Zivilgesellschaft könnte der erste Schritt zu einem solchen Netzwerk sein.

Anmerkungen

1. <http://www.cfr.org/china/expanding-china-africa-oil-ties/p9557>, accessed on 27 October 2014.
2. <http://www.dfat.gov.au/geo/fs/chin.pdf>, accessed on 27 October 2014.
3. http://www.chinaexhibition.com/Official_Site/11-5204-CHINA_MINING_2014_-_The_16th_CHINA_MINING_Conference_and_Exhibition_2014.html, accessed on 27 October 2014.
4. *Anm. d. Red.:* Bisher galt: „Gegenwärtig ist die NDRC für Auslandsinvestitionen im Rohstoffsektor verantwortlich, die zwischen 30 und 300 Millionen Dollar liegen. NDRC und MOF-COM genehmigen ADI in anderen Sektoren zwischen 10 und 100 Millionen Dollar. Der Staatsrat ist nur noch dann direkt am Genehmigungsverfahren beteiligt, wenn rohstoffbezogene Investitionen 300 Millionen Dollar und Investitionen in anderen Bereichen 100 Millionen Dollar übersteigen. Investitionsprojekte, die unterhalb der genannten Summen liegen, werden lediglich auf lokaler Ebene genehmigt. Chinesische Unternehmen in unmittelbarem Besitz der Zentralregierung wenden sich nach wie vor direkt an die zuständigen zentralen Stellen. Zusätzlich wurden die Fristen für das Genehmigungsverfahren von ADI verkürzt. Die neuen Regelungen schreiben vor, dass die Dauer des gesamten Verfahrens 20 bis 30 Arbeitstage nicht überschreiten sollte.“ Zitat aus Cora Jungblut, Aufbruch nach Westen – Chinesische Direktinvestitionen in Deutschland, Bertelsmann Stiftung 2013, S. 23.
5. <http://www.stibbe.com/en/news/2014/april/hk-china-newsletter-china-eases-restrictions-on-outbound-investments>, accessed on 17 November 2014.
6. Der Arktische Rat ist ein zwischenstaatliches Forum mit ständigem Sitz in Tromsø, Norwegen, das zum Interessenausgleich zwischen den arktischen Anrainerstaaten und den indigenen Völkern im Jahr 1996 gegründet wurde (Anmerk. d. Red.).
7. <http://online.wsj.com/articles/SB10001424127887324767004578484621098493056>, accessed on 27 October 2014.
8. <http://www.abo.net/oilportal/topic/view.do?contentId=2214544>, accessed on 27 October 2014.
9. Project 2 see: <http://www.windpowermonthly.com/article/1311889/chinese-investment-fund-backs-polish-projects>, accessed on 29 October 2014.
10. <http://www.worldpoliticsreview.com/articles/14037/china-buys-up-european-assets-to-push-back-against-u-s-free-trade-deals>, accessed on 27 October 2014.
11. <http://www.ibtimes.com/china-national-offshore-oil-corp-cnooc-first-chinese-firm-licensed-explore-arctic-oil-gas-resources>, accessed on 27 October 2014.
12. http://www.chinadaily.com.cn/business/2012-07/24/content_15612661.htm, accessed on 28 October 2014.
13. <http://www.mining.com/emed-mining-jumps-15-as-chinese-company-backs-rio-tinto-mine-restart/>, accessed on 28 October 2014.
14. <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/41a0c572-4dba-11e1-b96c-00144feabdc0.html>, accessed on 28 October 2014.
15. <http://online.wsj.com/articles/SB10001424052970204464404577114471370252452>, accessed on 29 October 2014.
16. <https://www.elkem.com/en/news/item/Orkla-sells-Elkem-to-China-National-Bluestar/>, accessed on 28 October 2014.
17. http://www.terraily.com/reports/Greenland_Makes_Oil_Companies_Melt_999.html, accessed on 29 October 2014.
18. http://arcticjournal.com/sites/arcticjournal.com/files/analysis_of_greenlands_economic_sectors_final.pdf, accessed on 28 October 2014.
19. <http://arcticjournal.com/oil-minerals/211/uranium-ban-overturned>, accessed on 28 October 2014.
20. <http://www.plesner.com/resources/650.pdf>, accessed on 28 October 2014.
21. <http://jichanglulu.wordpress.com/tag/investment/page/2/>, accessed on 28 October 2014.
22. <http://www.businessweek.com/articles/2013-02-10/chinese-workers-in-greenland>, accessed on 29 October 2014.
23. <http://www.greenpeace.org/international/en/news/Blogs/makingwaves/greenland-sustainable-development/blog/48099/>, accessed on 28 October 2014.
24. <http://www.theguardian.com/world/2013/mar/15/greenland-government-oil-mining-resources>, accessed on 28 October 2014.
25. <http://www.euractiv.com/specialreport-rawmaterials/new-greenlandic-government-vows-news-518837>, accessed on 28 October 2014.
26. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:52013DC0442>, accessed on 29 October 2014.

Kohle um jeden Preis¹

Eva Sternfeld

Seit Jahrtausenden ist Kohle im alten China bekannt, doch spielte sie so lange Biomasse als Brennstoff ausreichend verfügbar war, eine vergleichsweise bescheidene Rolle. Der Kohlereichtum des Landes, über den im Westen erstmals der deutsche Geograph und Geologe Ferdinand Freiherr von Richthofen berichtete, gewann erst mit der teilweisen Kolonialisierung Chinas Ende des 19. Jahrhunderts an Bedeutung. Einhergehend mit dem Eisenbahnbau und der Einführung der Dampfschiffahrt in den so genannten Konzessionsgebieten im Osten wurden dort erste moderne Bergwerke in Betrieb genommen. Während des Zweiten Weltkriegs investierte die japanische Besatzungsmacht in den Ausbau des Sektors, um dringend benötigte Rohstoffe für die japanische Kriegsindustrie zu fördern. Viele dieser Bergwerke wurden jedoch in den letzten Kriegsjahren zerstört.

Der Wiederaufbau begann nach Gründung der Volksrepublik China in den 1950er Jahren. Seither findet eine kontinuierliche Entwicklung des Sektors statt, wobei sich die Zentren des Kohlebergbaus von Ostchina nach Zentral- und Westchina verlagert haben. Wichtige Kohleförderprovinzen sind heute die Innere Mongolei, Shanxi und Shaanxi.

Kohle ist eine unverzichtbare Säule, auf der das aufstrebende Schwellenland sein Wirtschaftswunder aufbaut. Fast 70 Prozent der Primärenergie wird aus Kohle gewonnen, 80 Prozent der Elektrizität durch Kohlekraftwerke generiert. Mit dem rasanten Wirtschaftswachstum der vergangenen Dekade ist auch die Nachfrage nach Energie erheblich gestiegen.

Mittlerweile entfallen 47 Prozent der Produktion und die Hälfte des weltweiten Verbrauchs von Kohle auf China (BP 2014, 32–33). Seit dem Jahr 2000 hat sich der Kohleverbrauch verdreifacht und betrug 2012 bereits 3,7 Milliarden Tonnen. (Vgl. Tab. 1).

Chinas Kohle-Import/Export

Kohle ist der einzige fossile Energieträger, von dem China über verhältnismäßig große eigene Ressourcen verfügt. 12,8 Prozent (etwa 114 Gigatonnen) der sicher nachgewiesenen Vorkommen weltweit befinden sich auf chinesischem Territorium.

Damit verfügt China nach den USA und Russland über die drittgrößten Reserven der Welt. Doch auch diesen großen Vorräten sind angesichts des derzeitigen Produktionsumfangs Grenzen gesetzt. Bei unverändertem Abbautempo und ohne Erschließung zusätzlicher Vor-

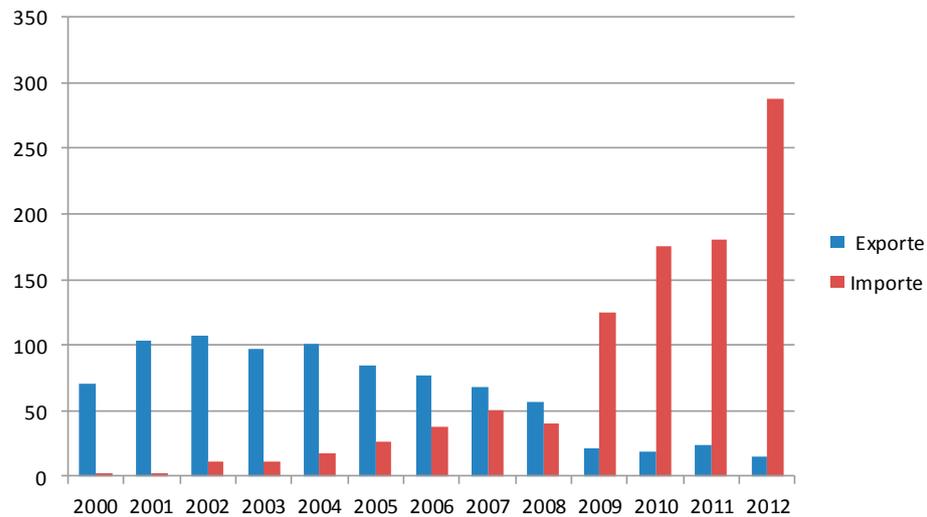
Tab. 1: Entwicklung des Kohleverbrauchs für ausgewählte Länder in Millionen Tonnen

	1980	1990	2000	2010	2011	2012
Deutschland	485	535	244	231	232	244
USA	637	820	983	950	908	806
China	586	1.019	1.124	3.352	3.676	3.764

Quelle: US Energy Information Administration, International Energy Statistics www.eia.doe.gov.

Grafik 1: Chinas Kohleimporte und Exporte 2000–2012 (Mio. Tonnen)

Quelle: US Energy Information Administration, International Energy Statistics www.eia.gov



kommen würden Chinas Reserven nach derzeitigen Schätzungen nur noch für 31 Jahre ausreichen (BP 2014, 30–33). Bereits seit 2009 importiert das Land mehr Kohle als es exportiert (siehe Grafik 1). Auch wenn die Importe bisher nur maximal 5 Prozent des chinesischen Gesamtverbrauchs ausmachen, ist China nach Japan inzwischen der zweitgrößte Kohleimporteure der Welt. Die Nachfrage aus China steuert somit die internationale Entwicklung des Sektors.

Chinesische Bergbauunternehmen investieren mittlerweile weltweit. So ist der weltgrößte Kohleproduzent Shenhua an zahlreichen Zechen in Australien, Indonesien, der Mongolei und Russland beteiligt.

In der ersten Jahreshälfte 2014 bezog China mehr als die Hälfte seiner Importkohle aus Australien (53 Prozent), 31 Prozent wurden aus Indonesien geliefert. Es folgten Russland (16 Prozent), die Mongolei (11 Prozent) Nordkorea (8,7 Prozent) und Südafrika (5,6 Prozent).² Insbesondere die australische und die russische Kohleindustrie wird künftig von den von der chinesischen Regierung im Oktober 2014 beschlossenen Importsteuern in Höhe von 3–6 Prozent für Kohle sowie Importverbote für Kohle mit hohem Asche- und Schwefelgehalt betroffen sein. In Australien wurde befürchtet, dass die zurückgehende Nachfrage aus China zu Zechenschließungen führen könnte. Die im November 2014 erzielte Einigung über ein Freihandelsabkommen zwischen China und Australien könnte sich jedoch auch auf eine Reduzierung der Importsteuern auswirken. Vom Freihandelsabkommen zwischen China und den ASEAN Ländern profitiert bereits der zweitgrößte Kohlelieferant Indonesien. Indonesien, der zweitgrößte Lieferant dagegen wird aufgrund eines Freihandelsabkommens

zwischen China und den ASEAN Ländern nicht betroffen sein.

Soziale und ökologische Auswirkungen des Kohleabbaus

Für den Kohleboom im Zeichen des Wirtschaftswunders zahlt China einen hohen Preis. Die große Entfernung zwischen den Kohleregionen im Nordwesten sowie in Zentralchina und den wichtigen Industriezentren an der Ostküste verursacht große logistische Probleme. Gut die Hälfte der Frachtkapazitäten der Eisenbahnen wird für Kohletransporte benötigt. Auf den Überlandstraßen sind Megastaus, verursacht durch Kohlelasten an der Tagesordnung. Werden Transportwege durch Unfälle oder Witterungskatastrophen unterbrochen, wie dies zum Beispiel im Februar 2008 nach ungewöhnlichen Schneefällen in Südchina der Fall war, droht Chinas wichtigsten Wirtschaftszentren innerhalb weniger Tage der Black-Out.

Kohle wird überwiegend im Tiefbau abgebaut, daraus ergeben sich nicht nur höhere Produktionskosten sondern auch größere Sicherheitsrisiken. Chinas Bergwerke gelten als die gefährlichsten der Welt. Zwischen 2000 und 2010 kamen nach offiziellen Angaben 47.647 chinesische Kumpel bei Bergwerksunfällen ums Leben. Darüber hinaus sind 600.000 ehemalige Bergarbeiter an Staublungenerkrankungen erkrankt. Dabei dürften die tatsächlichen Zahlen deutlich höher liegen, da die Statistiken nur die Mitarbeiter von Zechen in Staatsbesitz, nicht jedoch der privaten und Kollektivbetriebe erfassen.

Zehntausende kleine, teilweise illegal betriebene Bergwerke in Privat- und Kollektivbesitz sind häufig kaum mechanisiert und mit veralteter Technik ausgerüstet. Diese kleinen Zechen gelten nicht nur als unsicher, sondern auch als ineffizient. Die Zechender großen staatlichen Betriebe sind dagegen teilweise hochmodern. *Shenhua Coal*, der größte chinesische und zugleich größte Kohlekonzern der Welt, fördert etwa 10 Prozent der chinesischen Kohleproduktion.

Kohleabbau und deren Nutzung sind Ursache für eine Vielzahl von Umweltschäden. In den Kohleregionen sind Schäden an Gebäuden und Straßen durch Bodenabsenkungen an der Tagesordnung, landesweit sind davon etwa 45.000 Quadratkilometer betroffen. Abraum wird auf einer Fläche so groß wie Thüringen (etwa 16.000 Quadratkilometer) gelagert. Im Nordwesten Chinas trägt der Bergbau zur Verschärfung des ohnehin bestehenden Wassermangels bei und fördert die Bodenerosion und Wüstenbildung. Auch Brände offener Kohleflöze und die damit verbundene Freisetzung von Emissionen sind ein verbreitetes Problem.

Kohle ist eine der Hauptursachen für die sehr schlechte Luftqualität in den meisten chinesischen Großstädten. Insbesondere in Südchina werden darüber hinaus auch erhebliche Schäden an Vegetation und Bausubstanz durch sauren Regen verzeichnet.

Schließlich ist der rasche Anstieg des Kohleverbrauchs und damit verbunden der Anstieg der in China verursachten CO₂-Emissionen maßgebliche Ursache für das Scheitern der internationalen Anstrengungen zum Klimaschutz. Bereits 2007 überholte China die USA als größter Verursacher von Treibhausgasen und trägt

mittlerweile etwa 29 Prozent zum weltweiten CO₂ Ausstoß bei.

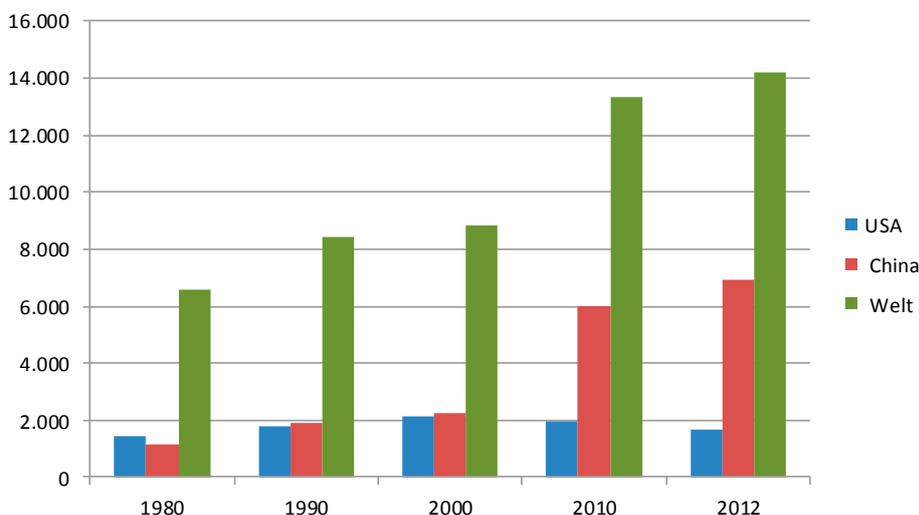
Zivilgesellschaftliche Stimmen zum „schwarzen Gold“

Chinesische NGOs machen seit Jahren auf die durch Kohle verursachten sozialen und ökologischen Probleme aufmerksam. Hier ist insbesondere *Greenpeace China* zu nennen, aber auch kleinere lokale NGOs wie zum Beispiel das *Guizhou Institute of Highland Development*.

Greenpeace China hat in den vergangenen Jahren vor allem durch Berichte über die ökologische Problematik einer kohleabhängigen Volkswirtschaft Aufsehen erregt. Untersuchungen dokumentieren den toxischen Gehalt der Staubstürme aus Bergbaugebieten und die gesundheitlichen Auswirkungen von Kohlekraftwerken auf die Umgebung von Städten (Greenpeace 2011, 2013).

Der mit *Greenpeace* zusammenarbeitende Fotograf Lu Guang zeigt in eindrucksvollen Aufnahmen die Landschaftszerstörung durch Bergbau und Kraftwerke (Greenpeace 2012, siehe Titelbild dieser Broschüre). Kritisch hat die Organisation die Errichtung einer Demonstrations-Anlage zur Kohleverflüssigung des Kohlekonzerns Shenhua in Ordos, Innere Mongolei begleitet.

In der Greenpeace-Studie „Thirsty Coal“ konnte nachgewiesen werden, dass die Shenhua Anlage maßgeblich für sinkende Grundwasserpegel in der ariden Region



Grafik 2: Anstieg der durch Kohlenutzung verursachten CO₂-Emissionen (Mio. Tonnen CO₂)

Quelle: EIA, International Coal Data, www.eia.doe.gov

und damit für die Degradation der fragilen natürlichen Umwelt in dem Gebiet am Rande der Wüste verantwortlich ist (Greenpeace 2012, 2013). Medienberichten zufolge hatte die Kampagne Erfolg. Shenhua wurde von den örtlichen Behörden aufgefordert, die Grundwasserentnahmen für mindestens ein Jahr einzustellen (Feng Jie 2014). In der jüngst erschienenen Studie „The end of China’s coal boom“ würdigt Greenpeace aber auch die Anstrengungen der chinesischen Regierung um eine Reduzierung des Kohleverbrauchs und veranschaulicht deren Bedeutung für den Klimaschutz (Greenpeace 2014).

Die kleine NGO *Guizhou Institute of Highland Development* engagiert sich für bessere Lebensbedingungen der Bergleute. So organisierten sie Gesundheitscheck-ups für Bergarbeiter. 2006 stattete sie Bergleute aus dem Dorf Gantian mit Digitalkameras aus, die damit ihren Alltag fotografierten. Es kam eine beeindruckende Fotoausstellung zustande, die in Beijing und anderen Städten gezeigt wurde. Bei der Vernissage in Beijing berichteten Vertreter der Bergleute, von denen einige bereits chronisch an Staublunge erkrankt waren, über ihre Lebensumstände.

2003 fand der Spielfilm „Blind Shaft“ (盲井) von Li Yang, der die brutalen Arbeitsbedingungen und den Betrug mit Lebensversicherungen in illegalen Kohlebergwerken in Nordchina thematisiert und mit Laienschauspielern an Originalschauplätzen gedreht wurde, international große Beachtung und wurde unter anderem mit dem silbernen Bären der Berlinale ausgezeichnet. Obwohl der Film in China nicht für Kinoaufführungen zugelassen ist, ist er auf DVDs erhältlich und dadurch sehr bekannt.

Reaktion der Regierung

Die chinesische Regierung hat sich in den vergangenen Jahren um die Schließung von kleinen, ineffizienten und gefährlichen Bergwerken bemüht und strebt eine Modernisierung des Bergbaus und Verbesserung der Umwelt- und Sicherheitsbilanz an. Die wachsende Nachfrage nach Kohle führte jedoch dazu, dass sich die geplante Umstrukturierung des Sektors nicht reibungslos umsetzen ließ. Widerstand regte sich vor allem in ländlichen Regionen, wo kleine Zechen häufig der einzige Arbeitgeber sind und ansonsten lediglich die Migration in andere Landesteile als Alternative bleibt.

Darüber hinaus haben Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz hohe Priorität. Zahlreiche kleinere veraltete Kraftwerke sind in den letzten Jahren stillgelegt und durch Großkraftwerke mit modernster Technologie ersetzt worden.

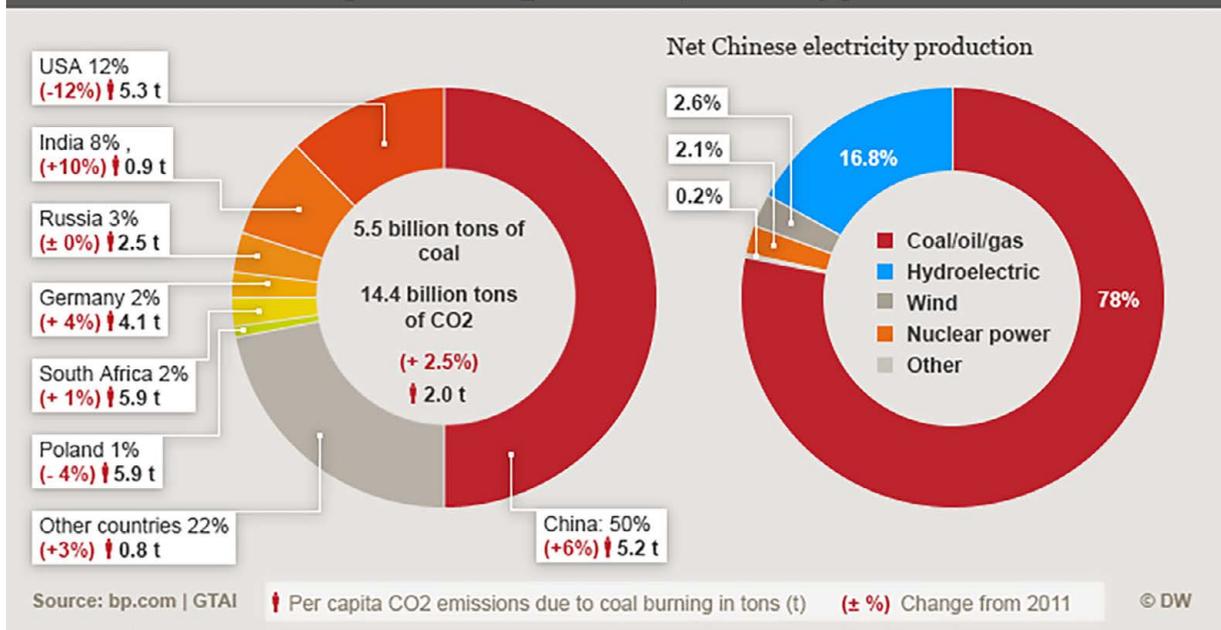
China ist inzwischen führend bei Anlagen mit zirkulierender Wirbelschichtverbrennung und so genannten überkritischen und ultra-überkritischen Kraftwerken, die deutlich bessere Wirkungsgrade als herkömmliche Kraftwerke aufweisen und emissionsärmer sind. Im laufenden 12. Fünfjahresplan (2011–2015) hat die chinesische Regierung neben der Förderung von erneuerbaren Energien und Maßnahmen zur Energieeffizienz auch erstmals konkrete Ziele für die Begrenzung des Kohleverbrauchs definiert. Dieser soll im Jahr 2015 nicht mehr als 3,9 Milliarden Tonnen betragen. Dies würde einer Steigerung des Kohleverbrauchs pro Jahr um höchstens 3,8 Prozent entsprechen, und damit eine deutliche Verlangsamung des Wachstums gegenüber den Steigerungsraten von 9–10 Prozent im vergangenen Jahrzehnt bedeuten. Der neueste Plan ist die Begrenzung des Kohleverbrauchs auf 4,2 Milliarden Tonnen (also im Vergleich zum FJP wieder eine Anhebung) und die Reduktion des Kohleanteils an der Primärenergie auf 62 Prozent ab 2020 (*Anm. d. Red.*).³

Jüngste Meldungen verheißen, dass dieses Ziel tatsächlich erreicht oder sogar übertroffen wird. Ursächlich dafür ist nicht nur die derzeit schwächelnde Konjunktur, sondern auch eine Reihe von politischen Maßnahmen. Im Herbst 2013 verkündete die chinesische Regierung als Reaktion auf die dramatische Verschlechterung der Umweltbedingungen in den chinesischen Großstädten einen „Aktionsplan zur Bekämpfung der Luftverschmutzung“, der insbesondere für nordchinesische Provinzen deutliche Reduzierungen des Kohlekonsums vorschreibt. So soll zum Beispiel die Stadt Beijing ihren Kohleverbrauch bis 2017 halbieren (Greenpeace 2014).

Das Finanzministerium kündigte im Oktober 2014 die Einführung einer Ressourcensteuer für den Kohleabbau an, die je nach Provinz zwischen 2 und 10 Prozent betragen soll.

Diese Maßnahmen sowie die Auswirkungen des stockenden Wirtschaftswachstums zeigen bereits Wirkung. Erstmals in diesem Jahrhundert meldete China für die ersten drei Quartale des Jahres 2014 einen Rückgang des Kohleverbrauchs um 1–2 Prozent (Carrington 2014).

Worldwide coal consumption and CO₂ emissions / Electricity production in China



Quelle: Hans Spross, *China's long farewell to coal*, 15.12.2014, <http://www.dw.de/chinas-long-farewell-to-coal/a-18133113>

Ein langfristiger Rückgang des Kohleverbrauchs, wie er sich für 2014 andeutet, wäre ein bedeutender Beitrag für die Verbesserung der lokalen Umweltbedingungen und für den globalen Klimaschutz. Eine vollständige Abkehr von der Kohle dominierten Energiestruktur ist jedoch vorerst noch nicht Sicht.

Literaturhinweise

BP (2014): Statistical Review of World Energy. <http://www.bp.com/content/dam/bp/pdf/Energy-economics/statistical-review-2014/BP-statistical-review-of-world-energy-2014-full-report.pdf>

Carrington, Damian (2014): China's coal use falls for first time this century, analysis suggests. [The guardian.com](http://www.guardian.com), 22.10.2014

Feng Jie (2014): How NGOs forced China's biggest coal company to back down over groundwater extraction.

<https://www.chinadialogue.net/article/show/single/en/6977-How-NGOs-forced-China-s-biggest-coal-company-to-back-down-over-groundwater-extraction>

Greenpeace China (2011): The True Cost of Coal. Coal Dust Sandstorms, Toxic Wind. <http://www.greenpeace.org/eastasia/Global/eastasia/publications/reports/climate-energy/2011/the-true-cost-of-coal-dust-storms-toxic-wind.pdf>

Greenpeace China (2012): Thirsty Coal: A Water Crisis Exacerbated by China's new Mega Coal Power Bases. <http://www.greenpeace.org/eastasia/Global/eastasia/publications/reports/climate-energy/2012/GreenpeaceProzent20ThirstyProzent20CoalProzent20Report.pdf>

Greenpeace (2012): Photographer Lu Guang on polluted landscape. <http://www.greenpeace.org/eastasia/publications/reports/others/2012/lu-guang-polluted-landscape/>

Greenpeace China (2013): The Health impact of coal power plants in Beijing, Tianjin and Hebei. http://issuu.com/greenpeacechina/docs/the_research___the_health_impact_fr

Greenpeace China (2013): Thirsty Coal 2: Shenhua's Water Grab. <http://www.greenpeace.org/eastasia/publications/reports/climate-energy/2013/thirsty-coal-two-china/>

Greenpeace China (2014): The end of China's Coal Boom. <http://www.greenpeace.org/eastasia/publications/reports/climate-energy/2014/end-china-coal-boom/>

Wright, Tim (2012): The Political Economy of the Chinese Coal Industry. Black Gold and Blood-stained Coal. Routledge. New York.

Anmerkungen

1. Erweiterte und aktualisierte Fassung eines Artikels, der zuerst im Ausstellungskatalog des Ruhr Museums „Kohle. Global Eine Reise in die Reviere der anderen“ (Hrsg. von Ulrike Stottrop), 2013, Verlag Klartext, Essen erschien.
2. Thomson Reuters (2014): China's coal imports – Graphic of the day. <http://blog.thomsonreuters.com/index.php/chinas-coal-imports-graphic-of-the-day/>
3. In Step to Lower Carbon Emissions, China Will Place a Limit on Coal Use in 2020, Edward Wang, NOV. 20 2014, http://www.nytimes.com/2014/11/21/business/energy-environment/china-to-place-limit-on-coal-use-in-2020.html?_r=0

Autorinnen und Autoren

Wen Bo

Wen Bo ist in Beijing ansässig und Politik- und Medienberater für den Global Exploration Fund-China der National Geographic Society (USA). Im Jahr 2000 half er, das Greenpeace-Büro in Peking aufzubauen und war Koordinator für den Global Greengrants Fund sowie Leiter des Chinaprogramms von Pacific Environment.

Bai Yunwen

Bai Yunwen ist Geschäftsführerin (politische Angelegenheiten) von Greenovation Hub und leitet die Abteilung für Klima und Finanzen. Im Rahmen dieser Arbeit werden Politikanalysen durchführt, die darauf abzielen, die nationalen Debatten zu beeinflussen und eine Datengrundlage zu schaffen, die die kohlenstoffarme Entwicklung beschleunigen.

Thierry Dodin

Thierry Dodin ist Tibetologe. Seine Forschungsschwerpunkte sind Kulturgeschichte, moderne Geschichte sowie soziale, politische Entwicklungen und Umweltschutz in der Himalayaregion. Akademisch ist Dodin seit den frühen 1990er Jahre an die Universität Bonn angebunden. Er ist der Gründer und Geschäftsführer der NGO TibetInfoNet e. V.

Mark Grimsditch

Mark Grimsditch ist seit 2006 als wissenschaftlicher Berater in Ost- und Südostasien tätig und spezialisiert auf die Themen Landrechte, Zugang zu natürlichen Ressourcen, Rechenschaftspflicht von Unternehmen und Finanzinstitutionen in Kambodscha, Laos, Myanmar, Vietnam und China.

Irene Knoke

Irene Knoke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Institut SÜDWIND in Bonn. Sie ist Entwicklungspolitologin und arbeitet zu den Themen der Entwicklungszusammenarbeit, darunter auch die Rolle der neuen Geber, Rohstoffe und Klimagerechtigkeit.

Michael Reckordt

Michael Reckordt arbeitet bei PowerShift als Koordinator des bundesweiten Netzwerkes AK Rohstoffe. Weitere Informationen finden sich unter <http://alternative-rohstoffwoche.de>

Nora Sausmikat

Nora Sausmikat leitet das China-Programm der Stiftung Asienhaus. Sie ist habilitierte Sinologin und auf politische Reform und Zivilgesellschaft spezialisiert. Sie unterrichtete an den Universitäten in Berlin, Köln, Bremen und Dortmund.

Eva Sternfeld

Eva Sternfeld ist eine auf Umwelt- und Energiethemen spezialisierte Sinologin. Von August 2008 bis August 2014 leitete sie das Center for Cultural Studies on Science and Technology in China an der Technischen Universität Berlin. Seit September 2014 ist sie Gastprofessorin am Institut für Sinologie der Freien Universität Berlin.

Staphany Wong

Stephany Wong ist als freischaffende Wissenschaftlerin befasst mit den Themen sozio-ökonomische Entwicklung, besonders in Bezug auf die Beziehungen zwischen China und der EU. Sie veröffentlicht zu den Themen Arbeitsbedingungen, Menschenrechte, Grunderwerb und Klimagerechtigkeit.

Jost Wübbeke

Jost Wübbeke ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Innovation und Umwelt am MERICS. Seine Forschungsschwerpunkte sind Umwelt, Energie, Rohstoffe sowie Digitalisierung in China.

Literaturtipps

(auch einsehbar unter <http://www.eu-china.net/rohstoffe/>)

Banking on Coal 2014

BankTrack

Chinesische Banken gehören nun zu den Top Coal Banken. Die neue BankTrack Recherche zur Finanzierung von Kohlebergbau stellt heraus, dass China verantwortlich ist für die Hälfte der weltweiten Kohleproduktion und die Hälfte des Kohleverbrauchs. Das Netzwerk BankTrack veröffentlichte eine Recherche zur Finanzierung von Kohlebergbau- und Kohlekraftwerksfirmen.

„Banking on Coal 2014“ zeigt auf, dass 92 Privatbanken allein im Jahr 2013 weltweit die Kohleindustrie mit mindestens 66 Milliarden Euro versorgt haben. Banken beheimatet in China (28 %), USA (23 %) und UK (11 %) waren verantwortlich für 62 % der Kohleinvestitionen zwischen 2011 und 2013.

Understanding China's Energy Landscape:

Understandingchinaenergy.org (2014)

Focus of the Global South

Diese Internet-Informationsplattform bietet erstmalig gesammelt umfassende Informationen zu Chinas Energiemarkt, zu Energie aus Kohle, Öl, Wasser- und Atomkraft sowie zu Erneuerbaren Energien. Darüber hinaus werden diese Informationen eingebettet in Informationen zu sozialen und umweltschutzrelevanten Aspekten. Focus of the Global South (Bangkok) hat diese neue Datenbank erstellt, sie ist einsehbar unter: www.understandchinaenergy.org

China's Mining Industry at Home and Overseas: Development, Impacts and Regulation (2014)

Greenovation Hub

Die chinesische NGO Greenovation Hub hat eine neue Studie veröffentlicht, die chinesische Auslandsinvestitionen in der Bergbauindustrie untersucht. Es wer-

den die gegenwärtigen Bemühungen zur Erstellung und Implementierung von chinesischen Umwelt- und Sozialstandards für Investitionen und Finanzmärkte dargestellt. Anhand von drei Fallstudien aus Laos, Kambodscha und Peru werden neuste Entwicklungen aus der heimischen und internationalen chinesische Bergbauindustrie dargestellt. Eine Zusammenfassung befindet sich in dieser Broschüre.

PDF download: http://www.ghub.org/cfc_en/wp-content/uploads/sites/2/2014/11/China-Mining-at-Home-and-Overseas_Main-report2_EN.pdf

Europa sollte stärker mit China in der Ressourceneffizienz zusammenarbeiten (2014)

Im Streit um Exportbeschränkungen für Seltene Erden hat China eine Niederlage vor dem Schiedsgericht der Welthandelsorganisation (WTO) erlitten. Für solche Exportbeschränkungen fehle jegliche rechtliche Grundlage, stellte die WTO in Genf fest. Dennoch ist es ein Urteil mit geringer Wirkung. Stattdessen sollten China und Europa mehr in der Ressourceneffizienz zusammenarbeiten.

Link: www.merics.org/merics-analysen/web-spezial/seltene-erden-spezial/fortsetzung-seltene-erden-spezial.html

The New Kings of Crude (2014)

Luke Patey

Beth Walker von china dialogue über das neue Buch zu chinesischen Ölfirmen in Afrika: In his new book, „The New Kings of Crude“, Luke Patey describes the oil barons of India and China based on seven years research travelling between the Sudans and Beijing and Delhi where the state-owned oil companies have their headquarters.

Sudan's civil war and American sanctions against Khartoum in the 1990s opened the oilfields to China and India. Indian and Chinese large multinational corporations have used Africa as a launching pad into the global market place and to make the first big foreign investments overseas. Sudan was the first place the Chinese National Petroleum Corporation (CNPC) – China's largest national oil company – made a large scale overseas investment. They stopped simply relying on the host government and in recent years they've started to increase their dialogue with local communities, media and civil society. They've taken part in corporate social responsibility workshops hosted by international NGOs and Sudanese civil society, engaged international risk consultants and really opened up as a company.

(Auszüge aus Beth Walkers Interview mit dem Autor, 10.12.2014 <https://www.chinadialogue.net/article/show/single/en/7583-How-Africa-is-changing-Chinese-oil-companies>)

Environmental and Social Policies in Overseas Investments: Progress and Challenges in China (2013)

Leung, Denise/Yingzhen Zhao/Ballesteros, Athena/Tao Hu, Washington, April 2013, 29 S.

The face of development finance is changing. China is quickly becoming one of the world's largest overseas investors, measured by the amount of money it directs overseas. Many of these projects are large-scale, high impact projects involving natural resources. They're reshaping the relationship between investor and recipient countries, as well as posing opportunities for environmental and social initiatives.

This issue brief analyzes the opportunities and challenges faced by Chinese state-owned enterprises (SOEs) and policy banks as they invest overseas. It provides insights about how to move forward in the development of environmental and social policies as they relate to risk management.

Link: www.wri.org/publication/environmental-and-social-policies-in-overseas-investments-progress-and-challenges-for-china

Kupfer, Kohle, Konflikte.

Ressourcen und Ressourcenabbau in Asien (2013)

Heinrich-Böll-Stiftung

Diese Broschüre gibt einen knappen Überblick über die Länder Afghanistan, Pakistan, Indien, China, Thailand, Myanmar und Kambodscha, jeweils mit kurzen Artikeln und Fallbeispielen.

„Her mit den Seltenen Erden!?“ – Hintergründe und kritische Anmerkungen zur WTO-Klage der EU gegen Chinas Exportpolitik bei Seltenen Erden (2012)

Jost Wübbeke für Power Shift/

Forum Umwelt & Entwicklung, Berlin

Dieser Artikel ist eine kritische Auseinandersetzung mit der WTO-Klage der EU gegen Chinas Exportpolitik bei Seltenen Erden.

Rohstoffrausch. Die Auswirkungen von Bergbau in den Philippinen (2011)

Michael Reckordt, Lilli Breininger,

herausgegeben vom philippinenbüro e.V.

Bergbau in rohstoffreichen Ländern, das bedeutet häufig hohe Erwartungen und ernüchternde Wirklichkeit. Deutsche und europäische Politik unterstützen die Jagd nach Rohstoffen, fordern vor allem für ihre Unternehmen Rechte, wie Investitionssicherheit und Marktzugang. Dahingegen haben die Unternehmen kaum Pflichten. Die Philippinen haben ein liberalisiertes Bergbaugesetz verabschiedet. Doch was sind die Konsequenzen für Mensch und Umwelt? Das Buch beleuchtet, welche Akteure Interesse an der Liberalisierung haben. Wer sind die Investoren, welche Unternehmen beteiligen sich am Abbau? Vor allem wird aber der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen hat der Bergbau in den Philippinen auf die Menschenrechte, auf Indigene und lokale Gemeinschaften und auf die Umwelt.

China and Congo: Friends in Need (2011)

Ein Bericht von Global Witness über China und die

Demokratische Republik Kongo, London, März 2011, 42 S.

Der Bericht „China and Congo – Friends in Need“ von Global Witness befasst sich mit den Folgen eines umfangreichen Geschäftes zwischen zwei staatlichen chinesischen Bauunternehmen und dem kongolesischen

schen staatlichen Kupferunternehmen. 2007 versprochen darin die chinesischen Unternehmen 9 Milliarden US\$ zur Finanzierung verschiedener Infrastrukturmaßnahmen im Kongo, im Austausch gegen die Lieferung mehrerer Millionen Tonnen Kupfer und Kobalt.

Der Bericht kritisiert dabei unklare Regelungen bezüglich der Rohstoffmengen und der Infrastrukturmaßnahmen, welche sich vor allem zu Lasten des Kongos auswirken könnten. Auch werden der mangelnde Einfluss des kongolesischen Parlaments und das Verhalten der beteiligten Akteure thematisiert. Damit das Geschäft zu einer win-win Situation für beide Seiten werden kann, entwickelt Global Witness eine Reihe von Vorschlägen, wie z. B. die Veröffentlichung aller relevanten Verträge und die Überwachung der Akteure durch einen unabhängigen Akteur.

PDF-Download: www.globalwitness.org/sites/default/files/library/friends_in_need_en_lr_1.pdf

WTO erklärt Exportbeschränkungen Chinas für Rohstoffe für illegal (2011)

Am 5. Juli 2011 hat die WTO der Klage der USA, der EU und Mexikos gegen die Exportbeschränkungen Chinas für eine Reihe von Rohstoffen stattgegeben. Die WTO erklärte diese als nicht vereinbar mit den Verpflichtungen, die China mit dem WTO-Beitritt eingegangen sei. China hat jedoch die Möglichkeit, gegen diese Entscheidung Berufung einzulegen. Damit wird sich auch der Konflikt um die Exportbeschränkungen Chinas für Seltene Erden weiter verschärfen. Quelle: WTO, 5.7.2011, wto.org/english/news_e/news11_e/394_395_398r_e.htm
Panel reports out on China's export measures on various raw materials: www.expatica.com/ch/news/swiss-news/china-s-export-restrictions-on-raw-materials-illegal-wto_161058.html

Weitere Informationsquellen

EU-China.net

Hier werden chinarelevante Informationen zu den Themenbereichen Rohstoffe, Agrarwirtschaft, Arbeitswelt, Handel, China und Europa und Zivilgesellschaft angeboten.

Arbeitskreis Rohstoffe

Über den AK Rohstoffe kann man sich über Newsletter und die Homepage aktuell informiert halten. Dort finden sich weitere Informationen zu rohstoffpolitischen Nachrichten, Veröffentlichungen und Terminen.

Link: www.alternative-rohstoffwoche.de

Das Koordinationsbüro des AK Rohstoffe ist bei **PowerShift e. V.** angesiedelt.

Kontakt: PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e. V.

c/o Michael Reckordt, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Deutschland/Germany, Tel.: +49-(0)30-42805479, michael.reckordt@power-shift.de, www.power-shift.de

Aktuelle Meldungen

Der chinesische Industrieverband des Bergbaus hat die Durchsetzung von sozialen und ökologischen Standards angekündigt

Links: www.nytimes.com/2014/10/25/business/international/chinese-mining-group-sets-guidelines-for-overseas-interaction.html?_r=1
www.nationmultimedia.com/opinion/Chinas-CSR-progress-30247370.html

In Step to Lower Carbon Emissions, China Will Place a Limit on Coal Use in 2020, Edward Wang, 20.11.2014

The State Council, China's cabinet, released details of an energy strategy that includes capping coal consumption at 4.2 billion tons in 2020 and having coal be no more than 62 percent of the primary energy mix by that year.

Link: www.nytimes.com/2014/11/21/business/energy-environment/china-to-place-limit-on-coal-use-in-2020.html?_r=0

Renewables-China's long farewell to coal,

Hans Spross, 15.12.2014

At the Lima climate conference, China promised to reduce its greenhouse gas emissions. But it has a long road ahead to free itself from its dependence on coal. Future climate stability depends on how fast it succeeds.

Link: www.dw.de/chinas-long-farewell-to-coal/a-18133113

Abkürzungsverzeichnis

ADI	Ausländische Direktinvestitionen (FDI: Foreign Direct Investment)	ICMM	International Council on Mining and Metals
BIP	Bruttoinlandsprodukt	MOFCOM	Handelsministerium der VR China (Ministry of Commerce)
BIT	Bilateral Investment Treaty/ Bilaterales Handelsabkommen	Mrd.	Milliarden
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	NDRC	Nationale Entwicklungs- und Reformkommission
CCCMC	Chin. Handelskammer für Ex-/Import von Metallen, Mineralien, Chemikalien	NGO	Non-Governmental Organisation,
EC	European Commission/Europäische Kommission	NRO	Nichtregierungsorganisation
EITI	Extractive Industries Transparency Initiative	PGM	Platinum Group Metals
EPA	Economic Partnership Agreement	RMB	Renminbi/chinesische Staatswährung
EU	European Union	RMI	Raw Materials Initiative
FTA	Free Trade Agreement	SWZ	Sonderwirtschaftszone
GDP	Gross Domestic Product	UN	United Nations
HDI	Human Development Index	WTO	World Trade Organization/ Welthandelsorganisation
ICSID	International Centre for Settlement of Investment Disputes		

Anzeige

EU-China NGO Twinning Exchange

中欧民间组织互换项目

Von Umwelt bis Klima, von Arbeitsrechten bis nachhaltige Landwirtschaft – NGOs in Europa und China arbeiten zu ähnlichen Themen. Dennoch: Nach wie vor gibt es nur wenige Kontakte und kaum Zusammenarbeit zwischen europäischen und chinesischen NGOs.

Das EU-China NGO Twinning will tragfähige Partnerschaften zwischen europäischen und chinesischen Organisationen stiften und mit einem Mitarbeiter-austausch für intensive Einblicke in die NGO-Arbeit hier und dort, langfristige Zusammenarbeit und ein besseres gegenseitiges Verständnis sorgen.

Jedes Jahr ermöglichen wir deshalb Mitarbeitern von sieben europäischen und sieben chinesischen NGOs eine mehrwöchige Hospitanz in einer Partnerorganisation in der jeweils anderen Region.

Mehr Informationen unter: www.eu-china-twinning.org

Kontakt: nora.sausmikat@asienhaus.de

A project of the  Stiftung
Asienhaus

Supported by the Robert Bosch Stiftung

www.eu-china-twinning.org

Über diese Publikation

Chinas Bedeutung für eine Politik der globalen Nachhaltigkeit wächst stetig. Die europäische Zivilgesellschaft nimmt davon allerdings kaum Notiz. Die Broschüre will MultiplikatorInnen der entwicklungs- und umweltpolitischen sowie der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in die Lage versetzen, sich differenziert mit der Rolle Chinas für globale Nachhaltigkeit auseinandersetzen zu können.

Jeder der im Bereich Rohstoffpolitik engagiert ist, muss sich zwangsläufig mit den Aktivitäten chinesischer Unternehmen im Rohstoffsektor befassen. Denn Chinas Rohstoffpolitik sowie die Investitionen im Rohstoffsektor haben nicht nur Auswirkungen in China und in Südostasien, sondern auch in Afrika, Lateinamerika und nicht zuletzt in Europa. Im Mittelpunkt unserer Publikationen stehen die Menschen vor Ort und ihre Rechte. Ein besonderer Fokus dieser Broschüre liegt auf Handlungsempfehlungen besonders von Nichtregierungsorganisationen (NGO), die sich mit den Auswirkungen von Rohstoffhandel und -ausbeutung auseinandersetzen. Abgerundet wird die Broschüre mit kommentierten Literaturhinweisen.

人本 Menschengerecht

公正 Sozialgerecht

环保 Umweltgerecht



Über die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt ein. Sie fordert von Politik und Wirtschaft die Verwirklichung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards. Sie arbeitet zur Verwirklichung dieser Ziele mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in Europa und Asien zusammen.